



universität
wien

Diplomarbeit

Politische Einstellungen von Jugendlichen in Europa.

Das Potenzial für politische Extremismen.

Analysiert am Beispiel von Deutschland und England.

Verfasserin:

Nuray Koc

angestrebter akademischer Grad:

Magistra der Politikwissenschaft

Wien, im April 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

Inhaltsverzeichnis:

1	EINLEITUNG	8
1.1	Fragestellung	8
2	DEFINITIONEN	9
2.1	Begriff „Jugendliche“	9
2.1.1	Differenzierung der Jugendphase	9
2.1.2	Jugend in der Pädagogik und Erziehungswissenschaft	9
2.1.3	Jugend in der Soziologie	10
2.1.4	Jugend mit Migrationshintergrund	11
2.2	Begriff „Gewalt“	11
2.2.1	WHO (Weltgesundheitsorganisation)	11
2.2.2	Gewalt und Aggression	12
2.2.3	Dimensionen des Gewaltbegriffs	12
2.2.3.1	Personale/personelle und strukturelle Gewalt	13
2.2.3.2	Physische und psychische Gewalt	13
2.2.3.3	Legale/legitime und illegale/illegitime Gewalt	13
2.2.3.4	Kulturelle Gewalt	14
2.3	Gewalt bei Jugendlichen	15
2.3.1	Anomietheorie	15
2.3.2	Armut und Gewalt	16
2.3.3	Soziale Bewegung	17
2.3.4	Gewaltbefürwortende Einstellung	18
2.3.5	Gewalteinsatz	18
2.3.6	Kollektivismus – Individualismus	19
2.3.6.1	Kollektivismus	20
2.3.6.2	Individualismus	20
3	MERKMALE	21
3.1	Bevölkerungs- und Sozialstruktur	21
3.1.1	Bevölkerung nach Geschlecht und Alter	21
3.2	Jugendliche mit „Migrationshintergrund“	22

3.2.1	Anteil an der Bevölkerung	22
3.2.2	Ethnizität, Personenehre und Hierarchiestrukturen	23
3.2.3	Geschlechterrollen	24
3.3	Beschäftigungssituation	24
3.3.1	Einkommens- und Erwerbssituation	24
3.4	Bildungswesen	26
3.4.1	Programme for International Student Assessment (PISA) 2006	26
3.4.2	Trends im Schulbereich	26
3.5	Rechtliche Grundlagen	27
3.5.1	Jugendschutzgesetz	27
3.5.1.1	Volljährige	28
3.5.1.2	Unmündige/Minderjährige	28
3.5.1.3	Mündige/Minderjährige/Jugendliche	28
3.5.1.4	Strafmündigkeit	28
3.5.2	Kinderrechtskonvention	28
4	BEGRIFF „IDENTITÄT“	29
4.1	Identitätsbildung	30
4.1.1	Strukturbedingte Erklärung	30
4.1.2	Sozialisationsbedingte Erklärung	30
4.1.3	Ich-Stabilisierung durch Ideologie	30
4.1.4	Identitätsbildung durch Individualisierung	31
4.2	Peergroups und Jugendkulturen	31
4.2.1	Cliquen	31
4.2.1.1	Unauffällige Zugehörigkeiten („Normalos“)	31
4.2.1.2	Geborgenheitsorientierte Zugehörigkeiten	31
4.2.1.3	Interessenzentrierte Zugehörigkeiten	32
4.2.1.4	Jugendliche mit fluiden Zugehörigkeiten	32
4.2.1.5	Prekäre Zugehörigkeiten	32
4.2.2	Gruppenzugehörigkeit	32
4.2.3	Subkulturelle Gruppierungen	33
4.2.3.1	Hooligans	33
4.2.3.2	Skinheads	33

4.2.3.3	Neonazis	34
4.2.3.4	Autonome	35
4.2.4	Geschlechtsspezifische Unterschiede	36
4.2.4.1	Differenzierung des Verhaltens	36
4.2.4.2	Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft	37
5	BEGRIFFE „IDEOLOGIE“ UND „EXTREMISMUS“	39
5.1	„Ideologie“	39
5.2	„Extremismus“	40
5.2.1	Formen des Extremismus	42
5.2.2	Extremismus der „Mitte“	43
5.2.3	Rechtsextremismus	44
5.2.3.1	Kennzeichen, Entstehung und Theorieansätze	45
5.2.3.2	Autorismus und Gewalterfahrung in der Familie	47
5.2.3.3	Transgressionsbereitschaft und Rechtsextremismus	47
5.2.3.4	Desintegrations- und Verunsicherungstheorem Rechtsextremismus	49
5.2.3.5	Fremdenfeindlichkeit	49
5.2.3.6	Nationalsozialismus	50
5.2.3.7	Antiparlamentarismus	50
5.2.3.8	Antisemitismus	51
5.2.3.9	Antifaschismus	51
5.2.3.10	Antiglobalisierungsbewegung	51
5.2.3.11	Antirepression	51
5.2.4	Linksextremismus	52
5.2.4.1	Politische Strömungen des Linksextremismus	52
5.2.5	„Islamismus“	53
5.3	Extremistische Parteien	53
5.3.1	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDP)	55
5.3.2	Deutsche Volkunion (DVU)	55
5.3.3	Linkspartei. PDS/„Die Linke“	55
5.3.4	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	56
5.3.5	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	56
5.4	Politische Einstellungen von Jugendlichen	57

5.4.1	Wahlverhalten	57
5.4.2	Nationalratswahl 2008	58
5.4.3	Politische Jugendszenen	59
5.4.4	Einstellungen zur europäischen Union	59
5.5	Jugendgewalt	60
5.5.1	Formen von Gewalteinsatz - Organisationen	61
5.5.1.1	Extremismus ohne Gewaltanwendung und mit fester Organisation	61
5.5.1.2	Gewaltanwendender Extremismus ohne feste Organisation	61
5.5.1.3	Extremismus ohne Gewaltanwendung und ohne feste Organisation	61
5.5.1.4	Extremismus ohne Gewaltanwendung und mit fester Organisation	61
5.5.2	Ergebnisse und Ursachen	61
5.5.3	Studien zur Gewaltbereitschaft	68
5.5.4	Jugend mit Migrationshintergrund	71
5.6	Vergleich Großbritannien/Deutschland	72
5.6.1	Großbritannien	72
5.6.1.1	Jugendliche	72
5.6.1.2	Arbeitslosigkeit	72
5.6.1.3	Kriminalität	73
5.6.1.4	Migrantensituation	73
5.6.1.5	Politische Bildung und Einstellungen	74
5.6.2	Deutschland	74
5.6.2.1	Jugendliche	74
5.6.2.2	Arbeitslosigkeit	75
5.6.2.3	Kriminalität	75
5.6.2.4	Migrantensituation	75
5.6.2.5	Politische Bildung und Einstellungen	76
5.6.3	Extremistische Bewegungen	77
6	PRÄVENTION	80
6.1	Ziel der Prävention	80
6.2	Ebenen der Prävention	80
6.2.1	Primäre Prävention	81
6.2.2	Sekundäre Prävention	81

6.2.3	Tertiäre Prävention	81
6.3	Bereiche Gewaltprävention	82
6.3.1	Gewaltprävention im Familienbereich	82
6.3.2	Gewaltprävention in der Schule	83
6.3.3	Gewaltprävention in der Jugendhilfe	86
6.3.4	Evidenzbasierte Gewaltprävention	86
6.3.5	Prävention im Bereich der Politik	87
6.4	Jugendpolitik in Österreich	88
6.5	Maßnahmen der EU	89
7	INTERVIEW	91
8	FAZIT	96
9	LITERATUR	98
9.1	Literaturquellen	98
9.2	Internetquellen	108
10	LEBENS LAUF	117

Abbildungsverzeichnis:

Abbildung 1: Gewaltbegriffe nach Helga Theunert

Abbildung 2: Das Hufeisen-Schema nach Uwe Backes

Abbildung 3: Freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes nach Richard Stöss

1 Einleitung¹

In Medienberichten wird sehr häufig von einer Zunahme der Gewalt in Schulen, einer Erhöhung der Jugendkriminalität, von Orientierungslosigkeit und einem Wertverfall bei den Heranwachsenden berichtet. In der Öffentlichkeit werden diese Bereiche mit besonderer Sensibilität wahrgenommen.

In dieser Arbeit werden am Beispiel Deutschlands und Englands die politischen Einstellungen von Jugendlichen in der Gesellschaft näher beleuchtet, vor allem in Hinblick deren – zumindest behauptete – zunehmende Gewaltbereitschaft und Anfälligkeit für politische Extremismen.

Dazu eine Aussage von Wilhelm Heitmeyer:

"Nein, frustriert bin ich nicht. Denn meine Ausgangsthese ist, dass es eine gewaltfreie Gesellschaft nie gegeben hat und nie geben wird. Es geht nur darum, ob wir in einer gewaltarmen oder gewaltreichen Gesellschaft leben."²

1.1 Fragestellung

Mit der vorliegenden Arbeit sollen am Beispiel zweier EU-Staaten, die dafür besonders geeignet erschienen, nämlich Deutschland und England, und an Hand von zahlreichen Quellen eine vergleichende Beschreibung über die politische Einstellung von Jugendlichen und deren Potenzial für Gewalttätigkeiten sowie für politische Extremismen angestellt werden. Für die Auswahl von Deutschland sprach der umfangreiche Datenbestand sowie die Möglichkeit, daraus auch unmittelbare Schlussfolgerungen für Österreich abzuleiten, für England u.a. die besondere demographische Struktur mit einem sehr großen Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Dabei geht es vorrangig um die Klärung folgender Fragen:

Hat die Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen in den letzten Jahren tatsächlich – wie zumindest medial vielfach behauptet wird – stark zugenommen, und wenn ja, welche Ursachen und Faktoren sind dafür hauptsächlich ausschlaggebend?

Werden sowohl am rechten als auch am linken Rand extrem positionierte politische Gruppierungen für Jugendliche zunehmend attraktiver und welche Beweggründe sind dafür auszumachen?

Wo und in welcher Form gibt es Handlungsbedarf für die Politik?

¹ Wegen der Lesefreundlichkeit wird im Text generell die männliche Form verwendet, gemeint sind aber immer beide Geschlechter.

² Interview-Auszug von Ludwig Greven, Multimedia mit dem Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer über die wachsende Gewalt, Abstiegsängste der Mitte und den Einfluss der Rechtsextremisten. Zeit Online (2007): Zit. in: <http://www.zeit.de/online/2007/15/gewalt-heimtaylor>, am 30.03.2007.

2 Definitionen

2.1 Begriff „Jugendliche“

Zunächst soll die Bezeichnung „Jugendliche“ auf verschiedenen Ebenen und aus den unterschiedlichen Perspektiven einzelner Autoren dargestellt werden.

2.1.1 Differenzierung der Jugendphase

Bei empirischen Jugendstudien ist eine Verlagerung der Pubertät und eine Verlängerung der Ausbildungszeiten zu berücksichtigen, da sich die gesamte Lebensphase der Jugend in den vergangenen Jahrzehnten ausgedehnt hat. Die sozialstrukturellen, geschlechtsbezogenen und herkunftsbezogenen Differenzierungen sowie die Altersunterschiede innerhalb der Jugendphase sind weitere wichtige Ansätze, die genauer betrachtet werden müssen. Hier unterscheiden wir nach dem Einteilungsschema, welches im Form des deutschen Kinder- und Jugendhilfegesetzes (§ 7KJHG/SGB VIII)³ vorzufinden ist. In dieser Aufstellung gibt es die Einteilung in eine pubertäre Phase (ca. 12 bis 17 Jahre): hierbei wird von Jugendlichen im engeren Sinn gesprochen. Weiters gibt es die Eingrenzung in Jugendliche als Heranwachsende in einer „nachpubertären“ Phase (ca. 18 bis 21 Jahren). Das Erreichen der vollen Rechtsmündigkeit bis zum Abschluss der Erstausbildung (21 Jahre bis ca. Ende des zweiten Lebensjahrzehnts) wird mit dem Begriff des Erwachsenen beschrieben.

2.1.2 Jugend in der Pädagogik und Erziehungswissenschaft

Die Erziehungswissenschaftler und die Sozialpädagogen hatten im 18. Jahrhundert den „jungen Herrn“ als „hoffnungsvollen Jüngling“, der aus dem Adel kam, beschrieben, indem nicht vom begrifflichen, sondern auch vom kulturellen Wandel ausgegangen wurde. Der Begriff „Jugendlicher“ war mit einer negativen Assoziation und Metapher verbunden, was mit neuen Rechtsvorgaben und internationalen Diskussionen wieder aufgehoben wurde. Auch die anderen Bezeichnungen wie Jüngling verloren an Aussagekraft und Bedeutung. Der allgemeine Begriff „Jugendlicher“ setzte sich schließlich auch in den Bereichen der Pädagogik, Psychologie und Medizin durch.

Im Schulwesen gibt es die Möglichkeit, gezielt zwischen Jugendlichen und Kindern zu unterscheiden. Hierfür führten die Lehrer eine Hilfskonstruktion ein, die vorwiegend in der Schulpraxis zu finden ist. Danach gibt es die Bezeichnung Schüler, die sich auf die Institution Schule konzentriert und welche zwei Übergangsphasen hat: der Eintritt in die Schule als Beginn der Jugendphase und das Verlassen der Schule als ein Ende der Jugendphase. Hier wurde das Feld durch pädagogische Institutionen definiert, wie es Sabine Andresen näher beschreibt.⁴

³ Rechtsgrundlage für das Kinder- und Jugendhilferecht, ist ab 01.01.1991 das Sozialgesetzbuch Achtes Buch - Kinder- und Jugendhilfe - (SGB VIII; KJHG) vom 26.06.1990 (BGBl I S. 1163). In: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/gesetze,did=3278.html> am 03.03.2009.

⁴ Vgl. Gerwens, Katharina (Hrsg.)/Andresen, Sabine (2005): Einführung in die Jugendforschung. Grundwissen Erziehungswissenschaft. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 58 ff.

Das Hauptaugenmerk wird auf die altersgruppentypischen Voraussetzungen und Folgen, vom Erlernen, der Erziehung, der Bildung und den Auswirkungen der Sozialisation in den Schulen, den Einrichtungen (Jugendzentren und Jugendverbände) gelenkt. Der Erziehungswissenschaftler Peter Dudek stellt in seiner Studie über die „Jugend als Objekt der Wissenschaften“ die These auf, dass das Nachdenken über die Jugend und die Selbstthematisierung des Jugendalters in bestimmten Gesellschaftsformen keine neuen Erscheinungen seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts seien, aber dass die gesellschaftliche Bedeutung des Jugendphänomens seit dieser Zeit zugenommen habe.⁵

Die Differenzierung, Pluralisierung, Globalisierung und Medialisierung in ihren schicht-, milieu- und altersspezifischen sowie subkulturellen Zugehörigkeiten und Grenzziehungen machen es meiner Ansicht nach unmöglich, diesen irrational verschlissenen Begriff klar einzugrenzen. Das „Subjekt“ in den jugendlichen Lebenslagen, jugendkulturellen Milieuzusammensetzungen und Lebensstilen kann als ein „ständig wandelndes Phänomen“ im Individualisierungs- und Selbstfindungsprozess mit vielen Mischformen und Übergängen, die nicht eindeutig voneinander getrennt werden können, definiert werden. Der Soziologe Roland Hitzler schlägt vor, bei der Problematik Jugend auch von einem sozialen Phänomen auszugehen, das durch eigenständige Inhalte und Lebensvollzugsformen Konturen gewinnt und welches weitgehend losgelöst von scharfen Altersgrenzen ist.⁶

Der Begriff Jugend ist kein klar definierter wissenschaftlicher Begriff, sondern ein Wort aus der Alltagssprache. Es wird damit im alltäglichen Sprachgebrauch mit diesem Begriff in mehrdeutiger Weise eine von Kindheit und Erwachsenenleben unscharf unterschiedene Lebensphase benannt. Bernhard Schäfer meint, der moderne Begriff Jugend sei *„in Folge der modernen Trennung von Familie, Ausbildung und Erwerbsarbeit sowie der Einführung der allgemeinen Schulpflicht“* entstanden. Wie schon oben angeführt wurde, heißt es bei ihm weiter: *„[...] es ist eine gesellschaftlich institutionalisierte Lebensphase, in der allen Mädchen und Jungen eine Phase des Lernens und der Qualifizierung nach dem Ende der Kindheit und vor dem Eintritt in die Arbeitswelt zugestanden wird.“*⁷

Bei einem Vergleich der letzten Texte von Bernhard Schäfers fällt auf, dass Mädchen und Jungen nun dezidiert erwähnt werden und dass es zu einer „Bewusstmachung“ kommt, indem die Mädchen nicht länger eine unerwähnte Existenz besitzen und auf gleicher Ebene mit dem Begriff der „Jugend“ beschrieben werden.

2.1.3 Jugend in der Soziologie

Ein sozialwissenschaftlicher Jugendbegriff berücksichtigt, dass es sich um keine homogene Sozialgruppe mit gemeinsamen und einheitlichen Lebensverhältnissen und ohne gleiches Verhaltensmuster handelt. Der Soziologe E. K. Scheuch fordert eine soziale Differenzierung von Jugend, denn nach seinen

⁵ Vgl. Dudek, Peter (1990): Jugend als Objekt der Wissenschaften. Geschichte der Jugendforschung in Deutschland und Österreich 1890–1933. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 22 f.

⁶ Vgl. Hitzler, Roland (2000): Jugendszenen in Nordrhein-Westfalen. Strukturen und Veränderungen. Expertise zum 7. Kinder- und Jugendbericht der LR NRW. Düsseldorf: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes (Hrsg.), S. 1 f. In: <http://www.129.217.205.15/> am 08.09.2008.

⁷ Zit. Schäfers, Bernhard (2005): Jugendsoziologie. Einführung in die Grundlagen und Theorien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 8. erweiterte und umfassend überarbeitete Auflage, S. 19.

Worten existiert die „Jugend“ als solche nicht. Er möchte die soziale „Differenziertheit von Jugend“ theoretisch, empirisch und systematisch berücksichtigen. In diesem Sinne werden die grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen, d. h. die Strukturen der sozialen Ungleichheit, wie z. B. die unterschiedlichen sozialen Klassen, Schichten und die Milieus, mit dem existierenden hierarchisch gegliederten Bildungssystem sowie der gesellschaftlichen Geschlechterordnung in Verbindung gebracht. Diese beeinflussen jeden einzelnen Jugendlichen in seinen Lebensphasen differenziert und subjektiv.

Albert Scherr fasst diesen Begriff folgend zusammen:

„Jugend ist eine gesellschaftlich institutionalisierte und intern differenzierte Lebensphase, deren Abgrenzung und Ausdehnung sowie deren Verlauf und Ausprägung wesentlich durch soziale (sozialstrukturelle, ökonomische, politische, kulturelle, rechtliche, institutionelle) Bedingungen und Einflüsse bestimmt ist. Jugend ist keine homogene Lebenslage oder Sozialgruppe, sondern umfasst unterschiedliche, historisch veränderliche, sozial ungleiche und geschlechtsbezogen differenzierte Jugenden. [...] Jugend ist auch ein kulturelles Konzept: Für jeweilige Jugenden sind Erwartungen (Normalitätsmodelle, Normen, Werte, ideale) bedeutsam, denen gesellschaftliche bzw. milieuspezifische Annahmen darüber zu Grunde liegen, was Jugendliche kennzeichnet, was ihnen angemessen ist und welche Chancen und Risiken das Jugendalter kennzeichnen.“⁸

2.1.4 Jugend mit Migrationshintergrund

Bei der Jugend mit Migrationshintergrund handelt es sich um Jugendliche aus Familien, die auch Arbeitsemigranten genannt werden und die nach Europa (z. B. nach Italien, Portugal, Spanien) eingewandert sind. Weiter sind in diese Gruppe die Spätaussiedler aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten (Deutschland), jugendliche Flüchtlinge bzw. Familienangehörige von Flüchtlingen, Zuwanderer aus den Staaten der Europäischen Union und auch Migranten ohne legalen Aufenthaltstatus einzuordnen. Hierbei ergibt sich eine rechtliche Unterscheidung nach Zuwanderergruppen in: Arbeitsemigranten, Spätaussiedler, Flüchtlinge, EU-Ausländer und Nicht-EU-Ausländer.⁹

2.2 Begriff „Gewalt“

2.2.1 WHO (Weltgesundheitsorganisation)

Die Weltgesundheitsorganisation definiert Gewalt als:

„Der absichtliche Gebrauch von angedrohtem oder tatsächlichem körperlichem Zwang oder physischer Macht gegen die eigene oder eine andere Person, gegen eine Gruppe oder Gemeinschaft, der entweder konkret oder mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Verletzungen, Tod, psychischen Schäden, Fehlentwicklungen oder Deprivation führt.“¹⁰

⁸ Zit. Schäfers, Bernhard (2005): Jugendsoziologie. Einführung in die Grundlagen und Theorien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 8. Erweiterte und umfassend überarbeitete Auflage, S. 25.

⁹ Scherr, Albert/Schäfers, Bernhard (Hrsg.) (2009): Jugendsoziologie. Einführung in die Grundlagen und Theorien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9. Erweiterte und umfassend überarbeitete Auflage, S. 22 f.

¹⁰ Definition von Gewalt von WHO Weltgesundheitsorganisation (Hrsg.) (2003): Weltbericht Gewalt und Gesundheit - Zusammenfassung, S. 15. Zit. in: www.who.int/entity/violence_injuryprevention/violence/world_report/en/summary_ge.pdf am 19.10.2008.

2.2.2 Gewalt und Aggression

K. Merten merkt an, dass die Begriffe „Gewalt“ und „Aggression“ oft undifferenziert eingesetzt werden. Die „Aggression“ entstammt aus der Psychologie, nämlich der Aggressionsforschung mit besonderem Bezug auf die menschlichen Triebe, die in nicht ausgelebter Form Aggressionen auslösen können. K. Merten bezeichnet die Gewalt als eine spezifische Form der Aggression, welche die Schädigung eines Objektes oder einer Person als Ziel hat. Die Aggression sei dem Menschen angeboren und eine aus dem Aggressionstrieb des Tieres herzuleitende Kraft. Diese Kraft kann sich in konstruktiver wie in destruktiver Weise entwickeln. Die Gewalt ist gerichtet gegen eine bestimmte Person oder Personengruppe, an einem bestimmten Ort bzw. in bestimmten sozialen Zusammenhängen, auf Basis unterschiedlicher Motivationen (politische Gewalt, die vom Volk ausgeht oder auch vom Staat), welches als ein abstraktes Phänomen (verändernde Gewaltbereitschaft der Gesellschaft) zu sehen ist und in beeinflussbare und nicht beeinflussbare Gewalt unterschieden werden kann. Die Gewalt kann sich zudem in unterschiedlichen Ausprägungen (z. B. Demonstrationen, Mobbing) zeigen.¹¹

2.2.3 Dimensionen des Gewaltbegriffs

Als Überblick seien hier die Formen der Gewalt anhand der Tabelle von Helga Theunert¹² wiedergegeben:

Gewalt (+/-)			
Anwendung von physischem und psychischem Zwang gegenüber Menschen			
Gewalt in Macht- und Herrschaftsbeziehungen	Strukturelle Gewalt	Personelle Gewalt	
- staatliche, legitimierte Amtsausübung und Machtbefugnis - Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive, Judikative) - (selbst-)reflexiver Umgang mit staatlichen Machtmöglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe - Despotismus und Staatsterrorismus - Kriege und Kriegsverbrechen	- Indirekte Gewalt geht nicht von Akteuren aus, sondern ist im gesellschaftlichen System eingebaut. - Gesellschaftliche systemimmanente Strukturen, die die Entfaltung der individuellen Möglichkeiten verhindern (z.B. ungleiche Verteilung von Eigentum und Macht, ungleiche Lebensverhältnisse).	Gegen Sitte und Recht verstoßende Einwirkung auf Personen	
		physische Gewalt	psychische Gewalt
		Prügelei Raub Freiheitsberaubung Schläge Vandalismus	Beschimpfung Beleidigung Bedrohung Diskriminierung
		Mobbing	
Voraussetzung für die Demokratie (+)	Schädigung und Leiden von Menschen (-)		

Abbildung 1: Gewaltbegriffe nach Helga Theunert.

¹¹ Vgl. Merten, Klaus (1999): Gewalt durch Gewalt im Fernsehen? Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 21 ff.

¹² Theunert, Helga (1987): Gewalt in den Medien – Gewalt in der Realität: gesellschaftliche Zusammenhänge und pädagogisches Handeln. Schriftenreihe des Institut Jugend, Film, Fernsehen, München, 9. Opladen: Leske+Budrich, S. 85.

2.2.3.1 Personale/personelle und strukturelle Gewalt

Die personale/personelle Gewalt beschreibt H. Theunert wie folgt: „Personale Gewalt geht von einer konkreten Person aus, zeigt sich in ihrem Handeln und Verhalten, die Folgen sind sichtbar in physischer oder psychischer Schädigung.“¹³ In der personalen (direkten) Gewalt erkennt der Politologe sowie Friedens- und Konfliktforscher Johan Galtung eine Einschränkung des äußeren lokalen oder des inneren Bewegungsspielraums.¹⁴

Unter strukturelle (indirekte) Gewalt sind die einseitigen Vorschriften und Gesetze, wie Armut, die Fremdbestimmung und die Abhängigkeit erklärt. Die Beispiele für die kulturelle Gewalt sind die religiösen Wertvorstellungen von Schuld und Scham, Ideologien, naturwissenschaftlichen Sichtweisen der Medizin und ein negatives Bild vom Alter in der Gesellschaft.

2.2.3.2 Physische und psychische Gewalt

Unter die physische und psychische Gewalt fallen alle Formen, die eine körperliche Zerstörung, Verletzung oder eine Einschränkung hervorrufen, also die Gewaltanwendung an Menschen, Tieren oder Gegenständen, die körperlich zugefügt werden. Die psychische Gewalt ist dabei die Form der Ausprägung, die sich gegen die Psyche eines Menschen richtet, also alle Handlungen, welche die geistige und die seelische Verfassung einer Person schädigen. Beispiele hierfür sind Verhalten, die durch das Vergessen, das absichtliche Nichthören, Nichtreagieren etc. beschrieben werden können, welches oft als Mobbing bekannt ist. Auch die Androhung von physischer Gewalt kann als psychische Gewalt angesehen werden. Die Facetten der Erscheinungsformen psychischer Gewalt und die daraus resultierenden Folgen sind sehr schwer erfassbar.¹⁵

2.2.3.3 Legale/legitime und illegale/illegitime Gewalt

Bei dieser Kategorie von Gewalt werden die Dimensionen der Legalität und Illegalität bzw. Legitimität und Illegitimität betrachtet. Nach den Überlegungen des Kommunikationswissenschaftlers Klaus Merten ist die legale Gewalt gesetzlich anerkannt und wird allein durch den Staat ausgeübt. Sie bezieht sich auf den Polizeiapparat. Illegale Gewalt sind hingegen Verhaltensweisen, die nicht durch ein Gesetz im Staat legitimiert sind und die sich somit anhand der Gesetzgebung relativ eindeutig vom Staat bestimmen lassen.¹⁶

¹³ Zit. Theunert, Helga (1987): Gewalt in den Medien – Gewalt in der Realität: Gesellschaftliche Zusammenhänge und pädagogisches Handeln. Schriftenreihe des Institut Jugend, Film, Fernsehen, München, 9. Opladen: Leske+Budrich, S. 89.

¹⁴ Vgl. Imbusch, Peter (2002): Der Gewaltbegriff. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 26–58, mit Verweis auf Galtung, Johan (1975): Strukturelle Gewalt.

¹⁵ Vgl. Theunert, Helga (1987): Gewalt in den Medien - Gewalt in der Realität: gesellschaftliche Zusammenhänge und pädagogisches Handeln. Schriftenreihe des Institut Jugend, Film, Fernsehen, München, 9. Opladen: Leske+Budrich, S. 71 ff.

¹⁶ Vgl. Merten, Klaus (1999): Gewalt durch Gewalt im Fernsehen? Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 18 ff.

2.2.3.4 Kulturelle Gewalt

Die kulturelle Gewalt ist bei J. Galtung nicht eine sofort ersichtliche Gewalt, denn kurzfristig ist kein Schaden ersichtlich, sie liefert aber Rechtfertigungen für Gewalt. Als Beispiel führt er die rechtsextreme Ideologie der Ungleichheit an, deren extremste Form die Theorie vom „Herrenvolk“ darstellt. Hier geht J. Galtung davon aus, dass, wenn strukturelle Gewalt institutionalisiert und kulturelle Gewalt verinnerlicht ist, die Gefahr steigt, dass sich die persönliche, direkte Gewalt verfestigt. Weiters verdeutlicht er, dass gerade die kulturelle Gewalt, die in Form der Wertehierarchie moderner Industriegesellschaften besteht, den Boden für die personale Gewalt bereitstellt.¹⁷

Die individuelle Gewalt wird von einzelnen Tätern auf Straßen, Plätzen oder in öffentlichen Institutionen gegen fremde Personen oder im privaten Bereich gegenüber nahe stehenden Personen oder Sachen (Vandalismus oder Sachbeschädigung) begangen. Zwischen den Personen kann, aber muss nicht eine soziale Beziehung bestehen. Wird die Gewalt im sozialen Nahbereich, z. B. gegenüber der Familie, Verwandtschaft oder Freunden ausgeübt, so spricht man von der individuellen Gewalt.

Kollektive Gewalt ist im Gegensatz zur individuellen Gewalt die Form, die im öffentlichen Bereich stattfindet. Hier besteht eine Lenkung durch eine legitimierte Führung mit einer Organisation und Wendung an die Öffentlichkeit. Die Gruppengröße ist hierbei von Bedeutung, um eine Gruppendelinquenz und Bandengewalt zu unterscheiden. Beispiele dafür sind Aufstände, soziale Bewegungen und unfriedliche Massenproteste. Bei Massenprotesten wird oft eine politische Gewalt erreicht, die Terrorismus, Guerillabewegung, Rebellion, Revolution, Bürgerkrieg und Staatsstreich genannt wird. Zur Unterscheidung und als Abgrenzungskriterium sind die Intentionen der Akteure und die Reaktionen des Staates zu betrachten.

Die politische Gewalt verfolgt das Ziel, mit dem Einsatz von Gewalt die Herrschaftsverhältnisse (politische Ordnung) zu verändern, um die politische Macht zu erlangen und die Führungsprinzipien des politischen Systems zu verändern. Politisch werden mit dem Begriff der Gewalt bzw. Staatsgewalt die legitim angewandten Mittel zur Durchsetzung der herrschenden Rechtsordnung bezeichnet. Es wird hier zwischen Gebietshoheit (Herrschaftsmacht über ein Gebiet und die dort lebende Bevölkerung) und der Person (alle Angehörigen des Staates) unterschieden.¹⁸

Hierbei sind die Bedeutungen des Gewaltbegriffs sehr vielfältig und es bestehen verschiedene Typen und Formen der Gewalt. Es gibt das legitime Gewaltmonopol des Staates bis hin zu terroristischen Formen der Gewalt. Ein demokratischer Staat setzt in seiner Organisationsfunktion sein legitimes Gewaltmonopol ein. Eine erste Möglichkeit der staatlichen Gewalt ist die Form des staatlichen Gewaltmonopols mit legitimer und legaler Gewalt des Staates. In Hinblick auf die legale staatliche Gewaltanwendung wird zwischen Repressionsfunktion (manifeste Formen) und Ordnungsfunktion unterschieden. Bei den manifesten Formen handelt es sich um das Vorgehen staatlicher Organe gegen Kriminelle und um Sanktionierungen von abweichendem Verhalten sowie die Unterdrückung gewaltsamer politischer Protestbewe-

¹⁷ Vgl. Imbusch, Peter (2002): Der Gewaltbegriff. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 26–58.

¹⁸ Vgl. Schubert, Klaus/Klein, Martina (2006): Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz, S. 115ff, mit Verweis auf Demandt, Alexander (1997): Vandalismus. Gewalt gegen Kultur; Godenzi, Alberto (1994): Gewalt im sozialen Nahraum; Waldmann, Peter (1998): Strategien politischer Gewalt; Linz, Juan J. (1975): Totalitarian and Authoritarian Regimes.

gungen oder politischer Rebellion. Als latente Formen staatlicher Gewalt werden Droh-, Abschreckungs- und Definitionsprozesse von Gewalt sowie die Verfahrens-, Entscheidungs- und Isolierungsmethoden als Ordnungsfunktion von Seiten des Staates genannt. Gewaltsame Übergriffe einzelner staatlicher Organe in Bezug auf das Zwangs- und Repressionsniveau sind weitere Maßnahmen in der Bekämpfung von Kriminalität und von illegaler Gewalt. Bei den Formen von staatlicher Gewalt können die Grenzen der Legalität und Legitimität unklar sein bzw. Legalität und Legitimität können auseinander gehen.

Diktaturen üben eine despotische Gewalt gegen ihre Bürger aus, die sich auf das staatliche Gewaltmonopol und auf die Organisationen und Institutionen des Staates stützt. Hier kann zwischen weichen Diktaturen (strengere Kontrollen, Zwang, Repression und Außerkraftsetzen von demokratischen Rechten) und harten Diktaturen (direkte Gewalt, Unterdrückung, Verfolgung, Folter, Einschüchterung der Bevölkerung oder nur bestimmter Teile der Bevölkerung) unterschieden werden. Diktaturen haben besondere Herrschaftsverhältnisse mit einer politisch begründeten Machtausübung, indem die Machtbasis variabel ist.¹⁹

Der Gewaltbegriff in der Soziologie bezieht sich auf den Einsatz von physischen oder psychischen Mitteln, um einer anderen Person gegen ihren Willen Schaden zuzufügen, sie dem eigenen Willen zu unterwerfen (sie als Person zu beherrschen) oder der solchermaßen ausgeübten Gewalt durch Gegengewalt entgegenzutreten.

2.3 Gewalt bei Jugendlichen

2.3.1 Anomietheorie

R. K. Merton erklärt mit der Anomietheorie (a nómos = ohne Gesetz, Ordnung), weshalb sich bei manchen Jugendlichen ein vom Großteil der Gesellschaft akzeptierte Normen abweichendes Verhalten abzeichnet, das bei Jugendlichen in verschiedenen sozialen Schichten erkennbar ist. Für alle Menschen gelten unabhängig der sozialen Herkunft die gleichen kulturellen Werte und Ziele (die Wünsche und Erwartungen der Menschen in der Gesellschaft). Ebenso haben alle Mitglieder dieser Gesellschaft die gleichen Mittel (gemeint sind die Normen, welche die Mittel vorschreiben, die Menschen zur Realisierung ihrer Ziele anwenden dürfen), die legitim sind, um die angeforderten Ziele zu erreichen. Es sind die von der Gesellschaft festgelegten Ziele und Anforderungen, die aufgrund sozialer Strukturen für manche nicht erreichbar sind, welches den Einzelnen, hier dem Jugendlichen, unter Druck setzen. Mit diesem Druck heißt es für den Jugendlichen nun umzugehen, was mit den vorhandenen Instrumenten der Anpassung individuell verschieden erfolgt. Hier gibt es bestimmte Formen des abweichenden Verhaltens: Das Abweichen wirkt sich durch die Konformität aus, hier werden die kulturellen Ziele und institutionellen Mittel zur Erreichung der Ziele anerkannt. Es ist dies die einzige Anpassungsmöglichkeit, die nur in einer stabilen Gesellschaft gegeben ist, in der jeder die Erwartungen, die an ihn gestellt werden, erfüllt.

Bei der Innovation werden die kulturellen Zielsetzungen akzeptiert, die legitimen Instrumente zur Erreichung werden jedoch missachtet und neue (illegitime) Mittel werden angewandt.

¹⁹ Vgl. Imbusch, Peter (2002): Der Gewaltbegriff. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 26–58.

Beim Ritualismus sind die kulturellen Zielvorstellungen nicht mehr erwünscht, aber es wird dennoch zwanghaft an ihnen festgehalten und die institutionalisierten Mittel werden ebenso zwanghaft angewandt. man kann hierbei auch von Bürokratismus oder von Scheinanpassung sprechen. Bei der Apathie werden die kulturellen Ziele und die angebotenen Wege und Mittel verworfen. Die Personen werden apathisch und ziehen sich zurück, werden zu Außenseitern. Bei der Rebellion erfolgt eine Ablehnung der kulturellen Vorstellungen und auch der Mittel. Eine neue Sozialstruktur wird angestrebt, wobei neue Ziele und Mittel noch nicht deutlich präsent sind. Die vorhandenen Machtstrukturen werden verändert, auch wenn dies vereinzelt kriminelle Aktivitäten erfordert.

Robert K. Merton erklärt, dass die unteren sozialen Schichten eher zu Mitteln greifen, die außerhalb der Norm stehen, da sie weniger Möglichkeiten haben als höhere Schichten, die angeforderten (von Eltern, Schule, Beruf etc.) kulturellen Ziele zu erreichen. Doch er erklärt auch, dass das Abweichen in allen gesellschaftlichen Schichten möglich ist. Gewalt hängt jedoch zusätzlich auch von weiteren Faktoren, wie z. B. Alter, Geschlecht, Peergroup oder der Gewaltbereitschaft ab.²⁰

2.3.2 Armut und Gewalt

Unter den Fachleuten herrscht Uneinigkeit darüber, welche Bedingungen und Strukturen in welcher Form Armut und Gewalt beeinflussen. Es besteht jedoch die Auffassung, dass Armut Gewalt hervorrufen kann. Hier werden auch die kulturellen Bedingungen mit einem hohen Gewaltniveau in Verbindung gebracht. Die Konflikttheoretiker sehen die Korrelation zwischen Armut und Gewalt als unecht an, Armut und Gewalt seien nur eine Machtausübung durch die Elite, die ihre privilegierte Position zu erhalten sucht. Im Zusammenhang mit Armut und Gewalt wurden zahlreiche Forschungsarbeiten durchgeführt. Hier kann nach den letzten Forschungen folgendes konstatiert werden: Arme Menschen neigen zu mehr Gewalt und leben in gefährlicheren Orten. Die Forschungsergebnisse bestätigen, dass die Armen stärker zu gewalttätigem Verhalten neigen. Es besteht jedoch zwischen der Oberschicht, der Mittelschicht und der Arbeiterschicht kein Unterschied, was die Schwere der Gewalt betrifft. Die Gründe hierfür werden in der Gemeinschaft gesehen.

Nach der Theorie der Desorganisation, die von Soziologen der Universität Chicago entwickelt wurde, kann ein Zusammenbruch der Organisation einer Community zu einem Anstieg der Kriminalität und der Gewalt führen. In einer Gesellschaft mit hohem Armutsniveau ist es schwieriger, die informellen sozialen Kontrollen (z. B. Community-Organisationen, religiöse Netzwerke, Freundschaft und Verwandtschaftsverbindungen in Bereichen mit hoher Arbeitslosigkeit, niedrigem Wohnungseigentum und weniger stabilen Familien) aufrechtzuerhalten. In diesen Gegenden mit instabilen Gesellschaften entstehen Bedingungen, die meist durch defensive Verhaltensweisen zu regelmäßigen Gewaltanwendungen in diesen Bereichen führen, da die Konfliktlösung und die Argumentation durch die Gewaltanwendung durchgeführt werden. Diese Faktoren bieten wiederum für ungesetzliche und gewalttätige Aktivitäten einen Nährboden, was die

²⁰ Vgl. nach: Schneider, Silke (1999): Die Weiterentwicklung Mertons Anomietheorie – Ein Überblick über Kritikpunkte und Modifikationen. In: [http://infosoc.uni-koeln.de/fs-soziologie/texte/Hausarbeit Anomietheorie.htm](http://infosoc.uni-koeln.de/fs-soziologie/texte/Hausarbeit%20Anomietheorie.htm) am 18.08.2008, unter Verweis auf Merton, Robert K. (1959): Social Conformity, Deviation, and Opportunity-Structures. A comment on the Contributions of Dubin and Cloward. In: American Sociological Review, 24, S. 177–189.

Kriminalität in den armen Gegenden erhöhen kann. Dieser Zirkelschluss führt zu einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen und der institutionellen Strukturen.²¹

2.3.3 Soziale Bewegung

Gewalt ist die absichtlich herbeigeführte oder leichtfertig in Kauf genommene Beschädigung/Zerstörung von Sachen oder die Verletzung/Tötung von Personen. Verschieden ist das Verständnis für Gewalt und die Einordnung der bestimmten Regelverletzungen, die im Rahmen von sozialen Bewegungen stattfinden. So kann Gewalt ein konstitutives Werkzeug sozialer Bewegungen darstellen. In manchen sozialen Bewegungen wird ausdrücklich auf die Gewaltfreiheit verpflichtet, in anderen wiederum wird die Gewalt benutzt, um ein soziales oder politisches Ziel als Mittel des Protestes durchzusetzen, um Aufmerksamkeit zu erlangen, um die eigene Position zu stärken oder auch die interne Konkurrenz zu beeinflussen. Eine soziale Bewegung ist eine kollektive Identität aus einem System von Handlungen durch Netzwerke von Gruppen und Organisationen, die einen sozialen Wandel oder einen Protest notfalls auch mit Gewalt erreichen möchten.

Die neuen sozialen Bewegungen mit gewaltförmigen Protesten sind bspw. Konflikte um städtische Infrastruktur, Jugendzentren, Tagungen von internationalen Institutionen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds, ethnische Probleme und der Kampf gegen den Rechtsradikalismus. Hier ist eine hohe Gewaltneigung zu beobachten. Die sozialen Träger der Gewalt sind meistens männliche Jugendliche, die dezidiert politische Ideologien vertreten. Für unpolitische Jugendliche ist es meist ein Suchen von Herausforderungen, die von Konflikten mit der vorhandenen Dynamik dann auch zu Gewalt greifen. Studenten treten eher konfrontativ auf und greifen seltener zu Gewaltmitteln. Die organisatorischen Träger sind dabei kleine, informelle Gruppen mit losen Netzwerken. In den 1970er Jahren waren militante und gewaltbereite Gruppen vor allem kommunistisch (maoistisch, trotzkistisch). In den 1980er Jahren sind es insbesondere die undogmatischen antikapitalistischen Autonomen. Sie sehen das imperialistische, kapitalistische System mit dem Militarismus, Neofaschismus und das Patriarchat als ihren Gegner. Gewaltsame Reaktionen können bei Zusammenstößen jedoch auch von der Exekutive hervorgerufen werden.²²

Die Faktoren, die eine Gewalthandlung fördern können, sind in diesem Bereich die sozialen Probleme, die Ungerechtigkeiten und die Unterdrückungen. In der Theorie der relativen Deprivation werden diese Probleme erst dann handlungsrelevant und Gewalt auslösend genannt, wenn sie durch die Betroffenen in Relation zu den Erwartungsmaßstäben gesetzt werden, die sich auf die Vergleichsgruppen beziehen. Dies kann sich auf die Vergangenheit oder auf die Zukunft beziehen.²³

²¹ Vgl. Crutchfield, Robert/Wadsworth, Tim (2002): Armut und Gewalt. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 83–104.

²² Vgl. Rucht, Dieter (2002): Gewalt und neue soziale Bewegungen. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 461–479, mit Verweis auf Neidhardt, Friedhelm (1989): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt aus soziologischer Sicht.

²³ Vgl. Rucht, Dieter (2002): Gewalt und neue soziale Bewegungen. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 461–479, mit Verweis auf Graham, Gurr (1969): Violence in America; Neidhardt, Friedhelm (1986): Gewalt; Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen; Davis, J. Chownung (1969): The History of Violence in America.

2.3.4 Gewaltbefürwortende Einstellung

M. Ulbrich Herrmann unterscheidet im Gewaltbereich zwischen gewaltaffinen Einstellungen und solchen Gewalteinstellungen, in denen Gewalt direkt erfolgt. Es gibt verschiedene Formen gewalttätigen Verhaltens. Hier wird zwischen Sachbeschädigung, Raub, Körperverletzung, Bedrohung, Einbruch und Gewalt gegen Fremde unterschieden.

Als erstes wird die machiavellistische Einstellung genannt. Hierbei ist die selbstbezogene Interessensdurchsetzung entscheidend und es erscheint als unwichtig, welche Mittel dafür eingesetzt werden, d. h. es wird keine Rücksicht auf andere Personen genommen.

Mit einer autoritären Einstellung beherrschen Personen andere Menschen und demonstrieren damit Stärke. Die Dimensionen sind konventionelle Anpassung, ängstliche Abwehr von Neuem, eine Orientierung an Autorität, die Bewunderung herrschender Personen und die Engstirnigkeit mit feindseligen Zügen. Hier zeigt sich eine Bewunderung für herrschende Personen und es wird versucht, immer auf der Seite der „Gewinner oder der Stärkeren“ zu stehen.

Personen mit einer Law-and-Order-Einstellung haben große Angst vor der Kriminalität und es fehlt ihnen das Vertrauen in die demokratischen und rechtlichen Strukturen. Dies sind daher Personen, die die Gewalt als Regulierung eines Zusammenlebens als normal empfinden und die selbst Gewalt anwenden, um klare Verhältnisse schaffen.²⁴

In der sozialwissenschaftlichen Gewaltforschung wird zwischen zwei Verhaltensweisen unterschieden: der geplante, durchdachte und strategisch durchgeführte Gewalteinsatz, der als politisches Mittel dient, um die Interessen zu vertreten (z. B. Terrorismus) sowie das Verhalten von Jugendlichen als ein Ausdruck von Protest (z. B. Jugendkulturen wie Skinheads, wo das Männlichkeitsbild eine große Rolle spielt, aber selbst kein politisches Ziel verfolgt wird).²⁵

2.3.5 Gewalteinsatz

Um Gewalt analysieren zu können, muss die Absicht des Täters genau betrachtet werden. Hier liegt ein soziales Verhalten vor, dass durch die Absicht bestimmt wird. Empirisch sind unterschiedliche Motive bei Gewalthandlungen durch eine einzelne Person oder durch kollektiv ausgeübte Gewalt zu beobachten. Die Ursachen oder Gründe für ein Gewaltverhalten können bei der Person selbst (z. B. Selbstwert, Überich-Kontrollen) gesucht werden, im näheren sozialen Umfeld (z. B. Familie, Peergroups, Sozialisations-erfahrungen) oder auch in der Struktur der Gesellschaft (z. B. soziale Ungleichheiten).

Analytisch kann dies in folgende Formen eingeteilt werden:

²⁴ Vgl. Ulbrich-Herrmann, Matthias (1998): Zur Verbreitung von gewaltbefürwortenden Einstellungen und Gewaltverhalten. In: Heitmeyer, Wilhelm/Collmann, Birgit/Conrads, Jutta: Gewalt. Weinheim: Juventa Verlag, S. 127–140. Mit Verweis auf Henning Hans Jörg/Six, Bernhard (1977): Konstruktion einer Machiavellismus-Skala. In: Zeitschrift für Sozialpsychologie, Jahrgang 8.; Österreich, Detlef (1993): Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung; Fend, Helmut (1994): Die Entdeckung des Selbst und die Verarbeitung der Pubertät.

²⁵ Vgl. Jaschke, Hans-Gerd et al. (Hrsg.) (2006): Politischer Extremismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 41.

Zweckrationaler Gewalteinsatz:

Hier sind die Ziele bei einer Handlung die Maximierung der subjektiven Bedürfnisse und die Mehrung der eigenen Interessen und Vorteile (z. B. die Judenpogrome im 14. Jh., die strategische Planung der NS-Politik im Dritten Reich oder die bewaffneten Bürgerkriege und Konflikte in afrikanischen Gesellschaften).

Wertrationaler Gewalteinsatz:

Hier orientiert sich die Handlung an einer Überzeugung über bestimmte Lebensaufgaben, wie z. B. Würde, religiöse Pflichten, Ehrenkodex oder gesellschaftliche Abläufe und Normen (z. B. Ehrenkodex, Steinigung der Eheverbrecherin, durch die verbindlichen Strafnormen). Hierbei kann die Gewaltausübung auch als ein Mittel für die Durchsetzung neuer Wert- und Moralvorstellungen eingesetzt werden (z. B. Verhalten der Veganer gegen Tierquälerei, Rote Armee Fraktion). Der Kampf gegen die Gewalthandlungen wird mit einem Einsatz von Gewalt versucht zu bekämpfen. Diese ausgeübte Gewalt wird als legitim und als gerechtfertigt betrachtet. In der Medienlandschaft wird Gewalt als ein geeignetes Mittel eingesetzt, um Aufsehen zu erregen, die Öffentlichkeit zu mobilisieren und so Zustimmung für Normen, neue Moralansätze und Wertvorstellungen in der Gesellschaft zu erhalten.

Expressives Gewalthandeln:

Diese Gewaltform kann auch ein effekthaftes und hemmungsloses Reagieren auf die Reize in der Umgebung sein, ohne dass die Grenze der Sinnhaftigkeit und des Bewusstseins definiert ist. Es ist eine Handlung in einer erhitzten, angespannten Situation. Es kann eine Freude an der körperlichen Auseinandersetzung und die Erregung und Lust am Risiko („Kick“) sein, ohne materielle Vorteile und eine dauerhafte Statuserhöhung anzustreben. Jugendliche erleben die intensive Gewaltausübung als eine Möglichkeit, die Männlichkeit und die „körperliche Stärke“ darzustellen. Der Jugendliche erlebt Spaß und Lustgewinn an der freigesetzten Energie, es ist ein Kräftemessen und eine körperliche Selbstbehauptung (z. B. Schlägerei von Hooligans nach einem Fußballspiel, das auch die „dritte Halbzeit“ genannt wird).

Affektives Gewalthandeln:

Diese Gewaltform ist unkontrolliert und wird in hemmungsloser Wut ausgeführt. Die Gründe und Ursachen sind in der Biologie als eine „neuronale Entgleisung“ definiert. Durch ein emotionales Erinnern kann reflexartig eine Reaktion ausgelöst werden. Aus evolutionsbiologischer Sicht geht es hier um einen kurzen Transmissionsweg.²⁶

2.3.6 Kollektivismus – Individualismus

W. Heitmeyer et al. vermuten, dass die Gewaltanwendung oder die Drohung mit Gewalt die (Wieder-) Herstellung einer sozialen Ordnung sein kann, sie ist ein Integrationsmechanismus und ein Instrument individueller und auch kollektiver Identität. Aus ethnografischen Forschungen ist zu entnehmen, dass die Gewalt als ein Resultat einer typischen Form der sozialen Integration zu sehen ist und nicht als eine Desintegration. Die Gewalt ist danach keine gesellschaftliche Ausnahme oder ein negativer Zustand.

²⁶ Vgl. Winkler, Gertrud (2004): Überlegungen zum Gewaltbegriff. In: Heitmeyer Wilhelm/Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.): Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 21–61. Mit Verweis auf Weber, Max (1956): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie; Inhetveen, Katharina (1997): Ritual, Spiel und Vergemeinschaftung bei Hardcorekonzerten; Böttgers, Andreas (1998): Gewalt und Biographie; Graus, Frantisek (1981): Judenpogrome im 14. Jahrhundert.

Es herrschen gleichzeitig verschiedene Typen der Sozialintegration im sozialen Raum. Die abweichenden Muster sind nicht als Desorganisation oder Hindernisse zu erklären. E. Durkheim bezeichnete die Moral der Gleichwertigkeit und des Universalismus als einen Prozess der Reduktion des innergesellschaftlichen Gewaltniveaus im Verlauf der Modernisierung. Bei der Ausbildung des moralischen Individualismus kommt es zu einer Abnahme repressiver (Körper-)Strafen, so E. Durkheim. Aggressionen werden gleichzeitig anders betrachtet und anders toleriert. Nachfolgend zwei Muster der sozialen Integration:

2.3.6.1 Kollektivismus

Kollektivistische Gesellschaften besitzen eine hohe Bindungsintensität, die auf die Gruppe bezogen ist. Nach F. Fukuyama ist dementsprechend der Integrations- und Vertrauensradius gering. Als Abgrenzung gegenüber anderen besteht die Integration zu Peers. Kennzeichen der Beziehungen zwischen den Gesellschaften sind weiters die niedrige Mobilität, patriarchale Muster und hierarchische Strukturen. Die gruppeneigenen Merkmale werden gegenüber den anderen Gesellschaftsgruppen betont und durch Gruppenkodizes (z. B. Ehre, Pflicht- und Loyalitätswerte) dargestellt. Gewalt wird zunächst zwischen Gruppen (z. B. Verteidigung der Ehre) sowie gegenüber hierarchisch auf der unteren Stufe Stehenden ausgeübt und gegenüber denen, die der Gruppe nicht angehören oder einer anderen Gruppe angehören.

2.3.6.2 Individualismus

Bei individualistischen Gesellschaften ist die Bindungsintensität gering und sie bezieht sich eher auf Individuen und Organisationen. Der Integrations- und Vertrauensradius ist hoch. Merkmale hierfür sind die Egalität und die hohe Mobilität bei Wettbewerb und Leistungskampf. Hier werden die individuelle Leistung und die individuelle Autonomie mit einer Aufgeschlossenheit bei Abweichungen an Werten betont. Gewalt wird eingesetzt, um die Interessen durchzusetzen und zur Darstellung von individueller Autonomie und Authentizität. Die Untersuchungen zeigen eine deutliche Verschiebung zwischen den unterschiedlichen Gewaltformen und einen Trend zu kollektivistischen Orientierungen. Dies ist insbesondere bei Jugendlichen zu beobachten. Hier führen W. Heitmeyer/H.-G. Soeffner die kollektivistisch ausgerichteten rechtsextremen Orientierungen mit Gewaltbereitschaft an. Die hierarchischen, nonegalitären wie kollektivistischen Verhaltensweisen bilden hierbei ein Integrationsmuster.

Durch die europäische Migration verstärkten sich die kollektiven Integrationsmuster. Bei Forschungen wurde festgestellt, dass bei ethnischen Minderheiten, die aus traditionell-konservativ dominierenden Gesellschaften kamen, ein hohes Gewaltniveau bestehe, so M. Eisner. H. Tertilt vertritt weiters die Auffassung, dass eine starke Beziehung zwischen Gewalt und kollektiven Orientierungen in ethnisch rekrutierten Jugendgruppen zu sehen ist.²⁷

²⁷ Vgl. Karstedt, Susanne (2004): Typen der Sozialintegration und Gewalt: Kollektivismus, Individualismus und Sozialkapital. In: Heitmeyer, Wilhelm/Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.): Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 269–294. Mit Verweis auf Durkheim, Emile (1983): Der Selbstmord; Trotha, Trutz von (1997): Zur Soziologie der Gewalt; Fukuyama, Francis (1995): Konfuzius und Marktwirtschaft; Heitmeyer, Wilhelm/Müller, Joachim (1995): Fremdenfeindliche Gewalt junger Menschen; Eisner, Manuel (1997): Das Ende der zivilisierten Stadt?; Pfeiffer, Christian/Delzer, Ingo/Enzmann, Dirk/Wetzels Peter (1998): Ausgrenzung, Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen; Tertilt, Hermann (1996): Turkish Power Boys.

3 Merkmale

3.1 Bevölkerungs- und Sozialstruktur

B. Schäfer nennt die Bevölkerungsstruktur als das Grundelement der Sozialstruktur einer Gesellschaft. Laut Statistik Austria wurden Anfang 2007 fast 8,3 Mio. Österreicher gezählt, und es ist seit mehreren Jahren eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur zu beobachten, die ein deutliches Abnehmen des Anteiles der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung aufzeigt. Die geburtenreichen Jahrgänge waren 1981 die Gruppe der 15- bis 19-Jährigen und 1991 die der 25- bis 29-Jährigen. Diese Altersgruppe wurde zusätzlich durch die Zuwanderer in den 70er Jahren verstärkt.²⁸

3.1.1 Bevölkerung nach Geschlecht und Alter

Von 8,3 Mio. Einwohnern in Österreich sind 1,3 Mio. schulpflichtige Jugendliche (Alter von unter 15 Jahren). 5,6 Mio. sind 15 bis 64 Jahre alt und im erwerbsfähigen Alter. Dieser Teil wird auch als „Erwerbspotenzial“ definiert. Im EU-Vergleich liegt Österreich in Bezug auf die junge Bevölkerung im „Mittelfeld“. Den höchsten Anteil an jungen Bevölkerungsschichten haben Irland, Zypern, Dänemark, Luxemburg und Frankreich. Infolge des Geburtenrückgangs sinken die Zahl und der Anteil der unter 15-Jährigen, wobei die Babyboomgeneration (1950er und 1960er Jahre) in absehbarer Zeit das Pensionsalter erreichen wird. Diese Folgen müssen wiederum mit den gegenwärtig entwickelten Instrumenten im Pensionssystem bewältigt werden. Laut den Daten von Statistik Austria wächst die Bevölkerungszahl Österreichs ausschließlich durch die Zuwanderung, was m. E. politisch beachtet werden sollte.²⁹

Aktuell sinken sowohl die Anzahl wie auch der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung. Die Prognosen gehen davon aus, dass sich diese Tendenz, obwohl weiterhin eine Zuwanderung aus dem Ausland erfolgt, bis 2030 fortsetzen wird. Die hohe Anzahl der Geburten von Jungen und die hohe Anzahl männlicher Personen bei der Zuwanderung stärken den Männerüberschuss im Jugendlichenalter zusätzlich.³⁰

²⁸ Vgl. Schäfers, Bernhard (Hrsg.)/Scherr, Albert (2004): Jugendsoziologie. Einführung in Grundlagen und Theorien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 8., umfassend aktualisierte und überarbeitete Auflage, S. 88 ff.

²⁹ Vgl. Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (Hrsg.) (2007): Österreich: Zahlen, Daten, Fakten 07/08, 3. Auflage. Wien, S. 13 f.

³⁰ Vgl. Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend (BMGFJ) (Hrsg.) (2007): Junge Frauen und Männer in Österreich. Statistiken rund um die Jugend in Österreich. Wien, S. 4 ff. In: http://www.bmgfj.gv.at/cms/site/attachments/6/7/5/CH0618/CMS1192607370262/junge_frauen_maenner.pdf am 03.03.2009.

3.2 Jugendliche mit „Migrationshintergrund“

3.2.1 Anteil an der Bevölkerung

Anfang 2007 lebten in Österreich 826.000 Ausländer, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt 10 %. Im EU-Vergleich liegt Österreich laut Statistik Austria, was den Ausländeranteil betrifft, im „Spitzenfeld“. Die Länder Luxemburg, Estland und Zypern haben jeweils einen höheren Anteil an Ausländern.³¹

In den letzten Jahrgängen hat sich der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der österreichischen Bevölkerung ungefähr verdreifacht. In der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen erhöhte sich der Anteil der ausländischen Jugendlichen von 3,1 % im Jahr 1971 auf 9,6 % zu Beginn 2004. Bei dieser Entwicklung ist bei den jungen Erwachsenen eine geringere Zuwachsrates, d. h. eine Steigerung um 5,6 %, der Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf 13,2 %, zu beobachten, die keine Konstanz, aber geschlechtsspezifische Unterschiede aufweist. Während sich der Anteil der ausländischen Frauen in der Altersgruppe der 20- bis 23-Jährigen sich fast verdreifachte, so verdoppelte er sich bei den Männern in der gleichen Altersgruppe. Die unterschiedlichen Entwicklungen sind auf die Veränderungen der Merkmale der Zuwanderung zurückzuführen. Waren es in den späten 60er Jahren meist Männer, so sind es in den letzten 30 Jahren verstärkt weibliche Zuwanderer. Der Anteil der Frauen unter den ausländischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 15 bis 24 Jahren stieg seit 1971 von 45,8 auf 49,5 % und im Vergleich sank der Frauenanteil unter den österreichischen Frauen in der gleichen Altersgruppe von 49,3 auf 49,0 %.³²

Die Zuwanderer der 1. Generation sind jene Personen mit einem Geburtsort im Ausland, wobei die Geburtsorte beider Elternteile ebenfalls im Ausland liegen. Sie kommen mehrheitlich aus Ländern außerhalb der EU (0,702 Mio. bzw. 65 %). Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien bilden dabei die größte Gruppe mit 0,349 Mio. Menschen, gefolgt von mit 0,162 Mio. Personen aus der Türkei. Aus dem EU-Raum wanderten 0,373 Mio. Personen zu, sie kommen vorwiegend aus Deutschland (0,126 Mio.) und aus Polen (0,056 Mio.). Bei den Zuwanderern der 2. Generation, das sind jene mit eigenem Geburtsort in Österreich und Geburtsort beider Elternteile im Ausland, zeigt sich, dass die Eltern dieser Personengruppe mehrheitlich aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 0,134 Mio. Menschen und der Türkei mit 0,089 Mio. Personen stammen.³³

Von den insgesamt 0,352 Mio. Personen der 2. Zuwanderergeneration sind 0,191 Mio. (54,2 %) Kinder unter 15 Jahren. Weitere 27 %, das sind 0,095 Mio. Menschen, sind Jugendliche im Alter zwischen 15 und 34 Jahren. 35 Jahre oder älter und damit Kinder von Personen, die schon vor sehr langer Zeit nach Österreich zugewandert sein müssen, sind insgesamt 0,066 Mio. Angehörige der 2. Generation. Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund leben im Bundesland Wien. Mehr als ein Drittel der Wiener zählen zu dieser Gruppe (36 %). An zweiter Stelle liegt Vorarlberg mit etwa einem Fünftel seiner Bewoh-

³¹ Vgl. Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (Hrsg.) (2007): Österreich: Zahlen, Daten, Fakten 07/08, 3. Auflage. Wien, S. 12 f.

³² Vgl. Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (Hrsg.) (2007): Österreich: Zahlen, Daten, Fakten 07/08, 3. Auflage. Wien, S. 13 f.

³³ Vgl. Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (2008): In Österreich leben 1,4 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund. In: http://www.statistik.at/web_de/presse/032181 am 08.09.2008.

ner mit Migrationshintergrund (21 %). Zwischen 18 und 12 % beträgt der Anteil in Salzburg (18 %), Tirol (16 %), Oberösterreich (14 %) und Niederösterreich (12 %). Am niedrigsten ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund im Burgenland (8 %) sowie sehr niedrig in der Steiermark und in Kärnten mit jeweils 9 %.³⁴

3.2.2 Ethnizität, Personenehre und Hierarchiestrukturen

Die sozialen und sozialwissenschaftlichen Situationen Jugendlicher mit Migrationshintergrund sind grundsätzlich durch besondere Probleme und Belastungen gekennzeichnet. Als Gründe hierfür werden oft der Sprach- und Kulturwechsel sowie der Wandel der Bezugspersonen und zu den Bezugsgruppen im Migrationsprozess angeführt.³⁵

Meiner Ansicht nach liegt die Hauptschwierigkeit in der Identitätsbildung unter den Bedingungen „zwischen den verschiedenen Kulturen“. Die sprachlichen, kulturellen und religiösen Besonderheiten spielen keine direkte Folge der Abstammung oder Herkunft, sondern es ist die Reaktion der Abstammung oder Herkunft auf die Umwelt, also als Reaktion, die Lebensbedingungen in der Aufnahmegesellschaft, die durch die Jugendlichen zu interpretieren ist. Ein Teil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund befindet sich in einer differenten Situation mit besonders ungünstigen sozialen Bedingungen in einer besonderen Verdichtung und Verschränkung in dieser Parallelgesellschaft.

Hier kommt es zu Verstärkereffekten für das Verhalten dieser Jugendlichen, sie wohnen meist in ungünstigen Wohngegenden und dies erschwert die Beziehungen zu anderen Jugendlichen, dadurch kommt es zu einer sozialen Segregation zwischen den einheimischen und den eingewanderten Jugendlichen. Es werden dadurch die Möglichkeiten für den Spracherwerb in der Schule oder in der Freizeit vermindert und gehemmt. Besonders im türkischen bzw. im „moslemischen“ Migrationshintergrund wurden zu diesem Themengebiet Studien erstellt, die auf die noch immer sehr stark beeinflussenden und hohen Erwartungshaltungen der Eltern auf die Jugendlichen, d. h. auf traditionelle Erziehungs- und Geschlechtskonzepte hinweisen. Die autorativ - patriarchalischen Familienstrukturen und die familiären Verpflichtungen sowie die Möglichkeiten für den Jugendlichen zu einer eigenständigen Freizeitgestaltung außerhalb der Familie sind stark durch den „Familienclan“ kontrolliert und bei Nichteinhaltung oft mit Konsequenzen verbunden.

Es herrscht hier der „archaische Sittenkodex“. Bei den Mädchen wird diese Regel durch die „Familienclans“ sehr stark durchgesetzt. Ein weiteres Problemfeld besteht für die Jugendlichen in den rigiden Sexualnormen und Vorschriften, insbesondere für Mädchen, die eine Integration in die vorherrschende Gesellschaft verhindern. Es herrscht eine Tabuisierung und ein Verbot von vorehelicher Sexualität, indem der durch die älteren Familienmitglieder verantwortlich gemachte Jugendliche zum Ehrenmord angestiftet wird.³⁶

³⁴ Vgl. Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (2008): In Österreich leben 1,4 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund. In: <http://www.statistik.at/webde/presse/032181> am 08.09.2008.

³⁵ Vgl. Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (Hrsg.) (2007): Österreich: Zahlen, Daten, Fakten 07/08, 3. Auflage. Wien, S. 38 f.

³⁶ Vgl. Popp, Ulrike (1994): Geteilte Zukunft. Lebensentwürfe von deutschen und türkischen Schülerinnen und Schülern. Opladen: Leske+Budrich, S. 122.

U. Boos-Nünning und Y. Karakasoglu geben bei ihren Studien an, dass sich die Familienstrukturen im Verlauf des Migrationsprozesses verändern und dass sich auch bei Migranten eine Heterogenität bei den Formen des familiären Zusammenlebens ergibt. Das Stereotyp dieser patriarchalisch geprägten Migrantenfamilie ist zwar vorhanden, aber es steht auch in Diskrepanz zu den gegenwärtigen modernen und aufgeschlossenen Lebensbedingungen der offenen und häufig vorzufindenden Migrantengemeinschaft, sodass dieses Stereotyp immer mehr bei den Jugendlichen hinterfragt wird.³⁷

3.2.3 Geschlechterrollen

H. Tertilt zeigt auf, dass patriarchalisch-sexistische Verhaltensweisen und eine demonstrative, mit physischer Stärke verbundene Gewaltbereitschaft der Maskulinität mit einem niedrigen Bildungsstatus und mit unsicheren Berufsperspektiven in Verbindung zu setzen ist, die bei männlichen Migrantenjugendlichen aber auch bei einheimischen Jugendlichen vorzufinden sind.³⁸ Hier ist es jedoch problematisch, die getätigten Aussagen zu verallgemeinern und anhand von Traditionen, also kulturellen und ethnischen Unterschieden, zu interpretieren, da auf diese Weise fremdenfeindliche Stereotype und Vorurteile verstärkt werden können.³⁹

Die 1. Migrantengeneration sind die mit ihren Eltern nach Österreich Eingewanderten (8 %), während die 2. Generation die in Österreich Geborenen sind (5 %), die hier auch ihre gesamte Schullaufbahn absolviert haben. Unerwartet schneidet die 2. Generation trotz längeren Aufenthaltes in Österreich nach der PISA-Studie nicht besser ab als die 1. Generation. Sie sind im Lesen im Schnitt sogar weniger gut als die 1. Generation. Dies lässt auf einen geringen Effekt durch die mangelhaften Integrationsbemühungen in Österreich schließen (in Deutschland sind die Entwicklungen ähnlich verlaufen).⁴⁰

3.3 Beschäftigungssituation

3.3.1 Einkommens- und Erwerbssituation

In Österreich waren im Jahr 2006 12,6 % der Bevölkerung armutsgefährdet. Zwischen 952.000 und 1.102.000 Österreicher müssen als armutsgefährdet bezeichnet werden. Die Ermittlung dieser Daten

³⁷ Vgl. Boos-Nünning Ursula/Karakasoglu, Yasemin, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2005): Viele Welten leben. Zur Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund. Münster: Waxmann, S. 96–99 ff. und 241 ff.

³⁸ Vgl. Tertilt, Hermann (1997): Raue Rituale. Beleidigungsduelle der Turkish Power Boys. In: Breyvogel, Wilfried (Hrsg.) (2005): Jugendkulturen im 20. Jahrhundert. Ein Überblick. Eine Einführung in Jugendkulturen. Veganismus und Tattoos. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–67.

³⁹ Vgl. Scherr, Albert (2003): Konturen einer genuin soziologischen Jugendforschung. In: Mansel, Jürgen/Griese, Hartmut M./Scherr, Albert (Hrsg.): Theoriedefizite der Jugendforschung: Standortbestimmung und Perspektiven. Weinheim/München: Juventa Verlag, S. 41–49.

⁴⁰ Vgl. BM für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK): Programme for International Student Assessment (PISA) 2006. Vergleich von Schülerleistungen: Internationales Projektzentrum für Vergleichende Bildungsforschung (ZVB) (Hrsg.). Universität Salzburg, Pressinformation. In: <http://www.pisa-austria.at/pisa2006/ergebnisse.htm> am 17.09.2008., vgl. auch http://www.bifie.at/sites/default/files/publikationen/2007-12-04_pisa-2006-studie.pdf am 17.09.2008.

erfolgt seit 2003 durch die EU-SILC⁴¹. Die Armutsgefährdungsquote lag zwischen 2003 und 2006 zwischen 12 und 13 %. Für 2006 liegt der Median des Äquivalenzeinkommens in Österreich bei 17.852 Euro. Die Armutsgefährdungsschwelle betrug 2006 somit 10.711 Euro für einen Einpersonenhaushalt, das sind rund 900 Euro pro Monat. Hochgerechnet waren 2006 etwa 459.000 Menschen von manifester Armut betroffen. Die Grundlage für die Berechnung der Armutsgefährdung ist das äquivalierte Haushaltseinkommen. Es ergibt sich, indem das verfügbare Haushaltseinkommen durch die Zahl der Konsumäquivalente des Haushaltes dividiert wird.⁴²

In Österreich steht die Hälfte der gesamten Bevölkerung im Erwerbsleben. Etwa 390.000 Personen befinden sich ab dem Alter von 15 Jahren noch in der Ausbildung, 1,3 Mio. Kinder unter 15 Jahren gehen meist zur Schule. Im Präsenz- oder Zivildienst befinden sich 27.000 Männer. 70 % der Bevölkerung ist im Erwerbsalter (hier wird das Alter von 15 bis 64 Jahren genannt) und sind erwerbstätig. Damit liegt Österreich unter den 27 EU-Mitgliedsstaaten mit einer Erwerbsquote von 70 % an fünfter Stelle. Bei den Jugendlichen (15 bis 24 Jahre) beträgt die Erwerbstätigenquote 54 % und ist damit deutlich geringer, was sich durch die Ausbildungszeiten erklären lässt.⁴³

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch die Arbeitslosenquote. Die Arbeitskräfteerhebung liefert die Daten zur Erwerbstätigkeit und zur Arbeitslosigkeit, diese Daten beruhen in der gesamten Europäischen Union auf einheitlichen Definitionen von Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit und Nicht-Erwerbstätigkeit nach dem Labour-Force-Konzept (LFK) der internationalen Arbeitsorganisation Labour-Force-Konzept (ILO) von Eurostat. Vom Statistikamt der Europäischen Union werden aus den Daten der einzelnen Länder vergleichend Statistiken und Gesamtwerte erstellt und regelmäßig publiziert. Laut Eurostat sind 7 von 10 15- bis 64-Jährige in Europa erwerbstätig.

Im Jahresdurchschnitt 2007 gab es lt. Mikrozensus (aus der Stichprobenerhebung der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung) 4.214.000 Erwerbspersonen (4.028.000 Erwerbstätige und 186.000 Arbeitslose). Die Zahl der Arbeitslosen ist nach dem Labour-Force-Konzept (ILO)⁴⁴ mit 186.000 wesentlich niedriger als die Zahl der beim Arbeitsmarktservice (AMS) vorgemerkten Arbeitslosen (222.000).

Nachdem in Österreich der Anteil früher Schulabgänger an der entsprechenden Altersgruppe seit Mitte der 1990er Jahre gesunken war, ist er 2007 wieder etwas gestiegen, bewegt sich aber weiter deutlich

⁴¹ Vgl. Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (Hrsg.) (2008): Community Statistics on Income and Living Conditions; EU-SILC: Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen. In: http://www.statistik.at/web_de/static/mikrodaten_und_lieferbedingungen_-_eu-silc_023276.pdf am 19.08.2008.

⁴² Vgl. Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (2008): In Österreich leben 1,4 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund. In: http://www.statistik.at/web_de/presse/032181 am 08.09.2008.

⁴³ Vgl. Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (Hrsg.) (2007): Österreich: Zahlen, Daten, Fakten 07/08, 3. Auflage. Wien, S. 22 f.

⁴⁴ Labour-Force-Konzept ILO: „Erwerbstätig“ sind demnach die Personen, die in der Referenzwoche zumindest eine Stunde gegen Bezahlung gearbeitet haben oder einen Arbeitsplatz (auch Selbstständige oder mithelfende Angehörige) hatten, „arbeitslos“ sind Nichterwerbstätige mit aktiver Arbeitssuche, die innerhalb von zwei Wochen zur Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Präsenz- und Zivildienstler sowie Personen in Anstalten werden nicht mitgezählt. Die Arbeitslosenquote ist lt. Hauptverband der Sozialversicherungsträger nach der Definition der AMS in Österreich Bestand der beim AMS als arbeitslos registrierten, nicht erwerbstätigen Personen, bezogen auf die Summe der als arbeitslos Gemeldeten und den unselbstständigen Beschäftigten (sogenanntes Arbeitskräftepotenzial).

unter dem EU-Durchschnitt. Als Schulabgänger werden Personen zwischen 18 und 24 Jahren bezeichnet, die maximal über Bildungsabschlüsse unterhalb der Sekundarstufe II verfügen und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen. Der Anteil der frühen Schulabgänger betrug 2007 10,9 % (EU-15: 16,9 %; EU-27: 15,2 % – Vergleichszahlen für 2006). Das heißt, in Österreich können damit insgesamt rund 74.600 Personen keinen weiterführenden Bildungsabschluss vorweisen, darunter sind getrennt nach Geschlecht: 38.800 junge Männer und 35.800 junge Frauen.⁴⁵

3.4 Bildungswesen

3.4.1 Programme for International Student Assessment (PISA) 2006

In Österreich wurden die Lernqualifikationen mit der PISA-Studie 2006 genauer untersucht und veröffentlicht. Die Qualifikationen der Schüler werden in Österreich zu einem erheblichen Teil durch den Bildungshintergrund der Eltern bestimmt. Die Leistung der Schüler von Eltern mit einem Pflichtschulabschluss ist geringer als die jener Schüler, deren Eltern nach der Matura eine akademische Ausbildung nachweisen können. In anderen Ländern gleicht das Bildungssystem familiäre Defizite weit besser aus als in Österreich. Diese kompensatorische Leistung der Schule ist in Finnland, Italien, Irland, Dänemark und Schweden am besten.

21 % der österreichischen Schüler gehören in zumindest einem Kompetenzbereich (Mathematik, Lesen, Naturwissenschaft) zur Spitzengruppe. 4 % der einheimischen Schüler erreichen in Naturwissenschaft, Lesen und Mathematik Spitzenleistungen. 6 % der Schüler gehören in zwei der drei Untersuchungs-bereichen zur Spitzengruppe und 11 % der österreichischen 15-/16-Jährigen erbringen ausschließlich in einem Bereich Spitzenleistungen. Auf der anderen Seite gehört in diesem Leistungsspektrum immerhin fast jeder dritte einheimische Jugendliche zu einer Risikogruppe – 10 % der Schüler zeigen in allen drei Kompetenzbereichen besonders geringe Leistungen. Weiters sind 8 % der Untersuchungsgruppe in zwei von drei Bereichen Risikoschüler. Außerdem gehören 12 % der Jugendlichen in einem Kompetenzbereich zu den besonders Leistungsschwachen.⁴⁶

3.4.2 Trends im Schulbereich

2001/02 und 2004/05 gab es auf den einzelnen Bildungsebenen unterschiedliche Entwicklungstrends. In den letzten Jahren ist aufgrund der allgemeinen Schulpflicht eine konstant sinkende Schülerzahl im Primärbereich zu verzeichnen, was auf die sinkende Geburtenrate und den Rückgang der Schülerzahlen im Alter von 6 bis 10 Jahren zurückzuführen ist, welche auch durch die Zuwanderung in diesen Jahren nicht ausgeglichen wurde. Die Altersspanne der Schüler in den allgemein bildenden höheren Schulen, den

⁴⁵ Vgl. Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (Hrsg.) (2007). Bildung und Kultur. In: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_Bildungswesen/fruehe_schulabgaenger/index.html am 16.09.2008.

⁴⁶ Vgl. BM für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK): Programme for International Student Assessment (PISA) (2006). Internationaler Vergleich von Schülerleistungen. Projektzentrum für Vergleichende Bildungsforschung (ZVB) (Hrsg.), Universität Salzburg, Presseinformation. In: <http://www.pisa-austria.at/pisa2006/ergebnisse.htm> am 17.08.2008. Vgl. auch http://www.bifie.at/sites/default/files/publikationen/2007-12-04_pisa-2006-studie.pdf am 17.09.2008.

Hauptschulen und den berufsbildenden Schulen lässt sich nicht direkt vergleichen. Im Vergleichsraum ist insgesamt ein geringer Zuwachs der Schülerzahlen, welcher zwischen den letzten zwei Schuljahren sogar in einen negativen Trend umschlägt, zu bemerken. Im Vergleich zu den anderen beiden Schultypen gibt es in den letzten Jahren eine sinkende Nachfrage nach der Hauptschule. Denn sowohl im Bereich der allgemein bildenden höheren Schulen als auch im Bereich der berufsbildenden Schulen kann ein andauernder Zuwachs der Schülerzahlen im Berichtszeitraum registriert werden. Auch in den vergangenen Jahren setzte sich der wachsende Zulauf an den Universitäten fort und erreichte zuletzt im Studienjahr 2007/08 eine Zahl von 217.587 ordentlichen Studierenden an den öffentlichen Universitäten. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in steigenden Absolventenzahlen (Studienabschlüsse) wider.⁴⁷

Im internationalen Vergleich weist der Bildungsstand der Jugendlichen in Österreich ein hohes Niveau auf und hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Mit diesem Indikator wird der Anteil jener Personen unter den 20- bis 24-Jährigen gemessen, die mindestens über einen Abschluss der Sekundarstufe II verfügen. Im Jahresdurchschnitt 2007 liegt er bei 84,1 % (EU-15: 75,0 %, EU-27: 77,9 % – Vergleichszahlen Jahresdurchschnitt für 2006). 426.000 junge Menschen verfügen in Österreich über einen weiterführenden Bildungsabschluss, getrennt nach dem Geschlecht sind dies 207.000 junge Männer und 219.000 junge Frauen.⁴⁸ Aufgrund der letzten PISA-Studie 2006 (Österreich) ist jedoch zu erkennen, dass gerade die Jugendlichen in der Schule Schwächen aufweisen, die ihren weiteren Werdegang in die höheren Schulen beeinträchtigen. Gleichzeitig ist ein Rückgang der Schülerzahl in Volksschulen um 10 % zu erkennen, die durch eine sinkende Geburtenzahl zu erklären ist. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren auch auf die anderen Ebenen im Bildungsbereich auswirken.⁴⁹

3.5 Rechtliche Grundlagen

3.5.1 Jugendschutzgesetz

Das Jugendschutzgesetz ist in Österreich nicht einheitlich geregelt, und so gibt es in allen neun Bundesländern ein eigenes Jugendschutzgesetz. Für den Jugendlichen gilt immer das jeweilige Gesetz des Landes, in dem er sich gerade aufhält. Die Jugendschutzgesetze in Steiermark, Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg unterscheiden zwischen „Kindern“ und „Jugendlichen“. Im oberösterreichischen Jugendschutzgesetz gibt es den Begriff „Kinder“ dagegen nicht. In Burgenland, Niederösterreich und Wien sind die für den Jugendschutz relevanten Bestimmungen aufeinander abgestimmt und in den Gesetzen kommt nur den Begriff „junger Mensch“ vor. Bei Verstößen gegen die Jugendschutzgesetze sind für Erwachsene Geld- und sogar Freiheitsstrafen, für Jugendliche verpflichtende Beratungsgespräche und unter Umständen auch Geldstrafen vorgesehen.

⁴⁷ Vgl. Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (2008): In Österreich leben 1,4 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund. In: http://www.statistik.at/web_de/presse/032181 am 16.09.2008.

⁴⁸ Vgl. Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (2008): Bildungsstand der Jugendlichen. In: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/bildungsstand_der_jugendlichen/index.html am 16.09.2008.

⁴⁹ Vgl. Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (2008): Bildungsstand der Jugendlichen. In: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/bildungsstand_der_jugendlichen/index.html am 16.09.2008.

Die gesetzlich eingeräumte Handlungsfähigkeit bestimmt die Fähigkeit des Jugendlichen, ihre Rechte und Pflichten auszuüben.

Ein „Delikt“ wird begangen, wenn fahrlässig oder bewusst gegen ein Gesetz verstoßen wird und der Gesetzesverstoß zum Zeitpunkt der Übertretung mit einer Strafe bedroht ist. Delikte werden nach der Schwere der Gesetzesverletzung (Übertretungen, Vergehen, Verbrechen) unterschieden.

3.5.1.1 Volljährige

Ein Jugendlicher ist mit dem 18. Geburtstag nach dem Gesetz volljährig und besitzt damit die volle Handlungs- und Geschäftsfähigkeit. Hier gilt das Jugendschutzgesetz nicht mehr. Für verheiratete Jugendliche unter 18 Jahren gilt ebenfalls das Jugendschutzgesetz nicht mehr.

3.5.1.2 Unmündige/Minderjährige

Unmündig bzw. minderjährig sind Jugendliche vor ihrem 14. Geburtstag, sie gelten als nicht deliktfähig.

3.5.1.3 Mündige/Minderjährige/Jugendliche

Jugendliche zwischen dem 14. und 18. Geburtstag sind mündige Minderjährige. Der Unmündige selbst kann in der Regel nicht zu Schadenersatz verpflichtet werden. Ab dem vollendeten 14. Lebensjahr wird ein Jugendlicher oder eine Jugendliche durch rechtswidriges Handeln schadenersatzpflichtig.⁵⁰

3.5.1.4 Strafmündigkeit

Nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG) beginnt die Strafmündigkeit mit dem 14. Lebensjahr, wobei die Alterseinteilung von Jugendlichen folgendermaßen geregelt ist: Als Jugendliche gelten Personen von 14 bis 18 Jahren, als junge Erwachsene von 18 bis 21 Jahren und als Erwachsene ab 21 Jahren.⁵¹

3.5.2 Kinderrechtskonvention

Die Kinderrechtskonvention (KRK) ist ein „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“, welches 1989 von der United Nations Organization (UNO) beschlossen wurde. Dieser Vertrag definiert Kinder und Jugendliche als Träger von eigenständigen Rechten. Die 192 Staaten, die dieses Abkommen ratifiziert haben, verpflichten sich dazu, die Vertragsinhalte im eigenen Staat durchzusetzen. Die Grundprinzipien enthalten das Recht auf Gleichbehandlung, das Wohl des Kindes und der Jugendlichen, die Existenzsicherung und das Recht auf Leben, Überleben und Entwicklung sowie die Achtung der Meinung der Kinder und Jugendlichen. Österreich ist verpflichtet, alle 5 Jahre einen Staatenbericht zu verfassen und diesen an den Rechtsausschuss der (UNO), der aufgrund der KRK entstanden ist und aus 18 Personen besteht, zu übergeben.⁵²

⁵⁰ Vgl. <http://www.help.gv.at/Content.Node/38/Seite.380500.html> am 03.03.2009.

⁵¹ Vgl. Jugendgerichtsgesetz. In: <http://www.jusline.at/index.php?cpid=ba688068a8c8a95352ed951ddb88783e&lawid=46&paid=1> am 16.09.2008.

⁵² Vgl. Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend, Abt. II/2 (Hrsg.): Jugendwohlfahrt und Kinderrechte (2007): Orthofer, Maria/Ferenci, Beatrix: Die Rechte von Kindern und Jugendlichen, Kinderrechtskonvention. Broschüre: S. 4-13. In: <http://www.eltern-bildung.at/eb/downloads/kinderrechte2.pdf> am 09.09.2008.

4 Begriff „Identität“

Das Themenkreis „Jugend und Gewalt“ beinhaltet ein breites Problemfeld und wird schon seit Beginn der 1980er Jahre wissenschaftlich bearbeitet. In der Öffentlichkeit bzw. den Medien wird das Thema meist dramatisiert oder auch relativiert. Es ist jedoch zu beobachten, dass es sich hier um ein zyklisch wiederkehrendes Problem handelt. Es zeigt sich aber auch, dass diese Problematik nicht neu ist und dass das Verhalten der jungen Menschen mit ihren spezifischen Problemen schon immer thematisiert wurde.⁵³

In seiner Identitätsbildungssuche setzt sich der Jugendliche mit sozialen Vorgaben, Normen und den Erwartungen auseinander, die ihm die Gegenwartsgesellschaft als Bedingungen vorgibt. Hier gibt es die realen und die medialen Vorbilder, die ein gezieltes Nachdenken über das eigene Selbstverständnis anregen oder auch erzwingen. Die Identitätssuche eines Jugendlichen ist eine Form des Suchens, das durch das Experimentieren, das Ausprobieren und das Nachahmen der Vorbilder, die anhand von Modellen und Identifikationsmodellen, durch das Angehören zu Jugendkulturen oder durch das Nachahmen und Inszenieren von Identitäten erfolgt. Das junge Individuum hat die Aufgabe, unter bestimmten Vorgaben eine Persönlichkeit oder Fähigkeit zu entwickeln, indem es die sozialen Anforderungen und auch die Zwänge bewältigt und gleichzeitig als ein eigenverantwortliches, urteils- und handlungsfähiges Individuum agiert.⁵⁴

E. Goffmann unterscheidet hier drei Identitäten: 1. die soziale Identität, d. h. die sozialen Positionen und die damit verbundenen sozialen Erwartungen an deren Träger, 2. die persönliche Identität, d. h. das Individuum in einer gesellschaftlich-biografischen Einzigartigkeit. Diese beiden Identitäten werden letztlich durch die Zuordnung durch Dritte geformt. Und 3. die eigenständige Identität, d. h., das individuelle Selbstbild der Person, indem das Selbstbild zu einem Großteil durch die Reaktion von der Umgebung mitbestimmt wird. Diese Formen der Identität stehen in einem beständigen Spannungsverhältnis, wobei das Ziel eine Handlungssicherheit und die Entwicklung von Selbstvertrauen ist.⁵⁵ Hier möchte ich nochmals W. Heitmeyers Gedanken mit einem Zitat zusammenfassen:

„Um die eigenständige Identität zu entwickeln, muss das Individuum an der sozialen Identität festhalten, ohne dass es sich selbst im Wahrnehmen der verschiedenen Anforderungen aufgibt, ohne dass es sich rigide an Rollendefinitionen und Normen festklammert – und die persönliche Identität wahren, ohne dass es aus sozialen Zusammenhängen oder der Gesellschaft ausgeschlossen wird. [...] Daraus entstehen permanent neue Spannungsfelder. Identitätsprobleme werden dann provoziert, wenn der gesellschaftliche Einforderungsdruck zu stark wird und gleichzeitig keine ‚Rückenstärkung‘ aus dem sozialen Milieu und den Familienbeziehungen erwartet werden kann.“⁵⁶

⁵³ Vgl. Breyvogel, Wilfried/Hirsch, Joachim (Hrsg.) (1986): Autonomie und Widerstand. Zur Theorie und Geschichte des Jugendprotestes. Essen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 66 ff.

⁵⁴ Vgl. Scherr, Albert/Schäfers, Bernhard (Hrsg.) (2005): Jugendsoziologie. Einführung in die Grundlagen und Theorien. 8., umfassend aktualisierte und überarbeitete Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 92.

⁵⁵ Vgl. Goffmann, Erving (Hrsg.) (2003): Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. In: Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf (2003): Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske+Budrich, S. 273.

⁵⁶ Heitmeyer, Wilhelm. Zit. in: Heitmeyer, Wilhelm/Buhse, Heike/Liebe-Freund, Joachim/Möller, Kurt/Müller, Joachim/Ritz, Helmut/Siller, Gertrud/Vossen, Johannes (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste

4.1 Identitätsbildung

4.1.1 Strukturbedingte Erklärung

In der Gegenwartsgesellschaft existiert keine schon vorgegebene archaische Gesellschaft mit einer Einheitlichkeit, einer Sozialstruktur und Weltauffassung. Aus diesem Grund kann sich nun die Identität nicht an bereits vorgegebenen Arbeits- und Lernprozessen orientieren und einfach die vorgegebenen und herrschenden Wertauslegungen übernehmen. Vielmehr müssen sie sich mit heterogenen Entwürfen einer „erfolgreichen“ Gesellschaft auseinandersetzen. Weiters sind Jugendliche in dieser Gesellschaft mit vielfältigen und heterogenen Sinnstiftungs- und Identitätsangeboten konfrontiert, wie z. B. durch Medien, Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen, öffentliche Erziehung, den Arbeitsmarkt und die Politik usw., die nach anderen Prinzipien und Werten angeordnet sind und die sie in dieser Form in den unmittelbaren gemeinschaftlichen Beziehungen nicht vorfinden.

4.1.2 Sozialisationsbedingte Erklärung

"In dem sozialisationsbedingten Erklärungsansatz entstehen die Probleme durch strukturbedingte Schwierigkeiten und aus der Unverbundenheit von Primär- und Sekundärsozialisation", wie es T. Luckmann genauer beschreibt. Hier gibt es in positiven Abläufen die Gleichaltrigengruppen, die eine „Brücke“ in den Lebensabschnitten des Jugendlichen bilden. In Problemfällen kommt es zu einer Integration heterogener Erfahrungen, die zu einer sozial abgestürzten Entwicklung von Selbstwertgefühl, Selbstbewusstsein und Selbstbestimmungsfähigkeit beitragen. Je nach der Struktur der Umwelt hat dies einen erkennbaren Aufforderungscharakter für die Handlungen und die Interaktionen der Jugendlichen.⁵⁷

4.1.3 Ich-Stabilisierung durch Ideologie

E. H. Erikson definiert das ideologische System als ein System, dass ein in sich geschlossenes Gebilde aus gemeinsamen Symbolen, Ideen und Idealen ist, welches seinen Anhängern eine zusammenhängende, wenn auch systematisch vereinfachte Orientierung in Raum und Zeit sowie in den Mitteln und Zielen anbietet. Die Ideologien funktionieren, weil sie oft für die unerfahrenen Jugendlichen eine vereinfachte Zukunftsperspektive anbieten, welche mit der Möglichkeit verbunden ist, sich einer bestimmten schon existierenden Haltung und einer Uniformität anzuschließen. Der Jugendliche versucht, aus der Enge der Eltern-Kind-Beziehung auszubrechen, um eine (für ihn scheinbar existierende) Harmonie zwischen seiner unsicheren inneren Welt von „Gut und Böse“ und der äußeren Welt mit ihren realen Zielen und Gefahren zu erreichen.⁵⁸

Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim/München: Jugendforschung Juventa Verlag, S. 26.

⁵⁷ Vgl. Luckmann, Thomas/Döring, Heinrich/Zulehner, Paul M. (1981): Anonymität und persönliche Identität. Zit. in: Schäfers, Bernhard (Hrsg.)/Scherr, Albert (2005): Jugendsoziologie. Einführung in die Grundlagen und Theorien. 8., umfassend aktualisierte und überarbeitete Aufl., Wiesbaden: VS-Verlag, S. 91–98.

⁵⁸ Vgl. Schäfers Bernhard (Hrsg.)/Scherr, Albert (2005): Jugendsoziologie. Einführung in die Grundlagen und Theorien. 8., umfassend aktualisierte und überarbeitete Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 97, mit Verweis auf: Erikson, E. H. (1977): Identität und Lebenszyklus.

4.1.4 Identitätsbildung durch Individualisierung

Albert Scherr stellt hier folgende Teilthesen auf, die er in struktur- und kulturhistorische Thesen einteilt. Es wird zunehmend schwieriger für die Jugend, die gesellschaftlichen Differenzierungen und Pluralisierungen kollektiver Denkmuster und damit auch eine übergreifende Sinnstiftung zu entwickeln. Bei der subjekttheoretischen These nennt er das Handeln und das Erleben des einzelnen Jugendlichen, die immer weniger durch kollektive Vorgaben, wie z. B. durch soziale Beziehungen im Umfeld (Klassen, Schichten, Nachbarschaften etc.), bestimmt werden.⁵⁹

4.2 Peergroups und Jugendkulturen

S. N. Eisenstadt kommt zu dem Schluss, dass in ausdifferenzierten modernen Gesellschaften die primären und die sekundären Bereiche wie Gruppen, Familie und Gesellschaft auseinanderklaffen. Diese Entwicklung führt bei den Jugendlichen beim „Erwachsenwerden“ zu neuen Bedürfnissen und neuen gesellschaftlichen Maßnahmen. Peergroups haben die komplexe Funktion in modernen Gesellschaften, zwischen der Familie und der Gesellschaft in der Übergangsphase mit den bestehenden Problemen zu vermitteln. Hier lernen die Jugendlichen ihre Rollen kennen und werden auf die Gesellschaftsanforderungen vorbereitet.⁶⁰

4.2.1 Cliques

Die Zugehörigkeitsmuster bei Jugendlichen zu Cliques sind nach T. Wetzstein:

4.2.1.1 Unauffällige Zugehörigkeiten („Normalos“)

Hier gibt es bei den Biografien der Jugendlichen keine auffallenden Negativerfahrungen und es herrscht ein stabiles Verhältnis zu den Eltern. Abweichendes Verhalten ist minimal vorhanden. Die Jugendlichen sind kontaktfähig und aufgeschlossen. Die Struktur der Clique ist undifferenziert. Der Bildungsstand ist eher höher.

4.2.1.2 Geborgenheitsorientierte Zugehörigkeiten

Hier stehen die Eigenschaften gegenseitige Solidarität und Verlässlichkeit im Vordergrund. Die Jugendlichen haben schwierigere Beziehungen zu den Eltern und es bestehen Bildungsdefizite. Diese Zugehörigkeit kann auch als Familienersatz gesehen werden, indem Sicherheit in der Clique und in anderen durch persönliche Beziehungen gesucht werden.

⁵⁹ Vgl. Schäfers, Bernhard (Hrsg.)/Scherr, Albert (2005): Jugendsoziologie. Einführung in die Grundlagen und Theorien. 8., umfassend aktualisierte und überarbeitete Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 97, mit Verweis auf: Scherr, Albert (1994): Individualisierung bei Jugendlichen.

⁶⁰ Vgl. Eisenstadt, Samuel N. (1966): Von Generation zu Generation. Altersgruppen und Sozialstruktur. Zit. in: Gerwens, Katharina (Hrsg.)/Andresen, Sabine (2005): Einführung in die Jugendforschung. Grundwissen Erziehungswissenschaft. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 113 f.

4.2.1.3 Interessenzentrierte Zugehörigkeiten

Diese sind durch gemeinsame Interessen und Ziele definiert. Sie bietet einen Raum für die persönliche Sinnsuche. Diese Jugendlichen sind häufiger in Schlägereien verwickelt als der Durchschnitt und haben eher einen mittleren bis hohen Bildungsstand.

4.2.1.4 Jugendliche mit fluiden Zugehörigkeiten

Hier wird in der Clique Spaß und eine abwechslungsreiche Beziehung ohne Bindung gesucht. Diese Jugendlichen weisen einen hohen Bildungsstand auf und sind eher älter. Es kommt oft zu einem Abbruch von Freundschaften mit einer geringen Bleibeorientierung.

4.2.1.5 Prekäre Zugehörigkeiten

Hier ist das Merkmal die Alternativlosigkeit und Langeweile. Es gesellen sich Jugendliche zusammen, da sie von den anderen ausgeschlossen werden. Es besteht hoher Alkoholkonsum und verfestigte Devianzmuster. Die Schlägerei ist hierbei eine Form, um aus dem eintönigen Alltag herauszukommen. Diese Jugendlichen haben eine nicht funktionierende Elternbeziehung und sind häufiger als alle anderen von Gewalt in der Familie betroffen. Schulprobleme und Klassenwiederholungen verstärken die Belastungen und die Ausgrenzungserfahrungen. Sie sind jünger, männlich und mit einem niedrigen Bildungsstand. Hier sind auch die Jugendlichen mit Zuwanderungserfahrungen einzuordnen.⁶¹

4.2.2 Gruppenzugehörigkeit

In den Gruppen besteht ein starker Gruppenzusammenhalt, dem eine große Bedeutung zukommt. Hier herrscht ein „Wir-Gruppen-Gefühl“, dass das typische materialistische Erscheinungsbild des Jugendlichen herstellt und stabilisiert. Das Gefühl wird durch gemeinsame szenetypische Musik und gemeinsame Aktivitäten gefestigt und zusammengehalten. Hierzu zählen unter anderem das „Koma-Saufen“, aber auch die gemeinsam getätigten Straftaten, die eine klar definierte „Feindesgruppe“ ausschließen. Die Solidaritätserwartungen der Gruppe und der dadurch verbundene Konformitätsdruck liefern oft eine Erklärung und Bestätigung für das getätigte Verhalten, was zusätzlich durch Vorbilder verstärkt wird. In den Gruppen werden Bedürfnisse befriedigt, die in den sozialen Bereichen wie Familie, Arbeitsplatz oder Freundeskreis nicht ausreichend abgedeckt sind.

Der Jugendliche bekommt durch ein von den Mitgliedern erwartetes Verhalten in der Gruppe einen individuellen Rang, ein Ansehen und einen entsprechenden internen Rang. Damit wird sein Selbstbild gestärkt. Die Gruppe bietet das „Dazugehörigkeitsgefühl“, einen höheren gruppeninternen Rang und Ansehen durch die anderen Mitglieder. Weiters gibt es auch die Schutzfunktion, die Mitglieder bei gewalttätigen Übergriffen und Provokationen durch andere Gruppen schützt. Die Gruppe sorgt nicht nur für Abgrenzung und Schutz gegenüber den anderen, sondern sie bietet auch den Boden dafür, um selbst Provokationen und Gewalttaten leichter durchführen zu können. Die sozial und emotional besetzten Komponenten wie Kameradschaft und Freundschaft werden gegenseitig bestärkt und in gemeinsamer Erinnerung festgehalten. Sie übernehmen zu einem bestimmten Teil die Funktion als „Ersatzfamilie“, indem es

⁶¹ Vgl. Wetzstein, Thomas u. a. (2005): Jugendliche Cliquen. Zur Bedeutung der Cliquen und ihrer Herkunfts- und Freizeitwelten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 195 f.

Zuneigung, Zusammenhalt, Alltag, Feste und Regeln gibt. In diesem Bereich werden auch Abneigung und Vorurteile gestärkt und gegenüber dem „definierten Feind“ artikuliert, und zwar mit einer Befremdung und einer Ablehnung gegenüber dem, der kein Mitglied dieser Gruppe ist.⁶²

4.2.3 Subkulturelle Gruppierungen

4.2.3.1 Hooligans

W. Heitmeyer betrachtet die Jugendgruppe der Hooligans nach differenzierten Gesichtspunkten und unterteilt sie nach der Bedeutung des Fußballs, speziell des Profifußballs, für die Gestaltung des Alltags, der Freizeit und die Entwicklung der Identität ein. Weiters gibt es für ihn die konsumorientierten, die Fußball zentrierten und die erlebnisorientierten Fans. Wie gewaltbereit diese einzelnen Untergruppen sind, wird zunächst nicht genauer dargestellt. Hier möchte ich die erlebnisorientierten Fans genauer beschreiben. Sie suchen im Fußballstadion nach Spannungssituationen, die notfalls auch selbst projiziert werden. Das Format ist hier eher gering, aber die zum Teil gewaltförmigen Auseinandersetzungen haben den gleichen, sogar oft noch einen höheren Stellenwert als die Aktionen auf dem Spielfeld. Hier gibt es eine Präsentation im Stadion, bei der eine Macht dargestellt werden soll.⁶³

Seit Beginn der 1990er Jahre greifen die Fans vermehrt zu Distanzwaffen (z. B. Leuchtkugeln etc.) und das Sporterlebnis wird als Bühne für die Selbstdarstellung benutzt, die durch die Medienpräsenz und Berichterstattung eine zusätzliche Stärke und Kraft erhält. Insgesamt hat sich die Gewalt von den Stadien heute in die Stadt verlagert, wo der Vandalismus durch ein ritualisiertes Katz-und-Maus-Spiel mit der Polizei begleitet wird. Die Auseinandersetzungen sind brutaler geworden und werden durch den Einsatz von Waffen ausgetragen.⁶⁴

4.2.3.2 Skinheads

Zu Beginn der 1980er Jahre entwickelte sich von Großbritannien aus in der Bundesrepublik Deutschland und auch in der DDR eine Skinhead-Bewegung. Diese Szene rekrutierte am Anfang Jugendliche aus gewaltbereiten Fußballfans und vor allem aus ehemaligen Punks. In Großbritannien ging es den Skinheads um eine Artikulation sozialer Missstände. Diese Jugendströmungen fanden sich als Avantgardebewegungen mit einem kulturellen und sozialen Sendungsbewusstsein. Etwa Mitte der 1980er Jahre wurden die Punks von der Jugendkultur der Skinheads abgelöst. Beim öffentlichen Umgang mit dem Synonym „Skinheads“, was eine uneingrenzbar heterogene jugendliche Subkultur darstellt, wird automatisch der Eindruck erweckt, dass fremdenfeindliche und rechtsextreme Straftaten dieser Gruppe zuzurechnen sind. Das komplexe Problem von Rassismus und Gewalt gegen Minderheiten wird auf diese Gruppe reduziert.

⁶² Vgl. Gaßebner, Martina/Peuker, Christian/Schmidt, Nicola/Wahl, Klaus (2003): Fremdenfeindliche und Rechtsextremisten vor Gericht: Analyse von Urteilen. In: Wahl, Klaus (Hrsg.): Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention. Opladen: Leske+Budrich, S. 29-80.

⁶³ Vgl. Heitmeyer, Wilhelm/Peter, Jörg-Ingo (Hrsg.) (1992): Jugendliche Fußballfans. Soziale und politische Orientierungen, Gesellschaftsformen, Gewalt. 2. Aufl., Berlin/Hamburg/Münster: Lit-Verlag, S. 32 f.

⁶⁴ Vgl. Heitmeyer, Wilhelm/Buhse, Heike/Liebe-Freund, Joachim/Möller, Kurt/Müller, Joachim/Ritz, Helmut/Siller, Gertrud/Vossen, Johannes (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim/München: Jugendforschung Juventa Verlag, S. 266.

Das Grundproblem wird auf eine Kurzformel „Skinheads“ minimiert, was von einer Beschäftigung mit den Ursachen abgelenkt. Auch „normale“ Jugendliche, also solche, denen von außen nicht sofort anzusehen ist, welcher (gewaltbereiten) Gruppe sie angehören, begehen fremdenfeindliche Straftaten. Hier wird jedoch durch die Medien oft von einer Schlägerei zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen berichtet, ohne das ggf. fremdenfeindliche Agieren zu erwähnen. Falls der Täter keiner gewaltbereiten jugendlichen Subkultur, wie z. B. den Skinheads zugeordnet wird, ist meist die polizeiliche Kategorisierungsarbeit ausgesprochen schwierig.⁶⁵

„Rechtsextremistische Skinheads verfügen über kein geschlossenes Weltbild. Vielmehr handelt es sich bei der rechtsextremistischen Skinhead-Szene um eine Subkultur, deren Mitglieder meistens eine diffus rechtsextremistische Einstellung vertreten. Nicht politische Betätigung, sondern subkulturelle Aktivitäten wie beispielsweise der Besuch von rechtsextremistischen Musikveranstaltungen stehen im Vordergrund.“⁶⁶

In den Medien werden oft bei Gewaltangriffen gegen Asylbewerberunterkünfte oder gegen einzelne Ausländer die Skinheads oder die Neonazis verantwortlich gemacht. So wird eine Randerscheinung produziert, die die „Bösen“ von den „Guten“ unterscheidet. Es wird dadurch eine genaue Vorstellung von der Tätergruppe erzeugt, die eingrenzt und beschreibt, wer dazugehört oder nicht.⁶⁷

4.2.3.3 Neonazis

„Die Überzeugungen von Neonazis orientieren sich in der Regel an nationalsozialistischen Vorstellungen eines totalitären ‚Führerstaats‘ auf rassistischer Grundlage. Sie konzentrieren sich stärker auf zielgerichtetes politisches Handeln, das oftmals sehr aktionistisch angelegt ist. Aus ihrer Sicht ist das deutsche Volk höherwertig und deshalb vor ‚rassisch minderwertigen‘ Ausländern oder Juden zu schützen. Bei den rechtsextremistischen Parteien finden sich eher nationalistische Positionen. Ihnen gilt die Nation als oberstes Prinzip; damit einher geht eine Abwertung der Menschen- und Bürgerrechte. Dies hat insbesondere eine Ablehnung der Gleichheitsrechte für diejenigen zur Folge, die nicht dem – von ihnen ausschließlich ethnisch definierten – ‚Deutschen Volk‘ angehören. Sie streben nach einem autoritären Staat, in dem die freiheitliche demokratische Grundordnung außer Kraft gesetzt wäre.“⁶⁸

⁶⁵ Vgl. Gaßebner, Martina/Peuker, Christian/Schmidt, Nicola/Wahl, Klaus (2003): Fremdenfeindliche und Rechtsextremisten vor Gericht: Analyse von Urteilen. In: Wahl, Klaus (Hrsg.): Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention. Opladen: Leske+Budrich, S. 44–80.

⁶⁶ Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Rechtsextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin, S. 58. In: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2007.pdf am 21.08.2008.

⁶⁷ Vgl. Gaßebner, Martina/Peuker, Christian/Schmidt, Nicola/Wahl, Klaus (2003): Fremdenfeindliche und Rechtsextremisten vor Gericht: Analyse von Urteilen. In: Wahl, Klaus (Hrsg.): Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention. Opladen: Leske+Budrich, S. 44–80.

⁶⁸ Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Rechtsextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin, S. 47. In: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2007.pdf am 21.08.2008.

Die Anzahl der Neonazis in Deutschland laut dem Verfassungsbericht 2007 ist mit 4.400⁶⁹ (2006: waren es 4.200 Personen) um knapp 5 % gestiegen. Die Neonazi-Szene besteht aus 107 (2006: 108) organisierten Gruppierungen, diese Zahl ist damit fast gleich geblieben. Hier wurden auch die so genannten Kameradschaften dazugezählt. Ende 2007 gab es in Deutschland 180 (2006: 182) rechtsextremistische Organisationen und Zusammenschlüsse. Die Anzahl ihrer Anhänger sowie der nichtorganisierten Rechtsextremisten liegt bei 31.000 Personen. 2006 waren es 38.600 Personen, da die Partei Die Republikaner (REP) inzwischen nicht mehr mitgezählt werden. Bei der Mitgliederentwicklung im Jahr 2007 wurde bei den rechtsextremistischen Parteien in Deutschland ein Anstieg der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) von 7.000 auf 7.200 Personen verzeichnet. Bei der Deutschen Volksunion (DVU) gab es einen Rückgang von 8.500 Personen auf 7.000 Personen. Bei den sonstigen rechtsextremistischen Organisationen ist die Gruppenanzahl gleich geblieben. Als Mitglieder sind hierbei rund 4.000 Personen zu zählen.⁷⁰

4.2.3.4 Autonome

Seit Ende der 1960er Jahre werden die Autonomen in einem linksextremen Spektrum und in eine neue soziale Bewegung (NSB) eingeteilt. Der deutsche Verfassungsschutz unterscheidet nach inhaltlichen Ausrichtungen wie Linksextremisten, die durch revolutionär-marxistische Ideologien, und solche, die durch anarchistischen Ideologien (Autonome) bestimmt sind. Als schwarzer Block werden oft die autonomen Gruppen erkannt. Sie treten als Atomkraftgegner auf und behindern Castortransporte mit den Globalisierungsgegnern. Vom Verfassungsschutz wird diese Gruppe als eine Bewegung vorgestellt, die kein einheitliches oder gemeinsames Ziel verfolgt. Linksextreme versuchen, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch eine totalitäre Ordnung zu ersetzen.

Durch den Verfassungsschutz wird auch zwischen gewalttätigen Linksextremen (die Autonomen) und Parteien und sonstigen Gruppierungen (DKP, Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands MLPD und trotzkistischen Gruppen) unterschieden. Die Autonomen streben hingegen eine herrschaftsfreie Ordnung an und dominieren heute die gewalttätige linksextreme Szene. Sie ist eine heterogene Bewegung ohne ein einheitlich ideologisches/strategisches Konzept. Sie wird laut Verfassungsschutz durch sonstige militante Linksextremisten mit internationalistischer Orientierung (Aktivisten der RAF) und traditionellen Anarchisten geführt.⁷¹

Die Autonomen nehmen an Demonstrationen und an Organisationen von politischen Kampagnen teil. Je nach Anlass fahren sie zu Veranstaltungen, die durch militante Aktionen, wie das Deponieren von Brandsätzen und offene Straßenschlachten gekennzeichnet sind. Hier werden Aktionen wie „Kampf ge-

⁶⁹ Vgl. Die Zahlen wurden zum Teil geschätzt und gerundet. Zu beachten ist auch, dass subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten (hauptsächlich Skinheads) nicht in Gruppen organisiert sind.

⁷⁰ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Rechtsextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin, S. 51 ff. In: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2007.pdf am 21.08.2008.

⁷¹ Der Verfassungsschutz führt und überwacht auch die PDS als linksextremistische Partei. Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Linksextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin, S. 136 ff. In: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2007.pdf am 21.08.2008.

gen Faschismus und Rassismus“ veranstaltet und Konfrontationen mit rechtsextremen Demonstrationen oder Veranstaltungen mit dem Ziel, die Aufmärsche der „Faschisten“ zu verhindern. Sie sehen sich im Kampf gegen Rassismus, Imperialismus und Kolonialismus. Dies ist eine Mischung aus dem antiautoritären Flügel der Studentenbewegungen (SDS), aus den Hausbesetzer- und den Anti-AKW-Bewegungen der frühen 1970er Jahre, die aber vor allem aus der Bewegung der „Spontis“ hervorgegangen ist. Dies waren jeweils die radikalsten Gruppen und Bewegungen. Die Autonomen in Deutschland werden teilweise als eine Reaktion auf die gescheiterte linke Politik der 1970er Jahre angesehen.⁷²

4.2.4 Geschlechtsspezifische Unterschiede

4.2.4.1 Differenzierung des Verhaltens

Die 14. Shell-Jugendstudie zeigt, dass bei Beteiligungen an informellen Gruppen, Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen der Anteil der weiblichen Mitglieder oder Anhänger deutlich ansteigt. Das Engagement der jungen Frauen ist viel deutlicher als das der jungen Männer, was jedoch nicht heißt, dass sie bei illegalen Beteiligungsformen genauso aktiv sind wie die jungen Männer. Für die Männer bedeutet dieses Feld auch eine bestimmte Form von Inszenierung der Männlichkeit.

R. Bitzan merkt an, dass sich der Anteil der Frauen in der rechtsextremen (Gewalt-) Szene, also die Beteiligung von Mädchen und Frauen an den „erfassten mutmaßlichen Gewalttaten mit rechtsextremer Motivation“, über die Jahre nur mit 3–5 % eingestuft wurde. In jüngster Zeit ist ein Anstieg dieser Zahlen bemerkbar. Auf der Ebene der rechtsextremen Einstellungen gibt es zwischen den Geschlechtern keine große Differenz.

Die Einstellungen bei Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Autoritarismus sind auch hier teilweise in einem hohen Maße vorhanden, doch die Akzeptanz zur Gewalt fällt dabei wesentlich geringer aus. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Mädchen Gewalt unbedingt ablehnen, sondern dass sie die Gewaltanwendung an die männlichen Gruppenmitglieder delegieren. Hier wird die Fremdenfeindlichkeit häufig mit Rassismus und mit einer „Ethnisierung der Sexualität“ in Verbindung gebracht. Renate Bitzan sieht die wachsende Zahl der jungen Mädchen in rechtsextremen Gruppierungen auch als einen Wunsch, einer „starken Clique“ anzugehören, und als eine Demonstration von „Eigenwilligkeit“ oder auch einer „Protestweiblichkeit“.⁷³

Die Langzeitstudie von W. Heitmeyer zeigt, dass Frauen deutlich fremdenfeindlicher, rassistischer und islamfeindlicher eingestellt sind als Männer.⁷⁴ Die einzelnen länderspezifischen Erhebungen der Thürin-

⁷² Vgl. Schultze, Thomas/Gross, Almut (1997): Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, S. 38 u. S. 212.

⁷³ Vgl. Bitzan, Renate (2002): Frauen in der rechtsextremen Szene. Zit. in: Schroeder, Klaus/Alisch, Steffen/Bressan, Susanne/Deutz-Schröder, Monika/Hillmer, Uwe (Hrsg.): Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. München: Schöningh, S. 148 ff.

⁷⁴ Vgl. Heitmeyer, Wilhelm (2005): Deutsche Zustände. Zit. in: Kenzo, Rena (2005): Bücherfrauen und Labelmädel. Von extrem rechten Händlerinnen. In: Antifaschistisches Frauennetzwerk/Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hrsg.): Braune Schwestern?: Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten. 1. Aufl. Münster: Unrast, S. 35–56.

gen-Monitor-Studie 2005 verweisen auf einen besonders hohen Anteil rechtsextremer Einstellungen bei Frauen, der fast doppelt so hoch liegt wie bei den befragten Männern.⁷⁵

Im September 2006 wurde der Ring Nationaler Frauen (RNF)⁷⁶ gegründet. Mit Flugblättern und der Teilnahme an Infoständen der NPD versuchte die Organisation auf sich aufmerksam zu machen und neue Mitglieder zu gewinnen. Der RNF besteht bereits aus etwa 100 in Regionalgruppen organisierten Mitgliedern.⁷⁷

Die Gemeinschaft Deutscher Frauen (GDF) zählt zu den größten und aktivsten rechtsextremen Frauenorganisationen. Sie hat eine neonazistische Ausrichtung und beschäftigt sich mit der Verbindung von Mutterschaft und politischem Engagement, das im Zentrum ihrer Aktivitäten steht.⁷⁸

4.2.4.2 Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft

Nach Kleiner/de Rijke müssen die Zusammenhänge zwischen einem rechtsextremen Einstellungssyndrom neben den einzelnen Ideologeelementen und der Akzeptanz verschiedener Formen politischer Gewalt unterschieden werden. Dabei zeigte sich, dass sich die Gruppe der Rechtsextremen durch eine erhöhte Gewaltakzeptanz auszeichnet. Hier muss jedoch festgehalten werden, dass durchaus nicht alle Beteiligten mit rechtsextremen Einstellungen Gewalthandlungen tolerieren, auch wenn es dabei um eine Minorität handelt. Die Frage, ob die Jugendkulturen in den letzten 10 bis 15 Jahren, die erhöht Interesse auf sich gezogen haben, in dieser Betrachtung auch eine erhöhte Gewalttätigkeit zu verzeichnen haben, ist statistisch umstritten und kann in diesem Rahmen nicht beantwortet werden.⁷⁹

Seit den 70er Jahren gab es in der Darstellung von Gewaltausübung hauptsächlich männliche Täter und die Opfer wurden überwiegend als weiblich vorgestellt. Heute werden verstärkt auch Mädchen und Frauen als Täter benannt und es gibt Opfer des männlichen Geschlechts, die nicht unerwähnt gelassen werden dürfen. Allzu oft wird jedoch in den verschiedenen Ebenen der Gesellschaft dieses Phänomen weiter tabuisiert. Das männliche „Opfersein“ wird mit abstrakten Begriffen (wie z. B. eine Schlägerei, Rauferei) verharmlost, so als würde diese Erfahrung bei einem Jungen oder einem jungen Mann zwangsläufig zu einem „Männerleben“ dazugehören.⁸⁰

⁷⁵ Vgl. Edinger, Michael/Hallermann, Andreas/Schmitt, Karl (2005): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2005. In: http://www.thueringen.de/imperia/md/content/homepage/th_ringen_monitor_2005_endfassung.pdf am 28.09.2008.

⁷⁶ Vgl. <http://www.ring-nationaler-frauen.de> am 29.09.2008.

⁷⁷ Der Verfassungsschutz führt und überwacht auch die PDS als linksextremistische Partei. Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Linksextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin, S. 93 ff. In: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2007.pdf am 21.08.2008.

⁷⁸ Vgl. <http://www.g-d-f.de> am 29.09.2008.

⁷⁹ Vgl. Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (1995): Jugendkriminalrecht als Erfüllungsgehilfe gesellschaftlicher Erwartungen (3. Kölner Symposium). 1. Aufl., Bonn: Forum-Verl. Godesberg, S. 163, mit Verweis Kleinert, Cornelia/Kijke, Johann de (2000): Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und Erwachsenen.

⁸⁰ Vgl. Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG (2007): Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und Männer, Informationsblatt 6, in:

Die Organisationsforschung stellt fest, dass im Bildungs- und Schulbereich nicht geschlechtsneutral, sondern „dem Geschlecht zugewiesen“ gedacht und agiert wird. Es werden männliche Normen durch schulische Inhalte, Machtverhältnisse, Formen der schulischen Arbeitsteilung und Symbole präsentiert und reproduziert. Die Schule ist ein Bereich, an dem Symbole, Bilder und Metaphern von Weiblichkeiten und Männlichkeiten reproduziert werden und es erfolgen geschlechtsspezifische Ungleichbehandlungen. Es herrschen demnach Hierarchien und Machtungleichheiten, die in den Organisationsstrukturen von Schule institutionell abgesichert sind.⁸¹

http://www.ebg.admin.ch/themen/00009/00089/00093/00275/index.html?lang=de&download=NHZLpZeg7t,lnp6l0NTU042l2Z6ln1acy4Zn4Z2qZpnO2Yuq2Z6gpJCDdH93gmym162epYbg2c_JjKbNoKSn6A-- am 16.09.2008.

⁸¹ Vgl. Schneider, Claudia: Die Schule ist männlich?! Überlegungen aus der Genderperspektive. In: Zeitung der Plattform gegen die Gewalt in der Familie, 03/2004. S. 12 f. In: http://plattformgegendiegewalt.at/upload/1484_Plattformzeitung%203_2004.pdf am 09.09.2008.

5 Begriffe „Ideologie“ und „Extremismus“

5.1 „Ideologie“

Der Begriff der „Ideologie“ wurde 1796 von Destutt de Tracy erwähnt (Vortrag vor dem Pariser „Institut National“). Hierbei handelte es sich um eine Ideenlehre. De Tracy sah die Ideologie als einen Zweig der Zoologie an. Dieser Begriff beinhaltete danach Fortschritt durch die Wissenschaft und Kritik an der Theologie, Metaphysik, dem Aberglauben etc.⁸²

Als Ideologien werden in der Gesellschaft herrschende politische und religiöse wissenschaftliche Vorstellungssysteme bezeichnet, insbesondere Faschismus, Marxismus, Kommunismus, Liberalismus, Antisemitismus, Rassismus, Sozialdarwinismus und religiös fundamentalistische Systeme. Dieser Ausdruck wird oft negativ und abwertend gebraucht.⁸³

Einige Ideologiebegriffe von verschiedenen Autoren werden im Folgenden kurz wiedergegeben. Der Begriff im modernen Sinne entstand, als Napoleon die Gruppe, die er bekämpfte, als Ideologen bezeichnete (Napoleon verstand diesen Begriff als realitätsferne theoretische Konstruktion, sie war abstrakt und häufig utopisch). M. Goldie charakterisierte sie als eine Ersatzreligion und als ein Produkt des Säkularisierungsprozesses. Die Neomarxisten bezeichneten sie als eine Ideologie als Herrschaftslegitimation, bei Th. W. Adorno wurde sie als ein „totaler Schein“ begriffen. M. Horkheimer nannte es bei seinen Erklärungen, „die instrumentelle Vernunft“. J. Habermas wiederum verstand darunter die Sozialtechnologie. C. Geertz nannte es Landkarten für gesellschaftliche Konfliktzonen. N. Luhmann definierte die Ideologien als ein Sekundärkode des politischen Systems, eine Reduktion der informationellen Komplexität und als eine Strukturierung der politischen Kommunikation.⁸⁴

K. Mannheim beschreibt diesen Begriff in seinem Werk Ideologie und Utopie als ein Denken des Gegners, der abgewertet wird, und erklärt es als eine ontologisch-erkenntnistheoretische Entwertung, eine Irrealität des Denkens des Gegners. Karl Marx entwickelte den Begriff des entfremdeten Bewusstseins und auch später sah er es vor allem als falsches Bewusstsein. Nach Marx sind Ideologien konfliktbedingte Überbauphänomene mit falsch dargestellten gesellschaftlichen Konflikten. Soziologisch gesehen seien die Ideologien Mittel im Klassenkampf, so Marx.⁸⁵

⁸² Vgl. Wimmer, Hannes (2000): Die Modernisierung politischer Systeme. Staat, Parteien, Öffentlichkeit. Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag, S. 530, mit Verweis auf Destutt de Tracy (1796): *Memoires sur la faculte de penser*; Marx, Karl/Engels, Friedrich (1847/48): *Manifest der Kommunistischen Partei*; Habermas, Jürgen (1971): *Technik und Wissenschaft als „Ideologie“*.

⁸³ Vgl. Feldmann, Klaus (2005): *Soziologie Kompakt. Eine Einführung*. 3., überarb. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 307.

⁸⁴ Vgl. Wimmer, Hannes (2000): *Die Modernisierung politischer Systeme. Staat – Parteien – Öffentlichkeit*. Wien/Köln/Weimar: Böhlau-Verlag, S. 536 f.

⁸⁵ Vgl. Mannheim, Karl (1930): *Ideologie und Utopie*. Bonn: F. Cohen Verlag, S. 66.

5.2 „Extremismus“

Seit 1973 wird in Deutschland durch das Bundesamt für Verfassungsschutz zwischen Radikalismus und Extremismus unterschieden. Der Extremismus ist als verfassungswidrig einzustufen, da er die freiheitlich-demokratischen Grundordnung vollkommen abschaffen will – was dagegen beim Radikalismus als nur verfassungsfeindlich dargestellt wird. In der empirischen Forschung ist die Aussagekraft dieser Begriffe nicht unumstritten, da hiermit an die deutsche Verfassung zurückgegriffen wird und Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen den Begriffen „feindlich“ und „widrig“ bestehen. Hier wird ein Vergleich durch den Mangel an umfassenden und vergleichbaren empirischen Daten erschwert.⁸⁶

E. Jesse nennt beim Extremismus drei Varianten: den aktionsorientierten, den parlamentarisch orientierten und den diskursorientierten Extremismus. Dem aktionsorientierten Extremismus sind die Autonomen, die Skinheads und alle terroristischen Organisationen zuzuordnen. Radikale Parteien werden dem parlamentarischen Extremismus zugeordnet. Der dritte Bereich steht für die intellektuellen Bewegungen, wie z. B. in Deutschland die „Neue Linke“ oder die „Neue Rechte“.⁸⁷

„Der Begriff Extremismus stammt von den lateinischen Wörtern ‚extremus‘ und ‚extremitas‘: das erste bedeutet: äußerst, entferntest, aber auch: der ärgste, gefährlichste, schlechteste, verächtlichste; das zweite der äußerste Punkt, Rand.“⁸⁸

Steffen Kailitz fasst zusammen:

„Eine einheitliche extremistische Ideologie existiert natürlich nicht. Nicht nur, dass Links- und Rechtsextremisten keine gemeinsame Ideologie haben. Sie sind einander sogar in der Regel spinnefeind. Die unterschiedliche weltanschauliche Ausrichtung schließt allerdings strukturelle Ähnlichkeiten der Auffassung und Handlungen nicht aus. Mit der gemeinsamen Bezeichnung „Extremismus“ ist nicht mehr und nicht weniger gemeint, als dass die Bewegung auf die Errichtung oder Bewahrung einer Diktatur zielt.“⁸⁹

Extremismus scheint nach allen historischen Erfahrungen und sozialwissenschaftlichen Deutungsversuchen dennoch eine normale Begleiterscheinung entwickelter Demokratien zu sein, so Hans-Gerd Jaschke. Weiters führt er an, gehe es darum, die Voraussetzungen für die Entstehung des Extremismus zu beeinflussen und seine Entfaltung und Ausprägungen in Grenzen zu halten. Der Extremismus beginne bei der Herausbildung von Meinungen und Überzeugungen in vielfältigen alltäglichen Dimensionen.

⁸⁶ Mudde, Cas: „Extremistische Parteien“ – Worin besteht der Erkenntnisgewinn? Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ) 47/2008, Beilage: Extremistische Parteien, S. 12–18. In: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2008/47/Beilage/002.html> am 04.05.2009.

⁸⁷ Jesse, Eckhard: „Extremistische Parteien“ – Worin besteht der Erkenntnisgewinn? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ) 47/2008, Beilage: Extremistische Parteien, S. 7–12. In: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2008/47/Beilage/002.html> 04.05.2009.

⁸⁸ Möller, Kurt (1998): Extremismus. In: Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen: Leske+Budrich, S. 188.

⁸⁹ Zit. Kailitz, Steffen (2004): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 16.

Der Extremismus ist ein politischer Kampfbegriff, der die politisch nicht erwünschten Gegner ausschließt (Abweichung von der Normalität). Armin Pfahl-Traughber nennt es einen Abgrenzungsbegriff, der nur in Zusammenhang mit anderen Begriffen oder einem Wert definiert werden könne. In politischen Auseinandersetzungen oder auch in der Medienlandschaft wird dieser Begriff zu einem Instrument, um den Gegner zu etikettieren und negativ darzustellen, er erfüllt oft den Zweck der Stigmatisierung, Skandalisierung und Ausgrenzung im öffentlichen Bereich.⁹⁰

„Demokratien ohne extremistische Strömungen sind ebenso wenig denkbar wie eine Gesellschaft ohne Kriminalität. Der Extremismus ist eine mehr oder weniger stark ausgeprägte pathologische Komponente moderner demokratischer Gesellschaften. Es ist gleichwohl Teil der Gesellschaft, er hält ihr ein Spiegelbild vor.“⁹¹

Im Folgenden möchte ich nur einige extremistische Parteien im politischen Spektrum erwähnen. Bei der Fragestellung, ob und wie stark die existierenden Parteien dem Extremismus zuzuordnen sind, halte ich mich an die offiziellen Berichte des Bundesministeriums des Innern. Zur Beschreibung von Parteien, Ideologien und Einstellungen, die in Widerspruch zu einem demokratischen Prinzip stehen, werden von vielen Autoren oft sehr viele Nuancen gebraucht, die sich dementsprechend in ihrem Sinngehalt unterscheiden. Der politische Extremismus befindet sich im Bereich eines eindimensionalen politischen Spektrums, der durch Rechts-Links-Achsen bestimmt ist. Dies sind jeweils die Positionen an den Rändern, und zwar: „rechts und links dieses politischen Spektrums“.⁹²

A. Pfahl-Traughber nennt es als eine Gemeinsamkeit die übereinstimmende Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und der pluralistischen Gesellschaft. Die extremistischen Strömungen sind danach gekennzeichnet durch: Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien, Fanatismus, Aktivismus, ein antipluralistisches Politik- und Gesellschaftsverständnis und eine Vertretung in einer Form der Homogenität des Volkes.⁹³

In diesem Zusammenhang ist auch der politisch-religiöse Fundamentalismus (vor allem der islamische Fundamentalismus) als eine Form des Extremismus zu beachten, der in Kategorien wie Rechts oder Links nicht einzugrenzen ist, der aber in Deutschland eine immer größere und wichtigere Rolle spielt. Hier gibt es mehrere Netzwerke, wie z. B. die Arabischen Mujaheddin, das sind Kämpfer, die für die Sa-

⁹⁰ Vgl. Jaschke, Hans-Gerd et al. (Hrsg.) (2006): Politischer Extremismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–17. Mit Verweis auf Pfahl-Traughber, Armin (2000): Politischer Extremismus – was ist das überhaupt?

⁹¹ Jaschke, Hans-Gerd et al. (Hrsg.) (2006): Politischer Extremismus Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 12.

⁹² Schultze, Rainer-Olaf/Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2004): Extremismus. In: Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. 2. aktual. u. erw. Aufl., München: C. H. Beck, S. 222.

⁹³ Vgl. Pfahl-Traughber, Armin (2003): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. In: Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske+Budrich, S. 22.

che Allahs auftreten und die Ungläubigen als Feind ansehen sowie den westlichen Werten (USA) den Kampf ansagen.⁹⁴

Der politisch-religiöse Fundamentalismus, der die Einheit von Religion und Staat anstrebt, wobei die Trennung zwischen der geistlichen und weltlichen Herrschaft aufgehoben werden soll. Der islamische Fundamentalismus mit seinen „Gotteskriegern“ kämpft für den „Heiligen Krieg“.⁹⁵

5.2.1 Formen des Extremismus

Der Absolutheitsanspruch des Extremismus führt zur politischen Willkürherrschaft. Hier gibt es als Folge die Intoleranz und die Unterdrückung. Im Begriff „politischer Extremismus“ werden nach Backes und Jesse die unterschiedlichen politischen Richtungen und Bestrebungen dargestellt. *Den* Extremismus gibt es danach nicht, vielmehr muss in Ebenen gedacht werden, die sich ergänzen. Zudem ist bei diesem Begriff zu differenzieren in die unterschiedlichen Ziele, die unterschiedlich angewendeten Mittel und nach dem extremistischen Organisationsgrad. Weiters kann man hier nach den neuen und den alten Formen des Extremismus unterscheiden. Das erste bezeichnet z. B. den Ökoterrorismus oder auch den Radikal-feminismus.

Eine weitere Einteilung unterscheidet autochthone (heimische) und allochtone Formen, das sind z. B. die islamischen Bestrebungen gegen den Westen. Der eindeutige und der nicht eindeutige politische Extremismus versucht zwischen organisierter Gewalt und Sekten zu differenzieren. Dieser Begriff enthält die linken, rechten und auch die politisch-religiösen Fundamentalisten. Diese Gruppierungen streben eine Einheit von Religion und Staat an. Es herrscht eine antidemokratische Haltung und eine direkte oder indirekte Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates.

Die Struktur des Extremismus ist durch die Identitätstheorie der Demokratie, Freund-Feind-Stereotype und durch einen Teil an Dogmatismus mit einem Missionsbewusstsein erkennbar. Die Anhänger der Linksextremen werden häufig als intellektuell gekennzeichnet. In den letzten Jahren ist zu beobachten, dass eine „Intellektualisierung“ auch im rechtsextremen Bereich stattfindet.⁹⁶

Ein weiteres Kennzeichen von extremistischen Einstellungen ist es, dass in hohem Maße das Thema generalisiert wird. Die Unterstützung von extremistischen Parteien werden durch S. Alexander Haslam und J. C. Turner mit einem langfristig stabilen Persönlichkeitsmerkmal erklärt, das eine deviante Art zu denken und zu handeln aufweist.⁹⁷

⁹⁴ Vgl. Keller, Jan (2003): Netzwerke „Arabische Mujahedin“ und ihre Bezüge in Deutschland. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 15, Baden-Baden, S. 194 ff.

⁹⁵ Vgl. Neubert, Ehrhart/Agethen, Manfred/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2002): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg im Breisgau; Grunenberg, Antonia (1993): Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek bei Hamburg.

⁹⁶ Vgl. Jesse, Eckhard: Von der Linken lernen? – Vier rechtsextremistische Intellektuelle im Vergleich. In: Backes, Uwe (Hrsg.) (2003): Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart. Köln: Böhlau, S. 261–288. Backes, Uwe (2001): Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ), Bd. 46, S. 24–30.

⁹⁷ Vgl. Haslam, Alexander S./ Turner, John C. (1998): Extremism and deviance: Beyond taxonomy and bias. In: Sozial Research, 65, S. 437 ff.

In Bezug auf die Wähler wird zwischen den Mitgliedern von extremistischen Parteien und ihrem extremistischen Einstellungspotenzial unterschieden. Nicht alle Wähler, die eine extremistische Partei gewählt haben, müssen selbst auch Extremisten sein. Hier kann es sich auch um Protestwähler handeln. Im Umkehrschluss sind auch nicht alle, die eine demokratische Partei gewählt haben, wirkliche Demokraten.⁹⁸

5.2.2 Extremismus der „Mitte“

In empirischen Studien über den Rechtsextremismus konnte festgestellt werden, dass extremistische Einstellungen und Überzeugungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen. Rechtsextreme Parteien erhalten bei Wahlen oft unter 5 %, doch heißt dies nicht automatisch, dass auch die rechtsextremen Einstellungen der Gesellschaft in diesem Bereich liegen. Sie bewegen sich vielmehr bei 10–15 %. Der Anteil der rechtsextremen Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern liegt bei 19 %, so festgestellt in den Untersuchungen von Michael, Fichter/Richard, Stöss/Bodo, Zeuner.⁹⁹

Durch eine Repräsentativerhebung 2006 über die Verbreitung und die Einflussfaktoren in Deutschland, die zu einer rechtsextremen Einstellung führen, konnte gezeigt werden, dass Bestandteile rechtsextremer Einstellungen in weiten Teilen der Bevölkerung zu finden sind. Bei den Studien „Ein Blick in die Mitte“, „Vom Rand zur Mitte“ (Verbreitung und Ursachen rechtsextremer Einstellung) konnten rechtsextreme Einstellungen (rechtsextremes Denken) in allen gesellschaftlichen Gruppen und in allen Bundesländern aufgezeigt werden. Weiter muss festgehalten werden, dass es sich um ein politisches Problem der Mitte der Gesellschaft handelt und nicht um ein „Randphänomen“. Die Dimensionen dieser Einstellungen waren bei den Aussagen „Ausländerfeindlichkeit“ und „Chauvinismus“ des Rechtsextremismus am höchsten. Auf diese Begriffe folgt der Antisemitismus als ein sehr bedeutendes Merkmal rechtsextremer Einstellung.

Bei den Merkmalen Bildung und Geschlecht konnten folgende Unterschiede erkannt werden: Rechtsextremen Aussagen stimmten Personen mit hohem Bildungsabschluss seltener zu, was das Geschlecht betrifft, stimmten Frauen seltener zu als Männer. Es konnte insgesamt eine abnehmende Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur festgestellt werden, doch beim Chauvinismus bestand ein leichter Anstieg.

Die Konsensfähigkeit konnte man in der Dimension Ausländerfeindlichkeit erkennen. Hier werden weite Teile der Bevölkerung unabhängig von Geschlecht, Bildungsstand oder Partei genannt.¹⁰⁰

⁹⁸ Vgl. Schroeder, Klaus/Alisch, Steffen/Bressan, Susanne/Deutz-Schröder, Monika/Hillmer, Uwe (Hrsg.) (2004): Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. München: Schöningh, S. 157–245.

⁹⁹ Vgl. Fichter, Michael/Stöss, Richard/Zeuner, Bodo: Forschungsprojekt: „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“. In: Jaschke, Hans-Gerd et al. (Hrsg.) (2006): Politischer Extremismus Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 29.

¹⁰⁰ Vgl. Decker, Oliver/Geißler, Normann/Brähler, Elmar (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Forum Berlin. In: <http://library.fes.de/pdf-files/do/05433.pdf> 03.04.2009.

5.2.3 Rechtsextremismus

In öffentlichen Diskussionen werden für den Rechtsextremismus oft Synonyme verwendet, wie Rechtsradikalismus, Neonazismus, Neofaschismus etc. Häufig wird mit der Bezeichnung Rechtsextremismus, Neonazis, Neofaschismus etc. ein nationalistisches, biologistisches, völkisches und antidemokratisches Welt- und Menschenbild impliziert, das bewusst das nationalsozialistische Regime verharmlost und relativiert. Der deutsche Verfassungsschutz unterscheidet inhaltlich zwischen Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus. Hier gibt es eine zentrale Scheidelinie zwischen Demokratie und (Rechts- bzw. Links-)Extremismus, d. h. zwischen Befürwortung und Ablehnung der demokratisch-pluralistischen Verfasstheit der politischen Ordnung und dem Gesellschaftssystem. Während in einer demokratischen Gesellschaft das Prinzip der Gewaltenteilung existiert, propagieren extreme Rechte und extreme Linke die Idee der Einheit und der Gewaltenkonzentration. In der deutschen Landesverfassung wird der Rechtsextremismus folgendermaßen charakterisiert:

„[...] Bestrebungen [...], die sich gegen die im Grundgesetz konkretisierte fundamentale Gleichheit der Menschen richten und die universelle Geltung der Menschenrechte ablehnen. Rechtsextremisten sind Gegner des demokratischen Verfassungsstaates. Sie haben ein autoritäres Staatsverständnis. Das rechtsextremistische Weltbild ist geprägt von einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit (Fremdenfeindlichkeit). Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse bestimme den Wert eines Menschen. Individuelle Rechte und gesellschaftliche Interessenvertretungen treten zugunsten kollektivistischer ‚volksgemeinschaftlich‘ Konstrukte zurück (Antipluralismus).“¹⁰¹

Die rechtsextremistische Ideologie ist vor allem geprägt durch eine Ideologie der Ungleichheit und der Überbewertung der ethnischen Zugehörigkeit. Hierbei vertreten sie ein antipluralistisches und organisches Gesellschaftsverständnis, in dem für sie immer der Staat dominiert. Ihr Bild setzt sich aus einer Überbewertung der ethnischen Zugehörigkeit (ihre eigene Nation), eine Ideologie der Ungleichheiten, ein Antipluralismus und Autoritarismus (welches je nach ideologischer Ausdrucksweise auftritt) zusammen. Nach Einschätzung von Wissenschaftlern besteht die Basis der rechtsextremistischen Einstellung in der Auffassung, die eigene ethnische Gruppe (und deren Individuen) gegenüber den anderen bestehenden Gruppen als überlegen zu beurteilen und sich deshalb selbst Privilegien zuschreiben zu können. Auf diese Weise werden „die anderen“ ausgeschlossen. Dieses Verständnis einer ethnisch/rassistischen Überlegenheit wird auf das eigene Volk und die eigene Nation projiziert.¹⁰²

Hans-Gerd Jaschke bezeichnet die Einstellungen und Handlungen von Rechtsextremen:

„[...] die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit des Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen und den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus

¹⁰¹ Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Rechtsextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin, S. 47. In: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2007.pdf am 18.09.2008.

¹⁰² Vgl. Stöss, Richard (1999): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Zit. in: Schroeder, Klaus/Alisch, Steffen/Bressan Susanne/Deutz-Schröder, Monika/Hillmer, Uwe (Hrsg.) (2002): Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. München: Schöningh, S. 17.

*einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.“*¹⁰³

In dieser Ideologie werden als ungleich oder ungleichwertig nicht nur bestimmte ethnische Gruppen gesehen, sondern es können auch die Gruppen der eigenen Ethnie sein. Das sind z. B. Obdachlose, Behinderte, Punks, Linke etc. Rechtsextremes Gedankengut ist besonders bei den Jugendlichen vertreten, bei denen es an einer autonomen Identität und einer subjektiven Aufnahmebereitschaft in der Gesellschaft fehlt und bei denen ein hohes Potenzial an ideologischer Anschlussfähigkeit vorhanden ist.¹⁰⁴ Zusammenfassend möchte ich den Rechtsextremismus durch folgende Worte weiter zusammenfassen:

*„Als rechtsextremistisch bezeichnen wir Personen/Gruppen/Parteien, die eine Ungleichwertigkeit von Menschen und Staaten/Nationen aus biologischen oder rassistischen bzw. ethnischen Motiven begründen, die tief verwurzelte Vorurteile gegenüber Juden hegen, pauschal Ausländer ablehnen, ein den Nationalismus verharmlosendes Geschichtsbild vertreten und die parlamentarische Ordnung ersetzen wollen.“*¹⁰⁵

5.2.3.1 Kennzeichen, Entstehung und Theorieansätze

Für das Entstehen und das Verbreiten des Rechtsextremismus sind mehrere unterschiedliche Faktoren von Bedeutung, die erst mit einem Zusammenwirken in einer bestimmten Situation rechtsextreme Einstellungen bei den Jugendlichen hervorbringen und das entsprechende Verhalten auslösen. Solche Faktoren sind die individuellen Zustände, wie die Situation in der Familie und Schule sowie die Einbindung in bestimmte Peergroups, die subjektive Wahrnehmung der eigenen Position in der Gesellschaft und die noch vorzufindenden gesellschaftlichen Faktoren, wie Arbeitslosigkeit, Individualisierung, politische Kultur und Zeitgeist. Die Bedingungen, aufgrund derer verschiedene Personen unter den gleichen Umweltbedingungen in unterschiedlicher Art und Intensität in diese Richtung tendieren, oder weshalb es die Aggressionsbereitschaft und Gewaltbereitschaft von Jugendlichen gibt, kann nur im Einzelnen erklärt werden. Die auslösenden Faktoren können und sollen meiner Ansicht nach nicht generalisiert werden. Hier gibt es auch kein eindeutiges Verhältnis, denn nicht alle Rechtsextremisten sind gewalttätig. Es ist gleichzeitig auch die auffallend hohe Gewaltbereitschaft von Migranten- und Aussiedlerkindern zu erwähnen, weshalb sich diese nicht auf eine bestimmte Gruppe eingrenzen lässt.

Die Gewalt ist als eine Form sozialer Interaktion zu sehen, die an keine bestimmte ideologische Überzeugung gebunden sein muss und vielfältige Ursachen und Formen besitzt. Rechtsextremistische Einstellungen und z.B. die Ablehnung „ziviler“ Normen, die zwei verschiedene Grundhaltungen darstellen, kennzeichnen sich durch folgende anti- bzw. nichtzivile Einstellungen und Verhaltensweisen: Gewalt-

¹⁰³ Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Zit. in: Schroeder, Klaus/Alisch, Steffen/Bressan, Susanne/Deutz-Schröder, Monika/Hillmer, Uwe (Hrsg.) (2002): Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. München: Schöningh, S. 18 ff.

¹⁰⁴ Vgl. Heitmeyer, Wilhelm/Buhse, Heike/Liebe-Freund, Joachim/Möller, Kurt/Müller, Joachim/Ritz, Helmut/Siller, Gertrud/Vossen, Johannes (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. In: Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf (2003): Querschlager. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske+Budrich, S. 275.

¹⁰⁵ Schroeder, Klaus/Alisch, Steffen/Bressan, Susanne/Deutz-Schröder, Monika/Hillmer, Uwe (Hrsg.) (2002): Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. München: Schöningh, S. 21 f.

und Devianzbereitschaft, Intoleranz und Verantwortungslosigkeit, Autoritarismus und Antiindividualismus sowie Gemeinschaftspathos. Zusammenfassend lässt sich sagen:

„Als antizivil gelten Personen/Gruppen/Parteien, die jenseits des staatlichen Gewaltmonopols Gewalt zur Durchsetzung individueller und persönlicher Interessen befürworten, Recht und Ordnung überhaupt nicht oder nur wegen der drohenden Sanktionierung akzeptieren, der Individualität anderer Menschen keinen Respekt zollen sowie strikte Unterordnung unter die Obrigkeit und die Gemeinschaft propagieren.“¹⁰⁶

Die Gewalteinstellungen und das gewalttätige Verhalten von Jugendlichen zwischen 15 und 21 Jahren sind in denjenigen jugendkulturellen Szenen am höchsten, in denen eine sehr hohe Ambivalenz in den Wertorientierungen, ästhetischen Präferenzen und Verhaltensweisen vorzufinden sind. Die menschenfeindlichen Einstellungen und die Einstellung zur Gewalt haben laut R. Möller und W. Heitmeyer¹⁰⁷ in diesen Szenen die Funktion der „Ambivalenzreduktion“, um mit Angst und Verunsicherung besser zugehen zu können. Hier kann man den Gewaltbegriff als eine universelle Ersatzsprache verstehen. Wer Gewalt anwendet, versagt Anerkennung oder Zustimmung, bringt Protest, Ablehnung, Hass, Geringschätzung, Handlungsziele unter Missachtung des Willens und der Leiden des Gewaltopfers zum Ausdruck. Gewalt ist hier die universelle Ersatzsprache, ein Ausdruck des Scheiterns von Kommunikation. Bei genauer Betrachtung stellt sie sich als Negation von Kommunikation dar, die gerade aufgrund ihrer Körperlichkeit allgemein verstanden wird.¹⁰⁸

Detlef Oesterreich¹⁰⁹ erwähnt hier als ein Persönlichkeitsmerkmal den Autoritarismus. Hierzu wurde ein „Syndrom“ entwickelt, das aus neun Untermerkmalen besteht: Konventionalismus, autoritäre Unterwürfigkeit, autoritäre Aggression, Anti-Intrazeption (Abwehr des Subjektiven, der Phantasie) des Fantasievollen, des Sensiblen, des Abergläubischen und der Stereotype, Machtdenken mit Robustheit, Destruktivität und Zynismus, Projektivität (das ist eine Tendenz, an unsinnige und gefährliche Vorgänge auf dieser Welt zu glauben) sowie ein „übertriebenes Interesse an sexuellen Vorgängen“.¹¹⁰

Hier wurde jedoch auf eine Beschreibung und Überprüfung nicht genauer eingegangen. Weiters wurde auch nicht angegeben, wo die Grenzen dieser Einteilung liegen und wie diese Merkmale miteinander oder zueinander korrelieren. Th. W. Adorno wiederum versucht, durch die F-Skala die potenziellen Anhänger einer neuen Nazi-Partei zu identifizieren. Ein weiterer Ansatz ist das Konzept des Dogmatismus. Der Sozialpsychologe Milton Rokeach bezieht es auf solche Personen, die im Überzeugungssystem ein

¹⁰⁶ Schroeder, Klaus/Alisch, Steffen/Bressan, Susanne/Deutz-Schröder, Monika/Hillmer, Uwe (Hrsg.) (2002): Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. München: Schöningh, S. 21.

¹⁰⁷ Vgl. Heitmeyer, Wilhelm u.a. (1995): Gewalt. Schattenseiten der Individualisierungsprozesse bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus. Weinheim/München: Juventa Verlag, S. 176 ff.

¹⁰⁸ Vgl. Neidhardt, Friedhelm (1986): Gewalt – Soziale Bedeutungen und sozialwissenschaftliche Bestimmung des Gewaltbegriffs. In: Bundeskriminalamt (Hrsg.) (1985): Was ist Gewalt? – Auseinandersetzung mit einem Begriff – Band I. Strafrechtliche und sozialwissenschaftliche Darlegung. Sonderband der BKA-Forschungsreihe: Würzburg, S. 7–11.

¹⁰⁹ Vgl. Oesterreich, Detlef (1996): Flucht in die Sicherheit. Zur Theorie des Autorismus und der autoritären Reaktion. Opladen: Leske+Budrich, S. 28 ff.

¹¹⁰ Adorno, Th. W. et al. (1950): Studien zum autoritären Charakter. Zit. in: Arzheimer, Kai/Zimmermann, Kai (2008): Die Wähler der extremen Rechten 1980–2002. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 80.

hohes Maß an „Geschlossenheit“ (closed mindedness) aufweisen und nur geschwächt in der Lage sind, neue Informationen aufzunehmen und objektiv zu bewerten. Sie orientieren sich an schon existierenden Meinungen, Normen und Autoritäten.¹¹¹

5.2.3.2 Autorismus und Gewalterfahrung in der Familie

Der sozialpsychologische Erklärungsansatz des Rechtsextremismus von Adorno mit der Theorie des Autoritarismus kennzeichnet Persönlichkeiten, die durch die Unterwürfigkeit gegenüber Autoritäten und die Dominanz gegenüber Schwachen bestimmt sind. Diese Persönlichkeit hat ein geschlossenes Weltbild, das dem des Rechtsextremismus entspricht. In einer umfangreichen qualitativen Studie mit rechtsextremen Jugendlichen konnte gezeigt werden, dass insbesondere gewaltförmige Erziehungspraktiken, die nicht sichere Bindung von Kindern an Erwachsene und die Ausbildung von problematischen Persönlichkeiten unter Einfluss von autoritären Strukturen zu einem auffälligen Verhalten führen. Die Gewaltakzeptanz und die Haltung zum Nationalsozialismus sowie der Antisemitismus werden stark vom Autoritarismus bestimmt. Allgemein wird hier jedoch festgestellt, dass die Erklärungskraft der Gewalterfahrung in der Familie für den Rechtsextremismus begrenzt ist. Die Ausbildung einer autoritären Persönlichkeitsstruktur kann nicht ausschließlich durch die Gewalterfahrung in der Familie hervorgerufen werden, vielmehr sind gewaltförmige Erziehungspraktiken nur einer der bedingten Faktoren für seine Entstehung. Die Sozialisationsbedingungen außerhalb der Familie sind ein weiterer Faktor, der hier wirksam wird. Es ist jedoch festzuhalten, dass der Einfluss der Gewalterfahrung durch die Familie auf den Rechtsextremismus besonders über die Ausübung autoritärer Persönlichkeitsstrukturen erfolgen kann. Alter, Geschlecht und die Mitgliedschaft in deviante Peergroups wie auch der Kontakt zu anderen ausländischen Kindern spielen eine entscheidende Rolle für die Entstehung von rechtsextremen Einstellungen und damit verbundenen Verhalten bei Jugendlichen.¹¹²

5.2.3.3 Transgressionsbereitschaft und Rechtsextremismus

Oft werden in der sozialwissenschaftlichen Extremismusforschung Ansätze entwickelt, wonach die jugendlichen Rechtsextremisten in den unteren Bevölkerungsschichten vorzufinden sind. Diese Annahme ist zu kritisieren, denn es ist empirisch nachgewiesen, dass dieses Problem nicht ausschließlich auf eine statusniedrigere Gruppe beschränkt, auch wenn diese häufig auffällig wird. Rainer Silbereisen und Sabine Walper untersuchten die familiären Auswirkungen von ökonomischer Einschränkung im Zusammenhang mit dem jeweiligen Bildungsgrad der Eltern und versuchten die Frage zu beantworten, ob Jugendliche, die in einem „defizitären“ sozialen Umfeld leben, eine allgemein erhöhte Bereitschaft zu Norm verletzendem Verhalten aufweisen, welche hier als erhöhte Delinquenzneigung, d. h. als Transgressionsbereitschaft bezeichnet wird. Dabei wurde offensichtlich, dass *„deutliche Verringerungen des Familienein-*

¹¹¹ Vgl. Rokeach, Milton (1960): The Open and Closed Mind. Investigation into the Nature of Belief Systems an Personality Systems. Zit. in: Schumann, Siegfried (2001): Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu Parteien. Der Einfluss von Persönlichkeitseigenschaften auf Einstellungen zu politischen Parteien. Oldenburg: Wissenschaftsverlag, S. 113 f.

¹¹² Vgl. Silbereisen, Rainer K./Walper Sabine (1987): Familiäre Konsequenzen ökonomischer Einbußen und ihre Auswirkung auf die Bereitschaft zu Norm verletzendem Verhalten bei Jugendlichen. Zit. in: Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf (2003): Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt, Opladen: Leske+Budrich, S. 256.

*kommens nicht nur zu Beeinträchtigungen der Erziehungen und Interaktionen führten, sondern hierüber auch seitens der Kinder emotionale Belastungsreaktionen [...] und [...] Problemfall begünstigten“.*¹¹³

Jedoch waren diese Bedingungen nicht überall gleich, und deshalb ist diese Problematik wieder im Einzelnen zu betrachten.

In Anlehnung an die klassischen Studien zur familiären Deprivation wurde folgende Dynamik beobachtet: Die Jugendlichen fühlen sich am wenigsten an Normen gebunden, wenn sich die finanzielle Situation der Familie verschlechterte. Diese (Teil-) Daten weisen erneut darauf hin, dass sich Jugendliche mit arbeitslosen Eltern eher in Gruppen von Gleichaltrigen aufhielten, was wiederum die Wahrscheinlichkeit einer Übernahme von abweichenden Orientierungen und Verhaltensmustern sowie eine Ablehnung von Vorgesetzten, begünstigte. Der Respekt gegenüber Bezugspersonen ging durch die gestellten Leistungsanforderungen, die durch die Jugendlichen nicht erfüllt werden konnten, verloren. In anderen Studien¹¹⁴ konnte man feststellen, dass die Transgressionsbereitschaft bei verbesserter finanzieller Situation im Elternhaus abnahm. Es wird vermutet, dass die steigende Transgressionsbereitschaft auf ein sinkendes Selbstwertgefühl bei den Jugendlichen zurückzuführen ist. Eine weitere Studie¹¹⁵ verweist auf die geschlechtsspezifischen Merkmale bei der Verarbeitung bestimmter Probleme. Während Mädchen eher mit Hypersensibilität und Besorgtheit reagieren, waren die Jungen reizbar bzw. aggressiver, dieses Verhalten wird durch eine schwache familiäre Integration zusätzlich intensiviert.

*„Eine geringe Familienintegration erschwert jedoch wiederum die Bewältigung von ökonomischen und anderen Problemlagen. [...] Da auch ihr negativer Einfluss auf die Entwicklung der Kinder verschiedentlich bestätigt [...] wurde [...], und die Qualität familiärer Beziehungen häufig als wesentliche Determinante für deviantes Verhalten herausgestellt wurde [...], dürfte dies den Zusammenhang zwischen ökonomischer Deprivation einerseits und Selbstwertgefühle sowie Transgressionsbereitschaft andererseits vermitteln.“*¹¹⁶

Ein weiterer Faktor ist das Bildungsniveau der Eltern, die je nach Bildungsgrad mit Problemlagen auch produktiv und umsichtig umgehen konnten (hier bestand eine Abfederung der Probleme durch ein besseres Konfliktmanagement). Zusammengefasst kann folgendes festgestellt werden: In Familien, bei denen die Eltern einen niedrigen Bildungsstand aufweisen, ist es besonders prägnant, dass die ökonomischen Nachteile in der Familiengemeinschaft zu einer erhöhten Bereitschaft der Jugendlichen von Norm verlet-

¹¹³ Vgl. Silbereisen, Rainer K./Walper S. (1987): Familiäre Konsequenzen ökonomischer Einbußen und ihre Auswirkung auf die Bereitschaft zu Norm verletzendem Verhalten bei Jugendlichen. Zit. in: Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf (2003): Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske+Budrich, S. 258.

¹¹⁴ Vgl. Studie von Galambos/Silbereisen, Rainer K. (1987): Einflüsse des Einkommens des Wandel und die elterliche Akzeptanz auf jugendliche Transgression Anfälligkeit und Peer-Beziehungen. European. Zit. in: Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf (2003): Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske+Budrich, S. 250.

¹¹⁵ Vgl. Studie von Elder (1974): Children of the Great Depression. Zit. in: Reinder, Heinz (2003): Jugendtypen. Ansätze zu einer differentiellen Theorie der Adoleszenz. Opladen: Leske+Budrich, S. 65 f.

¹¹⁶ Silbereisen, Rainer K./Walper S. (1987): Familiäre Konsequenzen ökonomischer Einbußen und Ihre Auswirkung auf die Bereitschaft zu Norm verletzenden Verhalten bei Jugendlichen. Zit. in: Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf (2003): Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske+Budrich, S. 259.

zendem Verhalten führen, und dass die Auswirkungen über eine Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls und der Familienintegration vermittelt sind. Das Selbstwertgefühl des Jugendlichen stellt einen bedeutenden Mediator dar. Bei Familien mit geringerem Einkommen bzw. in einer ökonomisch schlechteren Lage wird die Transgressionsbereitschaft vollständig über das Selbstwertgefühl vermittelt. Rechtsextreme Handlungen können als eher gesellschaftliche Provokation fungieren und wären gegen andere Ideologien austauschbar, wenn sie ähnliche Funktionen für den Träger haben.¹¹⁷

5.2.3.4 Desintegrations- und Verunsicherungstheorem Rechtsextremismus

Zu wichtigsten theoretischen Erklärungsansätzen des modernen jugendlichen Rechtsextremismus bzw. der Gewalt der Jugendlichen kommt von W. Heitmeyer¹¹⁸, die jedoch noch nicht ausreichend empirisch quantitativ untermauert wurde. Diese Studie ist sozialtheoretisch konzipiert und der Jugendliche wird dabei als „produktiv Realität verarbeitendes Subjekt“ begriffen. In dieser Sichtweise werden rechtsextreme und/oder gewaltfreudige Einstellungsmuster nicht als unveränderliche Persönlichkeitseigenschaften angesehen, sondern als die Konsequenz der individuellen Verarbeitung gesellschaftlicher Verhältnisse. U. Beck nennt die zunehmende Bedeutung von Bildung und der beruflichen Qualifikation als eine Ergänzung zu den klassischen Verteilungskriterien von sozialem Status, wie etwa Besitz, Macht und Prestige. Des Weiteren wird die neue urbane Großstadtsiedlung angesprochen, in der meist oberflächliche Bekanntschaften und Nachbarschaftsverhältnisse die älteren Formen der sozialen Umgebung ersetzen. Ein weiteres Kriterium ist die Arbeitsmarktdynamik, die immer weitere Bevölkerungskreise betrifft. So treten oft die „flachen und ungebundenen“ Beziehungen an diese Stelle von Kollegialität und beruflich-kollektiver Einbindung. Hier finden eine Individualisierung sozialer Ungleichheit und eine Endtraditionalisierung im sozialmoralischen Milieu statt. Die traditionellen Orientierungsmuster fallen weg, indem die Konkurrenz Solidargemeinschaften verhindert. Auf diese Weise entstehen künstliche Binnendifferenzierungen und die sozialstaatlichen Sicherungs- und Steuerungssysteme wirken der Ausbildung von Klassensolidarität entgegen.¹¹⁹

5.2.3.5 Fremdenfeindlichkeit

Die Fremdenfeindlichkeit ist im Konstrukt des Rechtsextremismus nur ein Element in einem Teilbereich und kann als Ausdruck der Ideologie und der Ungleichheit betrachtet werden. Gleichzeitig kann aber auch nicht immer davon ausgegangen werden, dass ein Rechtsextremist explizit rassistische Meinungen vertritt und dass jede Person mit einer fremdenfeindlichen (xenophoben) Haltung auch rechtsextrem ist.

¹¹⁷ Vgl. Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf (2003): Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske+Budrich, S. 259 ff.

¹¹⁸ Heitmeyer, Wilhelm/Buhse, Heike/Liebe-Freund, Joachim/Möller, Kurt/Müller, Joachim/Ritz, Helmut/Siller, Gertrud/Vossen, Johannes (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Zit. in: Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf (2003): Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske+Budrich, S. 270.

¹¹⁹ Beck, Ulrich (1986): Zit. in: Scherger, Simone (2007): Destandardisierung, Differenzierung, Individualisierung. Westdeutsche Lebensläufe im Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 31 ff.

Es ist jedoch zu erwarten, dass der Rechtsextremismus häufig diffus fremdenfeindliche Orientierungen besitzt.¹²⁰

5.2.3.6 Nationalsozialismus

Hier ist eine verklarte und verzerrte Sicht auf die nationalsozialistische Diktatur bis in die 1980er Jahre zu bemerken, die vor allem bei den älteren Rechtsextremisten zu beobachten ist. Die vermeintlich guten Seiten des Nationalsozialismus werden betont und die Darstellung der Verbrechen wird als Übertreibung empfunden.¹²¹ In der neonazistischen Szene gibt es unterschiedliche Arten und Weisen, wie auf den Inhalt der NS-Ideologie Bezug genommen wird. Als Ideal für eine staatliche Ordnung wird dabei das „Dritte Reich“ betrachtet. In der Neonazi-Szene gibt es je nach Kameradschaften oder je nach regionalen Führungsfiguren unterschiedliche Interpretationen der NS-Ideologie. Von einigen Abweichungen abgesehen möchten jedoch alle Neonazis die demokratische Staatsform durch einen autoritären „Führerstaat“ mit einer ethnisch homogenen Bevölkerungsstruktur ersetzen. Hier soll bei jenen „Individuen“ eine Entrechtung stattfinden, die ein solches System ablehnen.

Diese Individuen und bestimmte Teile der Bevölkerung sollen nicht als gleichberechtigte Bürger akzeptiert und aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden.¹²²

Als Beispiel kann die vom Freistaate Sachsen 2007 verbotene neonazistische Kameradschaft „Sturm 34“ genannt werden. Die nach einer SA-Einheit benannte Gruppierung sah in der Anwendung von Gewalt ein legitimes Mittel, um ihre Ziele durchzusetzen. Damit verbunden war das Hauptziel, die Region Mittweida in eine „national befreite Zone“ umzuwandeln. Die Rechtsextremisten verfolgten damit das Ziel, dominierte Räume zu schaffen, um aus diesen Gebieten missliebige Personenkreise (z. B. Menschen mit Migrationshintergrund, Homosexuelle oder „Linke“) herauszudrängen.¹²³

5.2.3.7 Antiparlamentarismus

Ein weiteres Element einer rechtsextremen Einstellung ist, die Ansätze der „Ideologie der Ungleichheit“ die Staatsverfassung durch eine antipluralistische Einstellung zu ersetzen, z. B. die Ablehnung der Demokratie, die Ablehnung der in der Verfassung verankerten Freiheits- und Gleichheitsrechte, verbunden mit einem starken Wunsch nach einem autoritären Staat und einer Befürwortung des „Führerprinzips“.

¹²⁰ Vgl. Lamnek, Siegfried (1993): Qualitative Sozialforschung, Bd. 1, Methodologie. Zit. in: Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf (2003): Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske+Budrich, S. 25.

¹²¹ Vgl. Bergmann, Werner (2002): Geschichte des Antisemitismus. Zit. in: Schroeder, Klaus/Alisch, Steffen/Bressan, Susanne/Deutz-Schröder, Monika/Hillmer, Uwe (Hrsg.): Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. München: Schöningh, S. 291 f.

¹²² Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Rechtsextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin, Broschüre. S. 61 f. In: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2007.pdf am 21.08.2008.

¹²³ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Rechtsextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin, Broschüre. S. 62 f. In: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2007.pdf am 21.08.2008.

Dabei strebt man eine „Volksgemeinschaft“ mit einem homogenen Nationalstaat an, in dem das Volk und der Staat aufgrund einer „völkischen“ Ideologie zu einer Einheit verschmelzen sollen.¹²⁴

5.2.3.8 Antisemitismus

Antisemitismus getarnt mit Antizionismus sowie ideologische, mentale und kulturelle Vorbehalte gegenüber Juden haben eine lange Tradition und arbeiten immer mit den gleichen Zerrbildern und hartnäckigen antisemitischen Vorurteilen, die nicht auf ein einzelnes Land beschränkt sind.¹²⁵ Meistens haben die befragten Jugendlichen keine eigenen Erfahrungen mit Juden, sodass die Vorurteile oft von der sozialen Umgebung, in der sie sich aufhalten, übernommen sind und sich so verfestigen.

5.2.3.9 Antifaschismus

Mit dem Begriff Antifaschismus wird das traditionelle Aktionsfeld der Linksextremen beschrieben. Ihr Ziel ist es, den in der freiheitlich demokratischen Grundordnung als „kapitalistisches System“ herrschenden Faschismus (Personen und Einrichtungen der rechtsextremistischen Szene) durch eine direkte Konfrontation mit den „Neonazis“ zu bekämpfen. 2007 gab es Aktivitäten einer Aufklärung von Strukturen der Rechtsextremen. Die Konfrontationen wurden auch mittels direkter körperlicher Angriffe verübt. Hierbei werden das Eigentum der Gegner zerstört und die Personen bspw. mit Reizgas angegriffen.¹²⁶

5.2.3.10 Antiglobalisierungsbewegung

Für die deutschen linksextremistischen Globalisierungskritiker stehen die jährlichen Treffen der Staats- und Regierungschefs der acht wichtigsten Industrienationen (G8) im Zentrum ihrer Aktivitäten, diese werden als ein Symbol neoliberal - imperialer Globalisierung definiert. Hier tritt man im gesamten links-extremistischen Spektrum mit einer Mobilisierung in Bündnissen gegen „Kapitalismus, rassistische Ausgrenzung und die patriarchale Geschäftsordnungen und dem Krieg“ entgegen. Es werden militante Kampagnen und Brandanschläge mit hohem Sachschaden verübt, die sich gegen die EU-Ratspräsidentschaft 2007 richteten.¹²⁷

5.2.3.11 Antirepression

Die linksextremistischen „Antirepressionskampagnen“ richten sich gegen den „Ausbau eines Überwachungsstaates“, das Feinbild ist demnach der Staat und seine Einrichtungen. Der „Überwachungsstaat“ wird als eine staatliche Reaktion auf ein „kapitalistisches System“ gesehen, die durch die Ausweitung der

¹²⁴ Vgl. Kleinert, Cornelia/de Rijke, Johann (2001): Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und Erwachsenen. Zit. in: Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer Ralf (2003): Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske+Budrich, S. 28 f.

¹²⁵ Vgl. Bergmann, Werner (2002): Geschichte des Antisemitismus. Zit. in: Schroeder, Klaus/Alisch, Steffen/Bressan, Susanne/Deutz-Schröder, Monika/Hillmer, Uwe (Hrsg.): Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. München: Schöningh, S. 279 ff.

¹²⁶ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Rechtsextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin, Broschüre. S. 172 f. In: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2007.pdf am 21.08.2008.

¹²⁷ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Rechtsextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin, Broschüre. S. 177 f. In: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2007.pdf am 21.08.2008.

polizeilichen Befugnisse, die Aufhebung der Trennung von Geheimdiensten und Polizei etc. erfolgt. Ein weiteres Betätigungsfeld ist die Solidarität mit inhaftierten linksextremistischen Gewalttätern im In- und Ausland.¹²⁸

5.2.4 Linksextremismus

Die zentrale ideologische Grundposition für den Linksextremismus¹²⁹ ist ein streben nach sozialer Gleichheit. Ideologietheoretisch lassen sich die Organisationen in diesem Extremismusbereich dem Anarchismus (Zerschlagung des Staates als Institution und ersetzen durch eine herrschaftsfreie Gesellschaft mit freien Individuen)¹³⁰ und dem Marxismus (wollen Staat als Institution beibehalten)¹³¹ zuzuordnen. Die Strukturmerkmale sind hier nach Armin Pfahl-Traugthber Dogmatischer Absolutheitsanspruch, politischer Autoritarismus, Identitäres Gesellschaftsverständnis.¹³²

*„Linksextremisten bekämpfen die bestehende freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung, die sie als kapitalistisch, imperialistisch und rassistisch diffamieren. Sie streben eine grundlegende Umwälzung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung [...] an. Je nach ideologischer Ausrichtung wollen sie die bestehende Gesellschaftsordnung durch eine aus sozialistische/kommunistische Gesellschaft oder durch eine aus ihrer Sicht „herrschaftsfreie“ Gesellschaft – eine Anarchie – ersetzen“.*¹³³

5.2.4.1 Politische Strömungen des Linksextremismus

Kommunismus: (lat. „Communis“ für gemeinsam, gemeinschaftlich) Das Ziel der antikapitalistischen Bewegungen ist die Veränderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und eine auf das Gemeineigentum aufbauende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Je nach Ausprägung erfolgt eine Berufung auf Marx, Engels, Lenin, Stalin, Trotzki oder Mao Tse Tung.

Anarchismus: (griechisch „Anarchia“, Herrschaftslosigkeit, Gesetzlosigkeit) Diese Weltanschauung und politische Bewegung ist zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden. Hier werden der Staat und das Gesetz als Formen der Unterdrückung aufgefasst. Das Ziel der Gesellschaft besteht daher darin, eine gesellschaftliche Führung und Ordnung ohne Polizei, Militär und Justiz zu errichten. (Oft wird er in der Literatur als eine dritte Variante des Extremismus genannt, die sich aus extrem individualistisch-liberalen politischen Orientierungen ableitet).

¹²⁸ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Rechtsextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin, Broschüre. S. 182. In: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2007.pdf am 21.08.2008.

¹²⁹ Vgl. Backes, Uwe (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 123-178.

¹³⁰ Vgl. Guérin, Daniel (1975): Anarchismus. Begriff und Praxis. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

¹³¹ Vgl. Schneider, Wolfgang (2008): Die Marxsche Vision. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.

¹³² Vgl. Pfahl-Traugthber, Armin: Ideologien des islamistischen, linken und rechten Extremismus. Backes, Uwe/Jesse, Eckard (2006): Gefährdung der Freiheit: extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht S. 212-222.

¹³³ Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Verfassungsschutz – was wir für Sie tun. Zit. in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.) (2008): In: Bundesministerium des Innern. Berlin, Broschüre. S. 5.

Autonome Gruppierungen: Hierbei handelt es sich um politische Orientierungen, die verschiedene politische Theorien und Autoritäten ablehnen. Sie stammen aus den außerparlamentarischen Oppositionen der 1960er Jahre und lehnen die demokratischen Gesetze des Konfliktaustrags ab. Die Gewaltanwendung wird gegen Personen oder Sachgegenstände bei Konflikten gerechtfertigt. Hier finden Demonstrationen und gewaltsame Auseinandersetzungen statt, um das angestrebte Ziel zu erreichen.¹³⁴

5.2.5 „Islamismus“

Neben dem politischen Rechts-links-Spektrum haben sich auch politisch-religiös-fundamentalistische Strömungen entwickelt.

Der politisch-religiöse Fundamentalismus ist eine eigene Form des Extremismus außerhalb der Bereiche Rechts und Links. Dieser Fundamentalismus spielt auf der politischen Ebene eine immer größer werdende Rolle. Zu den Netzwerken gehört z.B. die „arabische Mudschahedin“ der Kämpfer im Namen oder für die Sache Gottes. Die westlichen Werte werden abgelehnt und als Hauptfeind wird die USA dargestellt.¹³⁵

„Zu den ideologische Kernbestandteilen des Islamismus gehört die Auffassung, staatliche Gesetzgebung und hoheitliches Handeln dürften sich nicht auf den Willen des Volkes oder Mehrheitsentscheidungen gründen. [...] Dieser Absolutheitsanspruch steht in unauflösbarem Widerspruch zu den obersten Wertprinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung, etwa dem Grundsatz der Volkssouveränität, dem Mehrheitsprinzip oder dem Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition. [...] Nach islamischer Vorstellung werden Säkularität, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie abgelehnt.“¹³⁶

5.3 Extremistische Parteien

In diesem sehr heterogenen ideologisch-politischem Spektrum sind einige Metatypen und Subtypen für extremistische Parteien. Hierbei wird zwischen traditionellen und postindustriellen extremistischen Parteien unterschieden, eine Gegenüberstellung von alten und neuen radikalen Rechten oder auch eine Unterscheidung der neuen radikalen Rechten zwischen rechtsautoritären und populistischen Parteien vorgenommen. Weiter gibt es in der Literatur eine Trennung zwischen ethnozentrischen und nationalistischen Parteien. Unterscheidungen zwischen der konsequent antidemokratisch extremistischen Rechten und der nominell demokratischen, aber populistisch Radikalen Rechten werden ebenfalls beschrieben.¹³⁷

¹³⁴ Vgl. Hermann, Adam (2007): Bausteine der Politik. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 180.

¹³⁵ Vgl. Jesse, Eckard/Urban, Johannes (2008): Extremismus und innere Sicherheit. In: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Innere Sicherheit in Deutschland. Politische Studien. Themenheft 1/2008. Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehens, 59. Jg., S. 67–77. In: <http://hss-rd.nt.e-7.com/2957.shtml> am 03.04.2009.

¹³⁶ Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Islamismus aus der Perspektive des Verfassungsschutzes, Zit. in Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.) (2008): In: Bundesministerium des Innern. Berlin, Broschüre. S. 7 f. In: <http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/linksextremismus> am 03.03.2009.

¹³⁷ Vgl. Stöss, Richard (2008): Radikale Parteien in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ), Bd. 47, S. 3–6 In: http://www.bpb.de/themen/QIBIMY,0,0Die_Linke.html am 29.09.2008, mit Verweis auf: Ignazi, Piero (2003): Extreme Right Parties in Western Europe.

Sein Vorschlag für eine Subtypenbildung erfolgt in drei Varianten:

- 1) gemäßigt nationalistisch, fremdenfeindlich, eher systemkonform;
- 2) nationalistisch und neorassistisch, eher systemkritisch;
- 3) (neo-)faschistisch und (neo-)rassistisch, eher systemfeindlich.¹³⁸

In der Extremismusforschung wird zwischen „extremistisch“ und „demokratisch“ unterschieden. Der Extremismus ist hier die Antithese des demokratischen Verfassungsstaates, so der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft Eckard Jesse an der TU Chemnitz. Hier bestehen strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen den vielfältigen Formen von Rechts- und Linksextremismus: *„die Ablehnung oder die Einschränkung tragender Elemente des demokratischen Verfassungsstaates wie Pluralismus, die Bejahung eines Freund-Feind-Denkens, die Akzeptanz eines hohen Maßes an ideologischem Dogmatismus und an gesellschaftlicher Homogenität sowie die Ausrichtung an kruden Verschwörungstheorien“*.¹³⁹

Weitere Unterscheidungen wären in der Extremismusforschung nach den Varianten wie: aktionsorientierter, parlamentsorientierter und diskursorientierter Extremismus. Im aktionsorientierten Extremismus sind die Autonomen, Skinheads und alle terroristischen Bestrebungen einbegriffen. Der parlamentsorientierte Extremismus umfasst die Parteien und die dritte Variante betrifft die intellektuellen Bestrebungen. Hier sind die unterschiedlichen Strömungen wie auch die verschiedenen Ausprägungen in den Parteien mit zu berücksichtigen.¹⁴⁰

Im Folgenden sollen einige Parteien angeführt werden, die im europäischen Umfeld agieren. Einen Überblick über diese Parteien zu geben, ist aus verschiedenen Gründen problematisch. Hier muss geklärt werden, was z. B. unter politischem Extremismus und demokratischer Legitimation verstanden wird. Weiters ist es schwierig, in diesem Bereich empirische Daten miteinander zu vergleichen, da über die rechtsextremen Parteien in europäischen Ländern wie Frankreich und Deutschland wissenschaftlich sehr gute Daten vorliegen. Bei der Datenlage in Bezug auf die linkradikalen Parteien ist dies jedoch nur unzureichend der Fall. Hier können daher nur ein knapper Überblick über die bestehenden Parteien in Europa gegeben und nur kurz ihre Ideologien benannt werden.

¹³⁸ Stöss, Richard (2008): Radikale Parteien in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ), Bd. 47, S. 3-6. In: http://www.bpb.de/suche/...html?all_search_action=search&all_search_text=extremismus&x=0&y=0 am 29.09.2008, mit Verweis Hättich, Manfred (1967): Zur Typologie politischer Parteien. In: Gilbert Zieburg (Hrsg.) (1969): Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien, Darmstadt, S. 376.

¹³⁹ Jesse, Eckard: Extremistische Parteien – Worin besteht der Erkenntnisgewinn? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ), Bd. 47, S. 7-12 In: http://www.bpb.de/suche/...html?all_search_action=search&all_search_text=extremismus&x=0&y=0 am 15.12.2008.

¹⁴⁰ Jesse, Eckard: Extremistische Parteien – Worin besteht der Erkenntnisgewinn? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ), Bd. 47, S. 7–12 In: http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=C27F65&page=3 am 15.12.2008.

5.3.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDP)

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wurde 1964 gegründet und hat ihren Sitz in Berlin. Sie zählte 2007 rund 7.200 Mitglieder. Ihre Unterorganisationen sind die Jugend Nationaldemokraten (JN), der Ring Nationaler Frauen (RNF) und der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB).¹⁴¹ Die NPD ist in Deutschland die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei und fordert „a New Social Order in Both Germany and Europe“¹⁴². Ihr Ziel ist die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und des demokratischen Rechtsstaates. Um dieses Ziel zu erreichen, wird mit aggressiver Agitation und Propaganda gearbeitet. Verlautbarungen der Partei belegen zudem eine ausgeprägte Affinität der NPD zur Ideologie des Nationalsozialismus. Die Agitation der Partei ist darüber hinaus rassistisch, antisemitisch und revisionistisch, zudem banalisiert sie die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung des Grundgesetzes.¹⁴³

5.3.2 Deutsche Volkunion (DVU)

Die Deutsche Volkunion (DVU) wurde 1971 als Verein gegründet und 1987 als Partei konstituiert. Ihr Sitz ist in München und sie zählte im Jahre 2007 7.000 Mitglieder.¹⁴⁴ Zwar bekennt sich die DVU in ihrem Parteiprogramm „vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt“ zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, in ihrer Agitation vertritt sie jedoch – zumeist verdeckt, teilweise aber auch kaum verhohlen – fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Positionen. In ihrer Zeitschrift NZ wird versucht, Ängste vor Massenzuwanderung und vor einer „Überfremdung“ Deutschlands zu produzieren. Die Artikel und Beiträge beinhalten antijüdische und antiisraelische Verlautbarungen, um in der Bevölkerung Vorurteile zu schüren. Die NZ leugnet nicht ausdrücklich den Völkermord an den europäischen Juden bzw. relativiert und verharmlost ihn. Hier wird auf die Erinnerung an die Opfer, wie z. B. „Die vergessenen sechs Millionen deutschen Opfer“ oder „Vorsätzliche Massenmorde an Zivilisten“, großen Wert gelegt.¹⁴⁵

5.3.3 Linkspartei. PDS/„Die Linke“

Die PDS wurde 1989 als Nachfolgepartei der DDR-Staatspartei SED gegründet und nach dem Zusammenschluss mit der WASG in die Partei „Die Linken“¹⁴⁶ mit Sitz in Berlin umbenannt. Sie hatte Ende 2007 70.943 Mitglieder.¹⁴⁷ Die Partei bekennt sich zu einer extremistischen Haltung. Die Veränderung der herrschenden Staats- oder Gesellschaftsordnung wird in ihren Tätigkeiten nicht erkannt. Es gibt die extremistischen Zusammenschlüsse, insbesondere die Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE

¹⁴¹ Vgl. <http://www.npd.de/> am 30.09.2009.

¹⁴² Voigt, Udo in einem Interview mit der rechtsextremistischen britischen Publikation „final Konflikt“ In: <http://www.npd.de/> (eingestellt am 18. Januar 2007) am 30.09.2009.

¹⁴³ Vgl. Deutsche Stimme, Nr. 10/2007, S. 3. In: <http://www.deutsche-stimme.de/> am 28.09.2008.

¹⁴⁴ Vgl. <http://www.dvu.de/> am 28.09.2008.

¹⁴⁵ NZ, Nr. 16/2007, S. 4; NZ, Nr. 10/2007, S. 5.

¹⁴⁶ Vgl. <http://www.linksfraktion.de/> am 28.09.2008.

¹⁴⁷ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Rechtsextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin, S. 151. In: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2007.pdf am 21.08.2008.

(KPF). Sie hält an marxistisch-leninistischen Traditionen fest, kämpft für die Überwindung des Kapitalismus und hat als Ziel den Sozialismus. Das Marxistische Forum (MF) ist ein Zusammenschluss der Vertreter von orthodox-kommunistisch orientierten Sympathisanten.¹⁴⁸

Der „Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog“ (GD/SD) bildet den Kern für die extremistischen Kräfte in der Partei. Die Linke strebt eine sozialistische, antikapitalistische Erneuerung der Partei an. Die Sozialistische Linke (SL)¹⁴⁹ ist eine trotzkistische Unterorganisation. Die Arbeitsgemeinschaft Cuba Si setzt sich für Material- und Spendensammlungen zu humanitären Zwecken ein und beteiligt sich mit der KPF an Projekten für Kuba.¹⁵⁰

5.3.4 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)¹⁵¹

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wurde 1968 mit Sitz in Essen gegründet. 2006 zählte sie 4.200 Mitglieder. Das Parteiprogramm beruht auf den Ideen des Marxismus-Leninismus. Es gibt Beteiligungen an den Protesten gegen den G8-Gipfel, die im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stehen. Hier bestehen die Unterorganisationen Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)¹⁵² sowie die Marx-Engels-Stiftung e. V. (MES).¹⁵³

5.3.5 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) wurde 1956 als Nachfolgeorganisation des 1949 entstandenen Verbandes der Unabhängigen (VdU) gegründet. Hier fand ein hoher Anteil von einstigen Funktionären des NS-Regimes Aufnahme. 1983 trat die Partei erstmals mit drei Ministern in einer SPÖ-Koalition in die Bundesregierung ein. Sie agiert populistisch und gegen den „rot-schwarzen Proporz“ und operiert mit rechtsextremen und antisemitischen Ideologien. Insbesondere mit Jörg Haider (†) führte die FPÖ eine intensive diskursspezifische Thematisierung der Themenfelder wie z. B. Einwanderung und Einwanderungspolitik. Hier erfolgt eine Eigen- und eine Fremdpositionierung. Durch eingängliche Slogans wie „Österreich zuerst“ wird sehr deutlich eine klare Hierarchisierung von Eigengruppe und Fremdgruppe im Land künstlich geschaffen. Das betrifft das Leben in ökonomischer, politischer, rechtlicher und kultureller Hinsicht.¹⁵⁴

¹⁴⁸ Vgl. Die Linke (Hrsg.) (2008): Das Marxistische Forum. In: <http://die-linke.de/index.php?id=2065&type=123> am 28.09.2008.

¹⁴⁹ Vgl. http://www.sozialistische-linke.de/cms/front_content.php am 28.09.2008.

¹⁵⁰ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Rechtsextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin, S. 154. In: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2007.pdf am 21.08.2008.

¹⁵¹ Vgl. <http://www.dkp.de/> am 28.09.2008.

¹⁵² Vgl. <http://www.sdaj-netz.de/> am 28.09.2008.

¹⁵³ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Rechtsextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin, S. 163 f. In: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2007.pdf am 21.08.2008.

¹⁵⁴ Vgl. Geden, Oliver (2006): Diskursstrategie im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 64 ff.

5.4 Politische Einstellungen von Jugendlichen

5.4.1 Wahlverhalten

Eine anerkannte Theorie darüber, weshalb die extremistischen Parteien gewählt werden, existiert nicht, und so können nur einzelne Bausteine aus dem Ganzen angeführt werden, da die Literatur zur Extremismusforschung sehr weit gestreut ist.¹⁵⁵

Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, die wichtigsten Ansätze vorzustellen. Die folgende Darstellung zeigt jenen Extremismus, der von U. Backes und E. Jesse als ein „Sammelbegriff“ für die politischen Kräfte an den Enden des Rechts-Links-Spektrums gesehen werden.

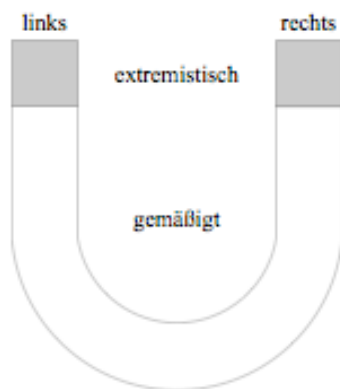


Abbildung 2: Das Hufeisen-Schema nach U. Backes¹⁵⁶

U. Backes führt dieses Schema auf die konservative Revolution in der Weimarer Republik zurück und erläutert, dass es auf einem zweidimensionalen Raum basiert, der sich aus einer Rechts-Links-Dimension sowie einer Extremismus- und Moderatismus-Dimension zusammensetzt. Es ordnet die existierenden Positionen auf einer hufeneisenförmigen Bahn an. Deren Enden nähern sich nicht an. Das Wechseln auf die andere Seite setzt einen vollständigen Bruch mit der eigenen Einstellung und Position voraus.¹⁵⁷

R. Stöss teilt den Extremismus in radikale Bestrebungen, die im Rahmen der Verfassung sind, und die die sich außerhalb der bestehenden Verfassung bewegen. Hier wird zwischen „Radikalismus“ und „Extremismus“ unterschieden, welches jedoch oft in der Literatur verwechselt wird oder als Begriffe gar nicht getrennt wird.

¹⁵⁵ Vgl. Winkler, Jürgen R. (1996): Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus sowie Winkler, Jürgen R. (2001): Rechtsextremismus. Gegenstand – Erklärungsansätze – Grundprobleme. Zit. in: Arzheimer, Kai (2008): Die Wähler der extremen Rechten 1980–2002. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 44 f.

¹⁵⁶ Backes, Uwe (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 252.

¹⁵⁷ Vgl. Backes, Uwe (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 252 ff.



Abbildung 3: Freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes, Richard Stöss¹⁵⁸

5.4.2 Nationalratswahl 2008

In Österreich entschied sich die Generation der unter 30-Jährigen und fast jeder zweite Österreicher bei der Nationalratswahl 2008 für die FPÖ oder die BZÖ, da diese Parteien das dominierende Thema „Ausländer“ behandelten. Hierbei war der Wahlkampf erfolgreich und populistisch auf „Ausländerstopp“, „Asylmissbrauch“ und „Heimatschutz“ ausgerichtet. Peter Ulram, Chef des Meinungsinstituts GfK, kommt zu dem Ergebnis, dass beim Rechtsvotum der Erstwähler (16- bis 19-Jährige) 44 % für den FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache stimmten und lediglich 3 % für Jörg Haider (BZÖ). Damit wählte fast jeder Zweite die politische Rechte. Diese Vertreter der rechten Parteien führten ihren Wahlkampf mit klaren kurzen Aussagen unter anderem auch in den Szenelokalen und wirkten dadurch für die Jugendlichen dynamisch, cool und authentisch. Das Institut für Jugendforschung stellt auch heraus, dass die Krocha-Gangs – meist Migranten – in ihren Lebenssituationen den österreichischen Jugendlichen (rechten Szenen) gegenüberstehen, und bei den Wahlen jedoch die gleichen Parteien wählten.

K. Werner kommt zusammenfassend zu dem Schluss, dass die Jugendlichen auf der Suche nach Identität und sozialer Anerkennung seien. Weiters ist anzumerken, dass sich außer den rechten Parteien keiner um die „rechte Szene“, die es auch in der Schule gibt, kümmert. Hier gibt es einen ungenutzten Raum für Protest, der zum Beispiel von den Grünen oder der SPÖ bisher nicht aufgegriffen wurde. Dieser Raum wird damit den rechten Vereinen und konservativen Institutionen überlassen. Vielen Jugendlichen fehlt es zudem an politischer Bildung, und so orientieren sie sich oft an „populistischen Charakteren“.

Christoph Hofinger vom Sozialforschungsinstitut Sora geht ebenfalls davon aus, dass die FPÖ beim Umwerben von Jugendlichen mit Wahlkampagnen am kreativsten war. Hier hätten die Parteien, die die jungen Wähler an die rechte Seite verloren haben, viel mehr Networking und Community-Building über das Internet betreiben sowie mit verschiedenen Events arbeiten müssen, so wie es bspw. Barack Obama in den USA praktiziert hat.¹⁵⁹

¹⁵⁸ Stöss, Richard: (2005) Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich Elbert Stiftung (Hrsg.). S. 20

¹⁵⁹ Vgl. Enigl, Marianne/Meinhart, Edith (2008): Verrückt nach Rechts. Jungwähler. In der Generation unter dreißig wählte fast jeder zweite Österreicher FPÖ und BZÖ. Das wichtigste Motiv: Die Ausländer. In: Profil, Nr. 41 vom 06.10.2008.

5.4.3 Politische Jugendszenen

Hier möchte ich als Beispiel die soziale Bewegung Attac¹⁶⁰ anführen. Es handelt sich bei Attac um Netzwerke, die in Form des sozialen Protestes in der Öffentlichkeit erscheinen und um neue soziale Strömungen als Gruppierungen mit Mitgliedern, die mit soziokulturellen Merkmalen das Ziel verfolgen, die ökonomischen, politischen und sozialen Lebensbedingungen im Feld der Politik durch Engagement zu thematisieren. Das Netzwerk besteht aus ungefähr 20.000 Einzelmitgliedern (2008) und ca. 170 Organisationen, wovon einige dezidiert Jugendorganisationen sind, so zum Beispiel Bundjugend, Grüne Jugend, Solid (Jugenddemokraten/Junge Linke Linksjugend), Noya (network of young altermondialists), Jusos (Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD in Deutschland), Bundesjugendwerk usw.¹⁶¹

5.4.4 Einstellungen zur europäischen Union¹⁶²

2007 gab es durch die EU eine Einstellungsuntersuchung, die von der EU halbjährlich in allen Mitgliedsstaaten repräsentativ erhoben wird. Im Folgenden werden die Daten der Erhebung von Eurobarometer 65, 67, 189a und 202 kurz zusammengefasst.¹⁶³

Eine Mitgliedschaft ihres eigenen Landes in der EU wurde von 67 % der Befragten Jugendlichen (15- bis 24-Jährige, 2007, Eurobarometer Nr. 67) als positiv bewertet. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ergab das eine um 10 % positivere Einstellung. Abgelehnt bzw. als schlecht wurde die Mitgliedschaft in der EU von nur 9 % der Jugendlichen angesehen. Ein Viertel der Jugendlichen in der EU konnten jedoch die gestellten Fragen, was die Mitgliedschaft in der EU angeht, nicht eindeutig beantworten oder ihre Haltung entsprechend positionieren. Die Fragestellung lautete: *„Ist die Mitgliedschaft Ihres Landes in der EU ihrer Meinung nach: eine gute Sache, eine schlechte Sache, weder gut noch schlecht, weiß nicht?“*. In der geografischen und der soziodemografischen Verteilung sind jedoch bei der Befragung deutliche Unterschiede aufgetreten. In den Niederlanden sowie in Irland und Luxemburg gab es besonders hohe Zustimmungswerte in der Bevölkerung, während in Ländern wie Großbritannien, Österreich, Schweden, Finnland und Frankreich das Gegenteil deutlich zu erkennen war. In Lettland, Ungarn und der Tschechischen Republik waren die Meinungen eher neutral. Nach soziodemografischen Merkmalen war die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft bei höherer Bildung (längere Ausbildung und bessere Beschäftigung) etwas größer.¹⁶⁴

¹⁶⁰ Vgl. Attac Netzwerk. In: <http://attac-netzwerk.de/index.php?id=244> am 21.10.2008.

¹⁶¹ Vgl. John, Rene/Knothe, Holger (2007): Globalisierung und kein Ende? Zur Problemkonstruktion der neuesten sozialen Bewegung. In: Bemerkung, Ivonne/Niederbacher, Arne (Hrsg.): Die Globalisierung und ihre Kritik(er). Zum Stand der aktuellen Globalisierungsdebatte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 150 ff.

¹⁶² Vgl. Tharm, Barbara (2007): Einstellungen der jungen Bevölkerung zur EU vor und während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007. Working Paper Forschungsgruppe Jugend und Europa am Zentrum für angewandte Politikforschung (C.A.P.) der Ludwig-Maximilians-Universität München. S. 3–12.

¹⁶³ Vgl. Eurobarometer. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/indes_en.htm am 23.10.2008.

¹⁶⁴ Vgl. Eurobarometer 67, National Reports, Erste Ergebnisse, S. 15–16. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb67/eb67_en.htm am 23.10.2008.

Die europäische Identität wurde durch das Eurobarometer 65 im Jahr 2006 bearbeitet. Deutlich wurde dabei erkannt, dass die Menschen sich in erster Linie mit ihrem eigenen Land, in dem sie leben, verbunden fühlen, während die Verbundenheit mit der Europäischen Union erst an letzter Stelle kam.

Als wichtiger Bezugspunkt wird bei der Hälfte der Bevölkerung die eigene Identität angesehen. Bei 40 % der Menschen konnte klar festgestellt werden, dass sie sich mit der EU nicht verbunden fühlen. 44 % der EU-Jugendlichen und 46 % der Jugendlichen in Deutschland fällt es schwer, einen Bezug zwischen ihrem Leben und der EU herzustellen. Es meinen nur ein Drittel der Jugendlichen in Europa, dass die EU unmittelbar Einfluss auf ihren Alltag hat. Die Gründe können möglicherweise die oft fehlenden persönlichen Erfahrungen sein sowie die Tatsachen, dass dadurch die EU als eine abstrakte Größe empfunden wird.¹⁶⁵

Als Beteiligungsformen an der Gesellschaft sehen 81 % der Jugendlichen im Jahr 2007, dass man als junger Mensch angehört werden sollte, 74 % wünschen sich Freiwilligenprogramme und 70 % entsprechende Bildungsprogramme zur Bürgerschaft in Schulen. Weniger als 20 % sehen das Herabsetzen des Wahlalters als einen geeigneten Weg dafür an, die Jugendpartizipation zu stärken. Als den besten Weg dafür erscheint es ihnen, bei Debatten mit politischen Entscheidungsträgern mitzuwirken (Beispiel hierfür sind das Mitwirken in einer Partei, die Teilnahme an Demonstrationen, die Unterzeichnung von Petitionen oder eine Mitgliedschaft in einer Nichtregierungsorganisation oder in einer Gewerkschaft).¹⁶⁶

5.5 Jugendgewalt

Seit Beginn der 1990er Jahre gibt es intensiv untersuchte Themenfelder in der Schulklimaforschung bzw. der erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Forschung. Dazu gehören verschiedene Studien, die die Gewaltaffinität, d. h. die Wahrnehmung von Gewalt und das Gewaltverhalten der Jugendlichen nachweisen, etwa in den Studien von R. Eckert/C. Reis/T. Wetzstein¹⁶⁷ oder von M. Gille/W. Krüger. Hier fehlt es jedoch bisher an systematisierenden Betrachtungen durch empirische Studien, die interdisziplinär angelegt sind und unterschiedliche Phänomene in einen Zusammenhang stellen, die Gewaltbereitschaft und das Gewalthandeln von Jugendlichen in ihren verschiedenen Lebenswelten untersuchen sowie die verschiedenen Bereiche gewaltaffiner Einstellungen, des gewalttätigen Handelns und der Wahrnehmung von Gewalt im eigenen Umfeld der Jugendlichen (Schule und Peergroups) in einen Zusammenhang bringen.¹⁶⁸

¹⁶⁵ Vgl. Flash Eurobarometer 189a, Q20b. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb189a/eb189a_en.htm am 23.10.2008.

¹⁶⁶ Vgl. Flash Eurobarometer 202/2007, Q202. In: <http://ec.europa.eu> am 23.10.2008.

¹⁶⁷ Vgl. Helsper, Werner (Hrsg.)/Krüger, Heinz-Hermann/Fritzsche, Sylke/Sandring, Sabine/Wiezorek, Christine/Böhm-Kasper, Oliver/Pfaff, Nicole/ (2006): Unpolitische Jugend. Eine Studie zum Verhältnis von Schule Anerkennung und Politik. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 97-123, mit Verweis Eckert, Roland/Reis, Christa/Wetzstein, Thomas (2000): Ich will halt anders sein als die anderen. Abgrenzung, Gewalt und Kreativität bei Gruppen Jugendlicher; Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.) (2000): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-jährigen im vereinigten Deutschland. DJI-Jugendsurvey.

¹⁶⁸ Vgl. Helsper, Werner (Hrsg.)/Krüger, Heinz-Hermann/Fritzsche, Sylke/Sandring, Sabine/Wiezorek, Christine/Böhm-Kasper, Oliver/Pfaff, Nicole (2006): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Aner-

5.5.1 Formen von Gewalteinsatz - Organisationen

5.5.1.1 Extremismus ohne Gewaltanwendung und mit fester Organisation

Unter dem Rechtsextremismus und dem Linksextremismus fallen ganz unterschiedliche Strömungen, und so sind hier fast alle extremistischen Parteien zu nennen.

5.5.1.2 Gewaltanwendender Extremismus ohne feste Organisation

In dieser politischen Einteilung können die „Autonomen“ im linken Spektrum genannt werden. Auf der rechten Seite ist es die Subkultur der „Skinheads“ (z. B. „Blood & Honour“). Hier handelt es sich meist um männliche Jugendliche mit einer unterdurchschnittlichen formalen Bildung, mit einer fremdenfeindlichen Haltung in Form von gewalttätigen Übergriffen (z. B. auf Asylbewerber). Sie betonen meist die Männlichkeit und die Dominanz mit Musikgruppen, die sich rechtsextremer Texte bedienen und z. B. zum Überleben der „weißen Rasse“ aufrufen.¹⁶⁹

Die Aktionen der Autonomen richten sich gegen die „Faschisten“ und die „Polizei“. Es besteht eine gemeinsame Abneigung gegen den Staat. Zu ihren Aktionsfeldern gehören der Kampf gegen den staatlichen Gewaltapparat, Anti-Atomkraft-Bewegungen, Antiimperialismus- und Antifaschismuskampagnen, Hausbesetzungen.

5.5.1.3 Extremismus ohne Gewaltanwendung und ohne feste Organisation

Hier agieren linksextremistisch orientierte Intellektuelle direkt oder indirekt gegen die demokratische Verfassung des Staates (z. B. „Neue Linke“).

5.5.1.4 Extremismus ohne Gewaltanwendung und mit fester Organisation

Hier ist der fest organisierte und planmäßig aus dem Untergrund operierende Terrorismus zu nennen (z. B. in Deutschland vor allem der Linksterrorismus).¹⁷⁰

5.5.2 Ergebnisse und Ursachen

Bei der empirischen Forschung zu Jugendgewalt muss zwischen der erziehungswissenschaftlich orientierten Forschung zu Gewalt in Schulen, Studien zu Gewaltphänomenen (jugendsoziologische oder kriminologische Analysen) und Untersuchungen über Einstellungen zur Gewalt (politikwissenschaftlich ori-

kennung und Politik. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 97f, mit Verweis Sturzbecher, Dietmar/Hess, Markus/Them, Wiebke (2002): Jugendgewalt und Reaktionen des sozialen Umfelds; Liell, Christoph (2002): Gewalt in modernen Gesellschaften - zwischen Ausbeutung und Dramatisierung; Melzer, Wolfgang/Ehninger, Frank (2002): Veränderung der Schulkultur als Ansatz schulischer Gewaltprävention; Heitmeyer, Wilhelm u. a. (1995): Gewalt. Schattenseiten von Individualisierungsprozesse bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus; Groffmann, Anne Claire (2001): Das unvollendete Drama. Jugend- und Skinheadgruppen im Vereinigungsprozess; Bohnsack, Ralf u. a. (1995): Die Suche nach Gemeinsamkeit und die Gewalt in der Gruppe. Holligans, Musikgruppen und andere Jugendcliquen; Holtappels, Heinz Günter (1997): Forschung über Gewalt an Schulen.

¹⁶⁹ Vgl. Willems, Helmut/Eckert, Roland/Würtz, Stefanie/Steinmetz, Linda: Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation. In: Heitmeyer Wilhelm/Hagan John (Hrsg.) (2002): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

¹⁷⁰ Vgl. Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2005): Vergleichende Extremismusforschung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 329 ff.

enterte Jugendforschung) unterschieden werden. D. Sturzbecher/M. Hess/W. Them betrachten in ihrer Arbeit aus dem Bereich der Schulforschung Gewalt als eine Handlung Einzelner, während in der kriminologischen Jugendforschung durch C. Liell nachgewiesen wurde, dass es sich um ein Gruppenphänomen handelt. Die erziehungswissenschaftliche Forschung von W. Melzer und F. Ehninger sieht wiederum die Ursachen von Gewalt in der Schule vorwiegend in der pädagogischen Schüler-Lehrer-Beziehung.

In der soziologischen Jugendstudie von W. Heitmeyer et al. wird das gewalttätige Handeln von Jugendlichen vor dem Hintergrund sozialstruktureller Bedingungen gesehen. R. Bohnsack et al. betrachten es wiederum als milieuspezifische Bedingung und E. Groffmann nennt schließlich die gruppenspezifischen Bedingungen als Ursache. Hier wird übereinstimmend festgestellt, dass männliche Jugendliche eher zu Gewalt neigen als Mädchen und dass die durchschnittlich hohe Gewaltaffinität Jugendlicher in der frühen Adoleszenz beginnt, wie es etwa in der Studie von H. G. Holtappels aufgezeigt wird. W. Heitmeyer et al., gehen davon aus, dass die familiären und die sozialen Bedingungen im Umfeld und der Bildungsstand der Jugendlichen für die Gewaltaffinität verantwortlich sind. Gewalt ist danach einerseits ein Ergebnis der Gesellschaft und auf der anderen Seite ein Ausdruck der sozialen Prozesse, indem die strukturellen und individuellen Bedingungen miteinander korrelieren. Das Auftreten von Gewalt hängt mit der Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft zusammen, die wiederum durch die individuelle Sozialisation geprägt werden.¹⁷¹

In den Studien von W. Schubarth/F.-U. Kolbe/H. Willems, der Forschungsgruppe Schulevaluation sowie K.-J. Tillmann et al., G. Grundmann/Nicolle Pfaff/J. Mansel konnte nachgewiesen werden, dass die Qualität der Lernkultur, ein schülerorientierter Unterricht, das herrschende Sozialklima, die Intensität und die Etikettierung durch die Lehrer und die Restriktivität des Lehrerhandelns das Gewaltvorkommen an den Schulen beeinflussen. In den neueren Forschungen zur Gewalt in Jugendgruppen wird diese Problematik durch R. Bohnsack et al. untersucht, die den Hintergrund des Sozialmilieus betrachten, K. Bruhns und S. Wittmann beschäftigen sich genauer mit geschlechtsspezifischen Phänomenen.

Die ethnische Zugehörigkeit wird durch A.-M. Nohl sowie Weller und die jugendkulturelle Zugehörigkeit der Jugendlichen durch R. Bohnsack et al. sowie R. Eckert/C. Reis/T. A. Wetzstein erforscht. Durch die Studie von Y. Gaffer und C. Liell wird aufgezeigt, dass Jugendliche u. a. durch das gemeinsame Erleben und das Bestehen gewalttätiger Auseinandersetzungen soziale Peer-Kontexte aufbauen, in denen sie ihre Orientierungen erwerben. Die Dimensionen im Bereich der politischen Orientierungen, wie z. B. die Aspekte von Gewalt bei Jugend und Rechtsextremismus bzw. Jugend und Demokratie, werden durch Hoffmann-Lange, M. Gille und W. Krüger untersucht.¹⁷²

¹⁷¹ Vgl. Albrecht, Günther: Soziologische Erklärungsansätze individueller Gewalt und ihre empirische Bewährung. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagen, John (Hrsg.) (2002): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag S. 763-819, mit Verweis Heitmeyer, Wilhelm et al. (1995): Gewalt. Schattenseiten der Individualisierungsprozesse bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus.

¹⁷² Vgl. Heitmeyer, Wilhelm/Helsper, Werner/Krüger, Heinz-Hermann/Fritzsche, Sylke/Sandring, Sabine/Wiezorek, Christine/Böhm-Kasper, Oliver/Pfaff, Nicolle (Hrsg.) (2006): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 98 f. mit Verweis Schubarth, Wilfried/Kolbe, Fritz-Ulrich/Willems, Helmut (Hrsg.) (1996): Gewalt an Schulen. Ausmaß, Bedingungen und Prävention. Quantitative und qualitative Untersuchungen in den alten und neuen Ländern; Tillmann, Klaus-Jürgen et al. (1999): Geschlechtersozialisation und

Ein Jugendsurvey (deskriptive Beschreibung der gewaltaffinen Einstellungen [Einstellungsebene] 13- bis 16-jähriger Schüler in Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen) ergab bei der Gewalt erlaubenden Einstellung einen Mittelwert von 2,06 im Ablehnungsbereich, die gewaltbereiten Verhaltensintentionen ergaben einen durchschnittlichen Mittelwert von 2,63. Das theoretische Mittel der Skala beträgt 2,5 (Antwortskala von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 „stimme voll und ganz zu“).¹⁷³

Mit steigendem Ausbildungsgrad nimmt die Gewaltaffinität der Jugendlichen jedoch ab, das ist aufgezeigt durch W. Heitmeyer u.a.¹⁷⁴

Die Forschungsgruppe Schulevaluation¹⁷⁵ nennt drei Perspektiven: Berichte über 1) die beobachtete Gewalt, hier am ausgeprägtesten die körperliche Gewalt und die Gruppenauseinandersetzung, 2) die selber erlebte Gewalt und 3) die eigene Gewaltausübung. Hier zeigt sich deutlich, dass die härteren Gewaltformen bei den untersuchten allgemeinbildenden Schulformen am seltensten von den Gymnasiasten ausgeübt wurden. Es konnte weiter gezeigt werden, dass härtere physische und psychische Gewalt, die Art des Unterrichts und die verbale Gewalt abhängig von der Schulform ist. Zudem war eine besorgniserregende Normalisierung von psychischer und verbaler Gewalt im Allgemeinen zu verzeichnen.¹⁷⁶

Jugendliche Peergroups stellen einen sozialen Kontext in der Ausübung von Devianz (hier die Beteiligung der Befragten an Formen abweichenden Verhaltens) und bei gewaltförmigen Protesten (bereits ausgeübte gewaltförmige politische Handlung gegen Personen sowie das Randalieren) sowie sozialen und politischen Protesten im Jugendalter.¹⁷⁷

Gewalt an Schulen; Grundmann, Gunhild/Pfaff, Nicole (2000): Gewaltorientierung bei Schülerinnen und Schülern; Mansel, Jürgen (2001): Angst vor Gewalt. Eine Untersuchung zu Hintergründen und Folgen von Kriminalität im Jugendalter; Bohnsack, Ralf et al (1995): Die Suche nach Gemeinsamkeit und die Gewalt der Gruppe: Hooligans, Musikgruppen und andere Jugendcliquen; Bruhns, Kerstin/Wittmann, Svendy (2002): Ich meine, mit Gewalt kannst du dir Respekt verschaffen; Nohl, Arnd-Michael (2000): Migration und Differenzierung. Junge Einheimische und Migranten im rekonstruktiven Milieuvergleich; Weller, Christoph (2003): Gewalt - politischer Begriff und friedenswissenschaftliche Konzepte. Eine Kritik der Gewaltfreiheit des Friedens; Eckert, Roland/Reis, Christa/Wetzstein, Thomas A. (2000): Ich will halt anders sein wie die anderen. Abgrenzung, Gewalt und Kreativität bei Gruppen Jugendlicher; Gaffer, Yvonne/Liell, Christoph (2001): Handlungstheoretische und methodologische Aspekte der dokumentarischen Interpretation jugendkultureller Praktiken; Gille, Martin/Krüger, Wolfgang (Hrsg.) (2000): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16-19-Jährigen im vereinten Deutschland. DJI-Jugendsurvey.

¹⁷³ Vgl. <http://www.zsl.uni-halle.de/anerkennung/skalenhandbuch.pdf> am 03.10.2008.

¹⁷⁴ Vgl. Helsper, Werner (Hrsg.)/Krüger, Heinz-Hermann/Fritzsche, Sylke/Sandring, Sabine/Wiezorek, Christine/Böhm-Kasper, Oliver/Pfaff, Nicole (2006): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 102.

¹⁷⁵ Vgl. Tillman, Klaus-Jürgen et al. (1999), Grundmann, Gunhild/Pfaff, Nicole (2000a), Melzer, Wolfgang/Ehninger, Frank (2002): Schulevaluation (1998). Zit. in: Helsper, Werner (2006): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15.

¹⁷⁶ Vgl. Heitmeyer, Wilhelm/Melzer, Wolfgang/Lenz, Karl/Ackermann, Christoph (2002): Gewalt in Familie und Schule. Zit. in: Helsper, Werner (Hrsg.) (2006): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 106.

¹⁷⁷ Vgl. bspw. Willems, Helmut/Würtz, Stefanie/Eckert, Roland (1993): Fremdenfeindliche Gewalt: Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozesses. Forschungsbericht für das Bundesministerium für Frauen und Jugend.

Bei der Untersuchung von N. Pfaff¹⁷⁸ gab es die folgenden Forschungsergebnisse in der Wahrnehmung von Gewalt in Peergroups und dem Gewaltverhalten in Form von Devianz und gewaltförmigem Protest: Es bestand ein Zusammenhang zwischen der Einbindung Jugendlicher in Gleichaltrigenkontexte und der Wahrnehmung von Gewalt sowie der Involviertheit von Jugendlichen in Gewalt. Die Studien von R. Bohnsack et al. Und von W. Kühnel¹⁷⁹ zeigten, dass gewalttätige Auseinandersetzungen in Gruppenzusammenhängen von Jugendlichen eine identitätsstiftende Bedeutung besitzen. So wird auch in den Studien von R. Hitzler/T. Bucher/A. Niederbacher¹⁸⁰ beschrieben, dass es in jugendkulturellen Szenen sowohl in protestbezogenen Jugendkulturen (rechte oder linksalternative Stile), aber auch in musikbezogenen Jugendkulturen, wie z. B. die Hip-Hop-Kultur¹⁸¹, eine hohe Relevanz an gewaltaffinen Attitüden und Auseinandersetzungen gibt. Es wird angenommen, dass die Jugendgewalt im Zusammenhang mit bestimmten jugendkulturellen Orientierungen auftritt. Hierzu zeigte sich, dass etwa ein Drittel der befragten Jugendlichen im vorangegangenen Jahr ein abweichendes Verhalten (Devianz) gezeigt hat, und zwar in der Form, mindestens einmal jemanden „verprügelt“ zu haben.¹⁸²

Jeder sechste Jugendliche hat mutwillig fremdes Eigentum zerstört oder beschädigt, Ausländer angepöbelt, illegal Drogen genommen oder in Supermärkten etwas gestohlen. Hinsichtlich gewaltsamer politischer Proteste ergab sich nur eine Gruppe von 5 % der Jugendlichen, die bei einer Demonstration randaliert hatten oder in eine Straßenschlacht verwickelt waren und die gegenüber den Mitbürgern eine politische Protestform angewendet hatten. Cliques werden hierbei als gewaltbelasteter dargestellt, d. h., in diesen Gruppen wird tendenziell eher ein abweichendes Verhalten beobachtet. Die außerschulischen Cliques verüben deutlich mehr gewaltförmige politische Proteste. Der Zusammenhang von Gewaltbereitschaft und Gewaltbilligung zeigt sich deutlich bei den Jugendlichen in Peergroups. Nach Wolfgang Kühnel und Ingo Matuschek¹⁸³ hängt dies damit zusammen, dass die außerschulischen Gleichaltrigengruppen altersheterogener als die schulischen sind und in ihnen eher auffällige jugendkulturelle Stilisierungen und mit einer Verbundenheit und eine stärkere Konformitätserwartung vorhanden sind. Umfangreiche

Bonn; Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/ Luedtke, Jens/Baur, Nina (2005): Gewalt an Schulen 1994-1999-2004. Landeszentrale für politische Bildung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

¹⁷⁸ Vgl. hierzu Helsper, Werner (Hrsg.)/Krüger, Heinz-Hermann/Fritzsche, Sylke/Sandring, Sabine/Wiezorek, Christine/Böhm-Kasper, Oliver/Pfaff, Nicole (2006): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

¹⁷⁹ Vgl. hierzu Bohnsack, Ralf (1995): Die Suche nach Gemeinsamkeiten und die Gewalt in der Gruppe. Opladen: Leske&Budrich; Kühnel, Wolfgang (1995): Die Forschungssituation zu Gewaltphänomenen und Gewaltentstehung bei Jugendlichen. In: Henning, Claudia: Jugend und Gewalt: Informationszentrum Sozialwissenschaften.

¹⁸⁰ Vgl. hierzu Hitzler, Roland/Bucher, Thomas/Niederbacher, Arne (2001): Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute. Opladen: Leske+Budrich.

¹⁸¹ Vgl. hierzu Bock, Karin/Meier, Stefan/Süss, Gunter (Hrsg.) (2007): HipHop meets Academia. Globale Spuren eines lokalen Kulturphänomens. Studien zur Populärmusik. Bielefeld: transcript Verlag.

¹⁸² Vgl. Pfaff, Nicole/Fritzsche, Sylke: Gewalt – Erfahrungen, Einstellungen und Verhaltensweisen Jugendlicher in Schule und Gleichaltrigengruppe. In: Helsper, Werner (Hrsg.) (2006): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 97-122.

¹⁸³ Vgl. hierzu Kühnel, Wolfgang/Matuschek, Ingo (1994): Soziale Netzwerke und Gruppenprozesse Jugendlicher: Ein Nährboden rechter Mobilisierung? Forschungsjournal, Jg. 7, Heft 4, 42-53.

Erfahrungen mit gewaltförmigen Protesten sind eher bei protestorientierten jugendkulturellen Szenen, bspw. im extrem politischen Lager, zu erkennen.¹⁸⁴

Die Studien zu Jugendkulturen und Szenen von C. Strzoda/J. Zinnecker/C. Pfeffer¹⁸⁵ sowie von N. Pfaff zeigen, dass im Kontext einzelner Stile und Stilisierungen die spezifischen Formen von sozialem Protest impliziert sind, der auch durch Gewalt ausgeführt wird; dies wird durch die Öffentlichkeit als abweichendes Verhalten wahrgenommen. Zusammengefasst wird durch die Studien bestätigt, dass eine vergleichsweise große Bedeutung von Devianz und Gewalt für die protestbezogenen Formen jugendkultureller Selbstverortung besteht. Es gibt eine Vielzahl von Untersuchungen zu den allgemeinen Bedingungen von Gewaltbereitschaft und gewalttätigem Verhalten von Jugendlichen.¹⁸⁶

Darin konnte nachgewiesen werden, dass Jugendliche zu gewaltaffinen Einstellungen und auf gewaltförmigem Verhalten insbesondere unter folgenden Bedingungen neigen: durch das männliche Geschlecht, durch ein niedriges Bildungsniveau, durch die Einbindung in Cliquen, durch eigene Gewalterlebnisse in Familie, Schule und/oder Gleichaltrigengruppe. In diesem Zusammenhang wird angenommen, dass die gewaltaffinen Einstellungen die Ursache für gewalttätiges Verhalten sind.¹⁸⁷

Im Bereich der Schule wird angenommen, dass positive Verhältnisse in der Lehrer-Schüler-Anerkennung, wie z. B. die Achtung der Schülerpersönlichkeiten, und eine geringe Wahrnehmung von Gewalt in der Schule die Gewaltaffinität der Jugendlichen und deren Gewaltverhalten positiv mitbestimmt. Bei den Peergroups geht man von einem für gewaltaffine Einstellungen und Gewaltverhalten förderlichen Einfluss durch Gewalt und dominanzbestimmten Anerkennungsverhältnissen und durch die Orientierung an jugendkulturellen Protestszenen aus.¹⁸⁸

Aufgrund der Schülersurveys kann bestätigt werden, dass zunächst ein weibliches Geschlecht und eine höhere Schulbildung als Hemmnisse für die Entwicklung gewaltaffiner Einstellungen im Jugendalter zu sehen sind. Weiters wirkt die Achtung der Schülerpersönlichkeit durch die Lehrenden im Rahmen der schulischen Anerkennungsverhältnisse mindernd auf das gewalttätige bzw. deviante Verhalten innerhalb und außerhalb der Schule. Wiederholt wird Jugendgewalt und Devianz als Reaktion auf eine mangelnde Wertschätzung, Fürsorge und Akzeptanz von Lehrenden im schulischen Bereich gesehen. Mit steigender Beobachtung und Wahrnehmung von Gewalt steigen auch die Gewaltaffinität und die Involvierung der

¹⁸⁴ Vgl. Helsper, Werner (Hrsg.) (2006): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 99–107 ff.

¹⁸⁵ Vgl. hierzu Strzoda, Christiane/Zinnecker, Jürgen/Pfeffer, Christiane (1996): Szenen, Gruppen, Stile. Kulturelle Orientierungen im Jugendraum. In: Silbereisen, R. K. u. a. (Hrsg.): Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996. Opladen, S. 57-83.

¹⁸⁶ Vgl. Heitmeyer, Wilhelm u. a. (1995): Gewalt. Schattenseiten von Individualisierungsprozesse bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus. Weinheim/München: Juventa Verlag; Grundmann, Grunhild/Pfaff, Nicolle (2000): Gewaltorientierungen und Gewaltverhalten von Schülerinnen und Schülern. Bedingungsfaktoren aus den Bereichen Schule, Familie, Peers und Freizeit. In: Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils: Rechte Glatzen, Wiesbaden: VS Verlag Sozialwissenschaften. S. 60 ff.

¹⁸⁷ Vgl. Fend, Helmut (2000): Entwicklungspsychologie des Jugendalters. Opladen: Leske+Budrich.

¹⁸⁸ Vgl. Helsper, Werner (Hrsg.) (2006): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 107–118.

Jugendlichen in gewalttätige Auseinandersetzungen. Interessant ist hier auch, dass über die Schule hinaus ein abweichendes Verhalten im Allgemeinen existiert. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass Gewaltbilligung und die Bereitschaft dazu als eine Bedingung für gewalttätiges Verhalten innerhalb und außerhalb der Schule darstellen.¹⁸⁹

Es wird darauf hingewiesen, dass die Auslösung von Delikten eher spontan und aus der Situation heraus entsteht. Die weiblichen Tatverdächtigen gehen bei ihren Taten planvoller und überlegter vor als die männlichen. Ebenfalls wurde festgestellt, dass Alkohol bei der Tatbegehung durch Jugendliche, Heranwachsende und Jungerwachsene eine große Rolle spielt. Die Befunde der kriminologischen Forschung wie auch der Zweite Periodische Sicherheitsbericht der Bundesregierung zeigen insgesamt nach der dort üblichen Bewertung keinen Anstieg aber eine generelle Brutalisierung der Jugendgewalt.

In diesem Bericht wird gezeigt, dass die Delinquenz der jungen Menschen umso ausgeprägter ist, je schlechter die soziale Lage ihrer Familien, je geringer die schulischen Bildungsmöglichkeiten und je schwächer ausgeprägt der soziale Zusammenhalt in den Stadtteilen ist, in denen die Jugendlichen wohnen und leben. Als nächsten Punkt wird ein Zusammenhang gesehen: bei exzessivem und unkontrolliertem Konsum von Medien sowie Video- und Computerspielen, der Qualität der Eltern-Kind-Beziehung und der dort herrschenden Familienharmonie, dem starken Gruppenbezug und der Anzahl der delinquenten Fremden in der Schule bzw. den Schulklassen, der Qualität des Unterrichts, dem Klima in der Klassengemeinschaft und der Beziehung zu den Lehrkräften sowie den Reaktionen der nicht in Gewalthandlungen unmittelbar involvierten beobachtenden Mitschüler. Weiters wird im Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) – Studie deutlich erkannt, dass eine eindeutige Korrelation zwischen dem Fernbleiben von der Schule („Schwänzen“) und der Jugenddelinquenz besteht.¹⁹⁰

Die empirischen Daten sprechen schon seit längerem für eine höhere Gewaltbelastung männlicher Jugendliche mit Migrationshintergrund. Diese bilden demnach häufig die Risikogruppe der jungen Intensivtäter. Hier konnte die Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) - Studie bei der Schülerbefragung feststellen, dass die Gewaltbelastung insbesondere bei den eingebürgerten türkischen, jugoslawischen und südeuropäischen Jugendlichen auffällig war.

Auffallend war zudem, dass die Gewalttäter aus sozial benachteiligten Stadtgebieten (Großsiedlungen) kommen, wo die Gewaltorientierung größer ist. Zusammenfassend wurde durch die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) folgendes bewertet:

„Die PKS-Zahlen legen den Schluss nahe, dass die Gewaltkriminalität allgemein und insbesondere auch die Jugendkriminalität erheblich angestiegen sind. Die steigende Zahl unter 21jährigen Tatverdächtiger ohne entsprechend steigende Bevölkerungszahlen könnte den Schluss zulassen, dass eine zunehmende Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung in der Altersgruppe festzustellen ist. Die Zahl der nicht deutschen Tatverdächtigen ist dabei zwar gestiegen, jedoch im Verhält-

¹⁸⁹ Vgl. Helsper, Werner (Hrsg.) (2006): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 117–122.

¹⁹⁰ Vgl. Baier, Dirk (2008): Entwicklung der Jugenddelinquenz und ausgewählter Bedingungsfaktoren seit 1998 in den Städten Hannover, München, Stuttgart und Schwäbisch Gmünd (KFN-Forschungsbereich; Nr. 104). Hannover: KFN. In: <http://www.kfn.de/Publikationen/KFN-Forschungsberichte.htm> am 10.03.2009.

*nis gering als der Anstieg der deutschen Tatverdächtigen.*¹⁹¹

Die Ergebnisse der kriminologischen Forschung zur Entwicklung der Jugendgewaltkriminalität zeigen wiederum, dass weder quantitativ noch qualitativ die tatsächliche Gewaltkriminalität im Jugendbereich angestiegen ist, und dass sich diese in einem konstanten Bereich bewegt, gleichzeitig ist eine Erhöhung der Ablehnung von Gewalt bei jungen Menschen zu beobachten:

*„Den Anstieg der registrierten Delikte führt die kriminologische Forschung überwiegend auf eine gestiegene Anzeigebereitschaft zurück, die sich aus einer sinkenden Toleranz der Bevölkerung gegenüber auch jugendtypischen körperlichen Auseinandersetzungen und einer vermehrten Inanspruchnahme formeller Konfliktlösungsinstanzen statt informeller Konfliktlösung ergibt.“*¹⁹²

In einer qualitativen Studie von T. Gabriel et al. in der sozialpädagogischen Forschungsstelle der Universität Zürich konnten die folgenden Ergebnisse zusammengefasst werden, wenn Jugendliche sich zu rechtsextremen Einstellungen bekennen und zu gewalttätigen Handlungen neigen. In dieser Befragung wurden die Elternpaare, die Großeltern und weitere Bezugspersonen aus dem Umfeld der Jugendlichen in die Untersuchungen mit einbezogen. Dabei entstanden drei unterschiedliche familiäre Muster und biografische Verlaufsformen rechtsextremer Einstellungen und Gewalttaten:

- Abgrenzung durch eine Überanpassung – Radikalisierung der Werte und Normen des Herkunftsmilieus. Hier übernehmen die Jugendlichen die politisch rechten Einstellungen und Handlungsweisen von Eltern oder Großeltern (Bezugspersonen).
- Gewalt, Missachtung und die Suche nach einer Anerkennung sind ein weiteres wichtiges Motiv. Hier hat der Jugendliche Ohnmachtserfahrungen gegenüber Gewalt innerhalb der Familie erlebt.
- Als dritte Ursache nennen sie die Nichtwahrnehmung und die Suche nach Sicherheit und Differenz. Hier erkennen sie den durch die Erwachsenen nicht ausreichend wahrgenommenen Jugendlichen.

T. Gabriel hält fest, dass die häusliche Gewalt und die Folgen von Konflikten beim Jugendlichen im sozialen Umfeld eine prägende Rolle spielten, wenn diese für den Heranwachsenden mit Misshandlungs- und Ohnmachtserfahrungen verbunden war.

Das Hauptergebnis dieser Studie zeigt, dass die Jugendlichen und ihre Familien keine Modernisierungsverlierer und keine Opfer eines ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels sein müssen. Die Jugendlichen und ihre Familien sind gut integriert, doch spielt die häusliche Gewalt und die Folgen von Elternkonflikten eine bedeutende Rolle. In Bezug auf rassistische Einstellungen und Handlungen bei Jugendli-

¹⁹¹ Vgl. Baier, Dirk (2008): Entwicklung der Jugenddelinquenz und ausgewählter Bedingungsfaktoren seit 1998 in den Städten Hannover, München, Stuttgart und Schwäbisch Gmünd (KFN-Forschungsbereich; Nr. 104). Hannover: KFN. Zit. In: <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/mfp3.pdf> am 10.03.2009.

¹⁹² Vgl. Baier, Dirk (2008): Entwicklung der Jugenddelinquenz und ausgewählter Bedingungsfaktoren seit 1998 in den Städten Hannover, München, Stuttgart und Schwäbisch Gmünd (KFN-Forschungsbereich; Nr. 104). Hannover: KFN. Zit. In: <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/mfp3.pdf> am 10.03.2009.

chen sind die Familie, das soziale Umfeld sowie ihre Kultur und Geschichte von großer Bedeutung, so Gabriel.¹⁹³

W. Heitmeyer führt beispielsweise drei Problemfelder an:

die fortschreitenden Prozesse der Segregation (sozialräumliche Verdichtung von Personen mit Integrationsproblemen in bestimmten Stadtteilen und eine demografische Verschiebung von Mehrheiten und Minderheiten in diesen Räumen), die Folgen mangelhafter Schulbildung, die quantitative Verschiebung zwischen Mehrheits- und Minderheitsrechten.

Bei der Gewaltzunahme geht W. Heitmeyer davon aus, dass Konflikte und die Gewalt insgesamt nicht zugenommen, sich aber verschoben haben. In den Bereichen des rechtsextremen Verhaltens sei ein kontinuierlicher Anstieg zu beobachten, was jedoch im politischen Feld unterschätzt werde. Weiters sei eine Zunahme der Gewalt in den Fußballstadien zu erkennen. Es sei ein deutliches Nachlassen von Akzeptanz und eine wachsende Unzufriedenheit vorhanden sowie eine Steigerung im Bereich der Propaganda und Volksverhetzungsdelikte zu belegen, die auf intensivierte politische Aktivitäten zurückzuführen sind.¹⁹⁴

Experten sehen die Jugendgewalt als ein Medienphänomen, das sich in der Medienlandschaft gut vermarkten lässt. Der Sozialwissenschaftler am Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie Arno Pilgram warnt davor, die polizeilichen Statistiken als eine Abbildung der Realität zu betrachten, denn hier finde eine Interaktion zwischen Anzeigeverhalten, Jugendlichen und der Polizei statt, die als Ergebnis ein bestimmtes Bild erzeugen kann. Er erklärt die steigenden Anzeigezahlen als eine Erhöhung der Sensibilisierung in der Bevölkerung für die Jugendkriminalität (hier nennt er auch die Versicherungszahlen/Versicherungen) und eine geringe Bereitschaft, Gewaltprobleme ohne Polizeihilfe zu regeln. Weiters weist er auf die demografische Entwicklung hin, die auch eine wesentliche Rolle bei der Datenermittlung spielt und nicht vernachlässigt werden darf.¹⁹⁵

5.5.3 Studien zur Gewaltbereitschaft

Die Studie Familienerziehung und Rechtsextremismus – Analyse der biografischen Genese rassistischer Deutungs- und Handlungsmuster junger Menschen von Thomas Gabriel¹⁹⁶ zeigt unter anderem, dass die Familien und das nahe soziale Umfeld bei Jugendlichen mit rechtsextremen Einstellungen und einer Affinität zu gewalttätigen Handlungen eine bedeutende Rolle spielen. Dieses Forschungsprojekt unter-

¹⁹³ Vgl. Gabriel, Thomas et al. (2007): Wo junge Erwachsene und Jugendliche rassistische Deutungs- und Handlungsmuster lernen. Familienerziehung und Rechtsextremismus. In: Eidgenössisches Department des Inneren Generalsekretariats (Hrsg.): „Rechtsextremismus“: Ursachen und Gegenmaßnahmen. Fachstelle für Rassismusbekämpfung. Broschüre NFP 40+, Bern, S. 1–29.

¹⁹⁴ Interview-Auszug Michael Schlieben, Multimedia mit dem Bielefelder Gewaltforscher und Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer über Generation in Krise, Jugend in Deutschland. In: <http://www.zeit.de/online/2009/02jugend-protest-deutschland> am 06.05.2009.

¹⁹⁵ Klemun, Magdalena: Kriminalität: Wie böse ist die Jugend wirklich? In: Die Presse, Panorama, Jugend, 22.04.2009. In: <http://diepresse.com/home/panorama/jugend/472962/index.do> am 04.05.2009.

¹⁹⁶ Vgl. dazu Gabriel, Thomas (2007): Familienerziehung und Rechtsextremismus. Nationales Forschungsprojekt 40+, Schweizerischer Nationalfonds zu Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

sucht den Einfluss der Familie und des sozialen Bezugssystems auf die Entwicklung der Jugendlichen bei rassistischen und rechtsextremen Einstellungen und Handlungen.

In der Studie wurde versucht, die Einflussfaktoren und die interaktiven und mehrgenerativen Dimensionen genauer zu bestimmen. Gemeint sind hier insbesondere die Einflüsse, die sich gegenseitig intensivieren, abschwächen oder auch aufheben können. Schließlich konnten die folgenden drei Verlaufsformen bei den Biografien der Jugendlichen empirisch belegt werden:

Die politisch rechten Einstellungen und die Handlungsdispositionen des Jugendlichen zeichnen sich bereits bei den Eltern, Großeltern, nahen Bezugspersonen und/oder im kulturellen Umfeld ab. Hier vollstreckt der Jugendliche im Grunde eine bestehende Kultur und Sozialität: mit seinen politischen Äußerungen erhält er Anerkennung und Zustimmung. Diese Familien werden dabei jedoch als „normal“ charakterisiert und es erfolgt eine Abgrenzung durch Überanpassung und Radikalisierung der Werte und Normen des Herkunftsmilieus. In der zweiten Verlaufsform sind bei den Jugendlichen Verletzungen ihrer physischen, psychischen und sozialen Integrität (soziale und personale Missachtung) beim Aufwachsen in der Familie zu erkennen. Der Mangel an Anerkennungsbeziehungen zu den primären Bezugspersonen löst beim Jugendlichen selbst eine Abneigung beim Anerkennen des menschlichen Gegenübers aus. Hierbei erfolgt eine deregulierte Gewaltausübung und eine Verunsicherung innerhalb der sozialen Beziehungen der Jugendlichen.

Die dritte Verlaufsform ist gekennzeichnet durch ein Fehlen der sonst vom Umfeld vermittelten und direkten Erfahrungen und damit verbunden durch einen Mangel an Anerkennungsverhältnissen. Das Fehlen von Interaktion und Kommunikation im familiären Umfeld (autoritär rigide Erziehungsform, keine gegenseitige Wahrnehmung, räumliche und zeitliche Abwesenheit etc.) ist hierbei charakteristisch und wirkt sich auf die Biografie des Jugendlichen entsprechend aus.¹⁹⁷

Das Forschungsprojekt des Soziologen Thomas Busset¹⁹⁸ über Hooliganismus und Rechtsextremismus analysiert dieses gesellschaftliche Phänomen. In dieser Studie wird festgestellt, dass die gewalttätigen apolitischen Fußballfans keiner spezifischen Gruppe oder sozialen Schicht zuzuordnen sind. In den letzten Jahren hat die rechte Szene versucht, hier ihre Mitglieder zu rekrutieren, was ihnen jedoch nicht gelungen ist. Heute gibt es eine sehr veränderte junge Hooliganszene (C-Fans) wobei sich ein Teil davon ohne Hemmungen und Regeln verhält. Die Gewalttätigkeit erklärt der Soziologe Ueli Mäder¹⁹⁹ als eine Kompensation von aufgestautem Frust und Perspektivlosigkeit, die bei einer Niederlage im Stadion oder vor bzw. nach dem Spiel (sog. 3. Halbzeit) zu einer Eskalation führt. Hier gibt es die Hooliganszene, die

¹⁹⁷ Vgl. Gabriel, Thomas (2007): Familienerziehung und Rechtsextremismus. Nationales Forschungsprojekt 40+, Schweizerischer Nationalfonds zu Förderung der wissenschaftlichen Forschung. In: <http://www.nfp40plus.ch/topic4352/story15442.html> am 03.03.2009.

¹⁹⁸ Thomas Busset: Centre international d' étude du sport (Cies) Forschungsprojekt: Das Fussballstadion als Treffpunkt und als Ort der Rekrutierung und der Geselligkeit der extremen Rechten? Neuchâtel. In: http://www.snf.ch/SiteCollectionDocuments/medienmitteilungen/MK_240209/mm_09feb24_zfbuch_d.pdf am 10.03.2009.

¹⁹⁹ Vgl. Eidgenössisches Department des Inneren EDI Generalsekretariat GS-EDI. Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hrsg.) (2007): Jugendliche und Rechtsextremismus: Opfer, Täter, Aussteiger. Projekt: NFP 40+: Rechtsextreme Jugendliche: Ausstiegsmotivation und familiäre Sozialisation. In: www.edi.admin.ch/shop/00019/00134/index.html?lang=de&download=NHZLpZig7t...s- am 10.03.2009.

sich an der britischen Szene orientiert, wo die Gewalt im Vordergrund steht und eine Schlägerei das Ziel ist. Hier gibt es zunächst die Ultras, d. h. Fans, die im Stadion, welches sie als ihr Territorium betrachten, emotional fanatisch ihren Klub unterstützen und auf die Ereignisse reagieren. Sie sind hauptsächlich zwischen 15 und 25 Jahre alt und keiner sozialen Schicht zuzuordnen.

Des Weiteren haben sie eine patriotische und chauvinistische Einstellung. Ein Teil von ihnen ist an den Spielen selbst nicht interessiert und reagiert auf die 3. Halbzeit. Wenn ihre Mannschaft das Spiel verliert, versuchen sie, eine vermeintliche von ihnen unterstellte Hierarchie wiederherzustellen. Rechtsextremismus und Rassismus werden hier als ein marginales Phänomen eingestuft.²⁰⁰

Das Forschungsprojekt von N. Schuhmacher und K. Möller hat die Ein-, Aus-, Umstiegs- und Verbleibprozesse in der Szene untersucht und kommt unter anderem auch zu den folgenden Ergebnissen: In Deutschland gibt es die Unterscheidung der Szene in Rechtsextreme/Neonazistische, Unpolitisch, Antirassistische und Linke/Linksradikale (in Österreich gibt es die Verallgemeinerung Neonazis). Die Skinheads sind aufgrund ihrer Kleidung immer weniger zu erkennen und einzugrenzen. Die Symbole der Rechtsextremen und die rechtsextreme Orientierung sind immer mehr auch in anderen Jugendkulturen vertreten. Der Anteil der Gewaltbereitschaft im rechtsextremen Umfeld hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. Hier wurde als Erklärung ein Phasenmodell (Affinisierung, Konsolidierung, Fundamentalisierung, Distanzierung) herausgearbeitet. In der ersten Phase wird von einem Affinisierungsprozess gesprochen.

Dies macht deutlich, dass es keine bestimmten benennbaren Einflussfaktoren gibt, die auf eine Hinwendung zur Szene hindeuten. Es gibt vielmehr eine Mischung an Mustern, die auf ein spezifisches Zusammenwirken von Einflußfaktoren hinweisen, die aus verschiedenen Stadien bestehen (z. B. interethnische Konkurrenzerlebens, kulturelle Hegemonie im sozialen Umfeld, politische Supplementierung jugendkultureller Partikularintegration, gemeinschaftliche Rebellion). Weiters sind im Sozialisationsbereich der Jugendlichen auch die konkreten Erfahrungen zu beachten, insbesondere in der Familie und im Sozialisationsbereich des Jugendlichen (z. B. relatives Desinteresse der Eltern, mangelnde Durchsetzungsfähigkeit, kulturelle Konflikte bei politischer Toleranz, dauerhafte Konflikte im familiären Kontext).²⁰¹

Die Studie der Psychologin Birgit Rommelspacher stellt unter anderem infrage, ob das Rechtsextremismusphänomen in der politischen Landschaft tatsächlich am Rande der Gesellschaft zu finden ist oder ob es ein Phänomen aus der Mitte der Gesellschaft ist. Sie verweist auf die empirischen Studien von W. Heitmeyer (2002–2008), die eine Verbreitung in der Bevölkerung sowie Verständnis und Unterstützung für den Rechtsextremismus belegen. Die Autorin analysiert weiter die gesellschaftlichen Ursachen des Rechtsextremismus und kommt zu dem Schluss: je mehr rechte Ideologien der Extremisten in der Mitte der Bevölkerung Anerkennung finden, desto mehr finden auch die Extremisten am „Rand“ eine Bestäti-

²⁰⁰ Vgl. Malatesta, Dominique/Busset, Thomas/Jaccoud, Christophe/Dubey, Jean-P. (Hrsg.) (2008): Das Fussballstadion als Treffpunkt und als Ort der Rekrutierung und der Geselligkeit der extremen Rechen? Nationales Forschungsprojekt 40+, Schweizerischer Nationalfonds zu Förderung der wissenschaftlichen Forschung. In: <http://www.nfp40plus.ch/> am 03.03.2009.

²⁰¹ Vgl. Nils, Schuhmacher/Möller, Kurt (Hrsg.) (2007): Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 125 ff.

gung. Auch sie zeigt ein Geflecht an Ursachen für die Ausbreitung des Rechtsextremismus sowie gesellschaftliche und politische Möglichkeiten, ihm entgegenzutreten.²⁰²

5.5.4 Jugend mit Migrationshintergrund

Seit etwa Mitte der 1970er Jahre ist die Jugend mit Migrationshintergrund (auch „ausländische Kinder“ genannt) Untersuchungsgegenstand in der empirischen Sozialforschung und der soziologischen Sozialisationstheorie. Hartmut M. Giese und Jürgen Mansel sehen es als eine Gruppenreaktion auf gemeinsame Exklusionserfahrungen und fassen dies mit folgenden Worten zusammen:²⁰³

„Gemeinsam ist den Studien die Erkenntnis, dass es vor allem Desintegrationserfahrungen sind (Diskriminierung, fehlende Chancen und Anerkennung im Alltag, Stigmatisierungen, Exklusion etc.), die bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund (bei der zweiten und dritten Generation) zu ethnisch codierten und zentrierten Gruppenbildungen in Form von Jugendbanden oder Cliques (Gangs) mit hohem aggressiven und devianten Potential führen, wodurch Konflikte mit anderen Gruppen sowie die Gefahr einer Kriminalisierung hochwahrscheinlich werden.“²⁰⁴

Bei Vergleichen zur Kriminalisierungsrate sind Verzerrungsfaktoren zu beachten, die für ein entsprechendes Bild verantwortlich sind. Untersuchungen zeigen, dass bspw. in der Bevölkerung eine erhöhte Anzeigebereitschaft gegenüber Zuwanderern besteht. Die aufsteigenden und sozial aufstrebenden Migranten der zweiten Generation werde weiter als Bevölkerungsgruppe diskriminiert und in der Arbeitswelt als Konkurrenz angesehen, und so werde versucht, diese Gruppe in die unteren Positionen der Arbeitswelt zu drängen, so Jürgen Mansel.²⁰⁵

„Zweifel, dass unter den jungen Zuwanderern ein höherer Anteil kriminalisierbare Aktivitäten entwickeln würde als bei Deutschen, gründeten nicht zuletzt auch darin, dass bei Heranziehung anderer Datengrundlagen die Höherbelastung der Migranten nicht bestätigt wurde. So konnte gezeigt werden, dass die Ermittlungsverfahren gegen diesen Personenkreis überproportional häufig durch die Staatsanwaltschaft eingestellt wurden, so dass sie gemessen am Bevölkerungsanteil nicht häufiger durch ein Gericht verurteilt werden als die altersgleichen Deutschen.“²⁰⁶

²⁰² Vgl. Rommelspacher, Birgit (2006): Der Hass hat uns geeint. Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag. S. 97 ff.

²⁰³ Vgl. Giese M. Hartmut/Mansel, Jürgen (2003): Jugendtheoretische Diskurse. In: Orth, Barbara/Schwietring, Thomas/Weiß, Johannes (Hrsg.): Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 169–195.

²⁰⁴ Giese M. Hartmut/Mansel, Jürgen (2003): Jugendtheoretische Diskurse. Zit. In: Orth, Barbara/Schwietring, Thomas/Weiß, Johannes (Hrsg.): Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 180.

²⁰⁵ Vgl. Mansel, Jürgen/Raithel, Jürgen (Hrsg.) (2004): Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich. Weinheim/München: Juventa Verlag, S. 7–25.

²⁰⁶ Giese M. Hartmut/Mansel, Jürgen (2003): Jugendtheoretische Diskurse. Zit. In: Orth, Barbara/Schwietring, Thomas/Weiß, Johannes (Hrsg.): Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 181. Mit Verweis auf Mansel, Jürgen (1985): Kriminalität und Gewalt im Jugendalter.

5.6 Vergleich Großbritannien/Deutschland

5.6.1 Großbritannien²⁰⁷

5.6.1.1 Jugendliche

Die allgemeine Situation von Kindern und Jugendlichen im Vereinigten Königreich ähnelt der Lebenssituation der anderen europäischen Jugendlichen. Vergleichbar sind etwa die sozioökonomischen Faktoren und das Milieu. Die Bevölkerungszahl ist im Vergleich zum Jahr 1971 um 8 % gewachsen. Bei der Altersgruppe ab 65 Jahren beträgt dieses Wachstum 31 %. Bei der Altersgruppe der unter 16-Jährigen sank der Anteil an der Gesamtbevölkerung seit 1971 um 19 %. Es wird erwartet, dass diese Veränderungen anhalten. Auffallend ist die Feststellung, dass Jugendliche im Vereinigten Königreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern den höchsten Alkohol- und Cannabiskonsum haben und häufiger in Kämpfe einbezogen sind. Weiters besteht hier die höchste Zahl an Teenagerschwangerschaften in Europa und eine extrem hohe Kriminalitätsrate bei den Jugendlichen. Durch die Medien herrscht ein allgemein negativ gestaltetes Bild über die Jugend.

Die UNICEF-Studie 2007²⁰⁸ über Kinder und Jugendliche in Industriestaaten reiht das Vereinigte Königreich auf den letzten Platz des Rankings ein. Die Regierung hat auf diese Zustände seit Ende der 1990er Jahre mit zahlreichen Strategien, Aktionsplänen und Programmen reagiert. Eines der Ziele ist es z. B., durch eine 10-Jahres-Strategie die Anzahl der Teenagerschwangerschaften²⁰⁹ bis 2010 zu halbieren. Die bedingte Strafmündigkeit beginnt in Schottland mit 8 Jahren, in England, Wales und Nordirland mit 10 Jahren. Die Volljährigkeit wird mit 18 Jahren erreicht, als Gewerkschaftsmitglied müssen die Jugendlichen mindestens 16 Jahre alt sein.

5.6.1.2 Arbeitslosigkeit

2007 waren 20 % der 16- bis 19-Jährigen arbeitslos gemeldet. Der Anteil der Arbeitslosen bei den 20- bis 24-Jährigen ist geringer, sie lag Juni 2007 bei 10,5 %, war damit jedoch höher als die Gesamtarbeitslosigkeit mit 5 %.²¹⁰

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist ein zentrales Anliegen der derzeitigen Regierung. Sie versucht, die Jugendlichen weiterzuqualifizieren mit dem Ziel, eine akademische Qualifikation zu erreichen oder eine weitere schulische Berufsbildung und berufliche Tätigkeiten mit entsprechenden Ausbil-

²⁰⁷ Vgl. IJAB (2008): Datenbank für internationale Jugendarbeit, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland. Kapitel 2.1. Situation der Kinder und Jugendlichen. Bonn. S. 4 und 5., <http://www.ijab.de/wai1/showcontent.asp?themalD=903>, http://www.ijab.de/downloads/länderfachprogramme/großbritannien/AA_Bericht_Jugendbegegnung_Juni.pdf am 11.10.2008.

²⁰⁸ Vgl. UNICEF (2007): Child poverty in perspective: An overview of child well-being in rich countries. A comprehensive assessment of the lives and well-being of children and adolescents in the economically advanced nations. In: http://www.unicef-irc.org/publications/pdf/rc7_eng.pdf am 11.10.2008.

²⁰⁹ Vgl. Every Child Matters: Teenage pregnancy. In: <http://www.everychildmatters.gov.uk/teenagepregnancy> am 11.10.2008.

²¹⁰ Vgl. Office for National Statistics: nomis official labour market statistics: In: <http://www.nomisweb.co.uk> am 11.10.2008.

dungen durchzuführen. Diese Strategie der Regierung betrifft die 16- bis 18-Jährigen und wird unter dem Begriff Education Maintenance Allowance zusammengefasst.²¹¹ Ein weiteres Projekt ist der Connexions Service in England, der die Jugendlichen zwischen 13 und 19 Jahren bei der Beruorientierung und Karriereplanung unterstützen soll.

5.6.1.3 Kriminalität

Laut Jahresbericht 2006/2007 des Youth Justice Board werden die meisten Straftaten von jungen (weißen) Männern im Alter von 15 bis 17 Jahren begangen. Im Vergleich zu 2005/2006 ist hierbei ein Rückgang von 2,2 % zu erkennen. Im Vergleich zu den Jahren 2003/2004 ist die Straffälligkeit von jungen Männern um 2 % zurückgegangen. Gleichzeitig ist anzumerken, dass die Anzahl der jungen Straftäter um 25 % angestiegen ist. Trotzdem ist dieser Anstieg mit einem Anteil von 20,1 % im Vergleich zu den straffällig gewordenen männlichen Jugendlichen (das sind 79,9 %) relativ gering. Zu den häufigsten Delikten zählen hier mit 19,2 % Diebstahl und der Handel mit gestohlenen Waren sowie Körperverletzung mit 19,1 % und mutwillige Beschädigung mit 13,9 %. Diese Angaben beziehen sich auf die Studie Youth Justice Board.²¹²

Beim Annual Wordload Data aus dem Jahr 2005 wurde festgestellt, dass bei der Jugendkriminalität 7 % der Jugendlichen als regelmäßige Straftäter auftreten, die für den größten Teil aller begangenen Straftaten (83 %) verantwortlich sind. Der besorgniserregende Anstieg des Alkoholkonsums bei Jugendlichen, hier insbesondere bei jungen Mädchen und Frauen, durch das beliebte „bringe drinking“ ist ein weiterer wichtiger Punkt. Hierbei handelt es sich um den Alkoholkonsum bspw. von Bier und Alcopops in sehr kurzer Zeit. Bei der Untersuchung im Jahre 2003²¹³ (seit 1982 werden im Auftrag der Regierung durch das National Centre for Social Research Untersuchungen über das Trink- und Rauchverhalten der Jugendlichen durchgeführt) gaben 27 % der befragten 15-Jährigen an, bereits mehr als 20-mal betrunken gewesen zu sein. Im Vergleich dazu waren es in Deutschland 12 % der Jugendlichen. Hier ist das veränderte Trinkverhalten anzumerken. Der Alkoholkonsum nimmt mit dem Alter zu und liegt bei den Jungen höher als bei den Mädchen.

5.6.1.4 Migrantensituation

Seit 1990 hat durch die stabile Wirtschaft und die niedrigere Arbeitslosigkeit die Einwanderung, insbesondere aus den ehemaligen Kolonien stark zugenommen. Einer von 12 Bürgern gehört heute einer ethnischen Minderheit an. In einigen Teilen Londons hat mehr als die Hälfte der Bevölkerung einen Migrationshintergrund bzw. ist afroamerikanischer Abstammung. Ein Teil dieser Minderheiten ist regel-

²¹¹ Vgl. <http://ema.direct.gov.uk> am 11.10.2008.

²¹² Vgl. Youth Justice board: <http://www.yjb.gov.uk/publications/Scripts/prodView.asp?idproduct=285&eP> am 11.10.2008.

²¹³ Vgl. National Statistics/Home Office (Hrsg.) (2007): Smoking, drinking and drug use among young people in England in 2006: headline figures. In: www.ic.nhs.uk/webfiles/publications/youngpeopledrugmisuse2006/SDD06%20SPN%20v7%20formatted.pdf am 11.10.2008; Home Office Statistical Bulletin (Hrsg.) (2008): Crime in England and Wales 2006/2007. In: <http://www.homeoffice.gov.uk/rds/pdfs08/hosb0708.pdf> am 11.10.2008; Mayer, Catherine: Unhappy, unloves an Out of Control. An epidemic of violence, crime and drunkenness has made Britain scared of its young. What's causing the crisis? In: Time Magazine, Vol. 171, Nr. 7/2008.

mäßig signifikanten Benachteiligungen, Rassismus und Diskriminierung ausgesetzt. Im Bildungsbereich wurde festgestellt, dass Migrantenkinder mit dem 10. Lebensjahr deutlich hinter den „einheimischen“ Schülern zurückliegen. Die indischen und chinesischen Schüler erreichen wiederum Qualifikationen, die über dem nationalen Durchschnitt liegen. Seit 2005 gibt es durch die britische Regierung die Strategie der „Improving Opportunities-Strengthening Society“, mit der bis 2008 die Probleme und Barrieren mit ethnischem Hintergrund abgebaut und die Chancen für alle Bürger unabhängig von der kulturellen Herkunft verbessert werden sollen (z. B. Every Child Matters od. Sure Start Childrens`s Centres u. a.).

5.6.1.5 Politische Bildung und Einstellungen

Eine außerschulische Jugendbildung, wie sie etwa in Deutschland erfolgt, findet in dieser Form in Großbritannien nicht statt. Auch in der Schule gibt es bspw. kein Fach zur politischen Bildung. Erst im Jahr 2002 wurde die politische Bildung als Teil der verpflichtenden Lehrpläne für die 11- bis 16-Jährigen eingeführt. In allen Landesteilen gibt es zudem inzwischen Bemühungen, einen größeren Wert auf die politische Bildung auch im außerschulischen Bereich zu legen. Es engagieren sich viele Organisationen für eine politische Bildung, z. B. die Citizenship Foundation²¹⁴ und die Jugendorganisationen der politischen Parteien.

5.6.2 Deutschland²¹⁵

5.6.2.1 Jugendliche

In der Bundesrepublik Deutschland sind mit Ende 2005 26,2 Millionen junge Menschen im Alter von unter 30 Jahren gezählt worden. Vergleicht man ihre Wohnsituation zu anderen europäischen Ländern, so ist diese als relativ gut zu bezeichnen. Die Bevölkerungsvorausrechnungen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass bis 2050 die Hälfte der Bevölkerung älter als 48 Jahre sein wird und ein Drittel 60 Jahre oder älter. Die Einwohnerzahl in Deutschland wird langfristig trotz Zuwanderungssalden abnehmen. Das niedrige Geburtenniveau führt dazu, dass die jüngere Bevölkerung (bis etwa 50 Jahre) zahlenmäßig schwächer vorhanden ist als die ältere. Die unter 20-Jährigen, derzeit 17 Millionen Menschen, machen 21 % der Gesamtbevölkerung aus, sie werden bis 2050 auf 16 % zurückgehen.²¹⁶

Die 15. Shell-Jugendstudie 2006 zeigt, dass die Jugendlichen ein starkes Bewusstsein besitzen, wenn es um die Themen der Gesellschaft geht, und sie lassen sich dabei nicht entmutigen. Sie haben weiters einen großen Respekt vor der älteren Generation, und da die Zukunftsaussichten heute ungewisser sind, gewinnt nun auch die Familienzusammengehörigkeit wieder stärker an Bedeutung. Hier geben 72 % der Jugendlichen an, dass man eine Familie brauche. Fast drei Viertel der Jugendlichen, das sind 73 % im Alter von 18 bis 21 Jahren, leben noch bei ihren Eltern. Die Jugendlichen aus sozial besser gestellten Elternhäusern besuchen aussichtsreichere Schulformen, die auch ihre beruflichen Möglichkeiten verbessern. Hier ist nach der letzten Studie zu erkennen, dass 2006 55 % der befragten Mädchen das Abitur

²¹⁴ Vgl. Citizenship Foundation. In: <http://www.citizenshipfoundation.org.uk/> am 11.10.2008.

²¹⁵ Vgl. IJAB (2008): Datenbank für internationale Jugendarbeit, Deutschland, Situation der Kinder und Jugendlichen, Bonn. In: <http://www.ijab.de> am 19.10.2008; <http://www.ijab.de/wai1/showcontent.asp?themaID=903> am 19.10.2008.

²¹⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland. In: <http://www.destatis.de> am 19.10.2008.

anstreben, wobei es bei den Jungen nur 47 % sind. In der Gruppe der Jugendlichen ist noch anzuführen, dass die Religion noch einen starken Rückhalt gibt, denn 52 % der ausländischen Jugendlichen glauben an einen Gott, wobei es bei den deutschen Jugendlichen nur 28 % sind.²¹⁷

5.6.2.2 Arbeitslosigkeit

Aus der 15. Shell-Jugendstudie 2006 ist ersichtlich, dass die Jugendlichen eine deutlich stärkere Besorgnis zeigen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder keine Beschäftigung zu finden. 2006 ist diese Zahl der besorgten Jugendlichen (Angst vor der schlechten wirtschaftlichen Lage im Land und von der steigenden Armut) auf 69 % angestiegen. Fast 70 % der Unter-30-Jährigen haben Angst, ihre Arbeit zu verlieren, dieser Wert betrug im Jahre 2002, 55 %.²¹⁸ Laut der ILO-Statistik vom November 2006 betrug die Arbeitslosigkeit 2006 der unter 25-Jährigen 13,8 %.²¹⁹

5.6.2.3 Kriminalität

Die Tatverdächtigen bei Straftaten für das Jahr 2007 sind zu 12 % Jugendliche (14 bis 18 Jahre) und zu 10,6 % Heranwachsende (18 bis 21 Jahre). Bei den Kindern (bis 14-Jährige) beträgt dieser Anteil 4,4 %, bei den Erwachsenen, also den ab 21-Jährigen, sind es 72,9 %. Die Anzahl der tatverdächtigen Jugendlichen hat laut der Polizeilichen Kriminalstatistik 2007 leicht zugenommen. Rückgänge konnten dagegen bei den 8- bis 10-Jährigen sowie bei den 21- bis unter 25-Jährigen verzeichnet werden. Leicht überdurchschnittlich ist der Anteil der tatverdächtigen Jugendlichen bei den Mädchen ab 12 Jahren und bei den männlichen Jugendlichen unter 16 Jahren.²²⁰

Bei diesem Vergleich ist zu berücksichtigen, dass die deutsche Wohnbevölkerung auch Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft beinhaltet und dadurch eine strukturelle Unterscheidung vorhanden ist. Grundsätzlich ist hier genannt, dass von der deutschen wie von der nichtdeutschen Wohnbevölkerung nur eine Minderheit bei der Polizei als Tatverdächtige mit geringem Schweregrad bei Delikt aufgezeichnet ist. Dieses Gesetz gilt jedoch auch für die Heranwachsenden (18–21 Jahre). Mit 14 Jahren besitzt der Jugendliche die bedingte Strafmündigkeit, die sich mit 21 Jahren in eine uneingeschränkte Strafmündigkeit wandelt. Die Volljährigkeit erreicht ein Jugendlicher mit 18 Jahren.

5.6.2.4 Migrantensituation

Ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland kommen aus Familien mit einem Migrationshintergrund. In manchen Teilen Deutschlands liegt der Anteil der 15-jährigen Jugendlichen sogar bei bis zu 40 %. Die staatlichen Maßnahmen konzentrieren sich auf die kindliche Sprachförderung und durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gibt es zudem zahlreiche Qualifikationsnetzwerke. Derzeit absolvieren nur rund 39 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Ausbildung im dualen Be-

²¹⁷ Vgl. Deutsche Shell Holding GmbH: Shell-Jugendstudien. In: <http://www.shell-jugendstudie.de> am 19.11.2008.

²¹⁸ Vgl. Deutsche Shell Holding GmbH: Shell-Jugendstudien. In: http://www.shell.com/home/content/de/society_environment/shell_youth_study/dir_shell_youth_study.html am 19.11.2008.

²¹⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland: Datenreport 2006 in Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Band 544, Bonn. In: <http://www.destatis.de> am 19.10.2008.

²²⁰ Vgl. Bundeskriminalamt. In: <http://www.bka.de> am 19.10.2008.

rufsausbildungssystem, bei den deutschen Jugendlichen sind es dagegen laut Bundesministerium für Bildung und Forschung mehr als 60 %.²²¹

Durch die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung wird der schlechte Ausbildungsstand von Migrantenkindern als hoch alarmierend bezeichnet, der sich seit den 1990er Jahren kontinuierlich weiter verschlechtert hat. Die Ungelerntenquote bei dieser Gruppe liegt bei 40 %, bei den deutschen Jugendlichen sind es dagegen (nur) 12 %. Zu den 14 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in der Bundesrepublik zählen die Ausländer, Eingebürgerten, Aussiedler und die wieder in die Heimat zurückgekehrten Deutschen aus dem Ausland (Spätaussiedler).²²²

2007 ermittelte die Polizei 21,4 % der Tatverdächtigen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit hatten. Ein Vergleich der tatsächlichen Kriminalitätslage der nichtdeutschen Wohnbevölkerung mit der deutschen ist durch das vorhandene Dunkelfeld der nicht ermittelten Täter in der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht möglich (die Bevölkerungsstatistik mit den Ausländergruppen wie vor allem Illegale, Touristen/durchreisende Besucher etc., die nicht in der Kriminalstatistik als Tatverdächtige mitgezählt werden). Hier ist es aufgrund der unterschiedlichen strukturellen Zusammensetzung (Alter, Geschlecht und Sozialstruktur) der Deutschen und Nichtdeutschen nur schwer möglich, einen Vergleich anzustellen.²²³

5.6.2.5 Politische Bildung und Einstellungen

Die politische Jugendbildung spielt in Deutschland eine sehr wichtige Rolle, die auch im Rahmen der außerschulischen Jugendbildung erfolgt. Hier gibt es unterschiedliche Institutionen der politischen Bildung. Zu den Initiativen der Träger politischer Jugendbildung gehören bspw. der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben sowie die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke.²²⁴

Die politische Jugendforschung setzt sich mit dem erkennbaren Bedeutungsverlust auseinander, den das Themengebiet Politik im Leben und Handeln von Jugendlichen einnimmt. In den Medien entstand hierfür das Synonym einer bestimmten Politikverdrossenheit, womit eine Distanz der Jugendlichen zum politischen Geschehen und zu den Akteuren im politischen Feld näher beschrieben wird.²²⁵

In der Shell-Jugendstudie 2006 wurde versucht herauszufinden, welches Verhältnis die Jugendlichen zur Demokratie und zu den bestehenden Gesellschaftsformen und Strukturen haben. Die 15. Shell-Jugendstudie 2006 kommt zu dem Schluss, dass das Interesse der Jugend an der Politik, während sie in den 1980er bis in die 1990er Jahre politisch interessiert war, seit Mitte der 1990er Jahre sinkt. Die letzten zwei Shell-Jugendstudien zeigen deutlich nur mehr ein Interesse von 34 % aller Jugendlichen, die sich

²²¹ Vgl. <http://www.kompetenzen-foerden.de> am 03.10.2008, terre des hommes Deutschland e. V. In: <http://www.tdh.de/content/materialien/download/index.htm?&action=details&id=171> am 19.10.2009 Deutscher Bundestag. In: http://bundestag.de/bic/presse/2005/pz_050322.html am 02.05.2005).

²²² Vgl. http://www.integrationsbeauftragte.de/download/Memorandum_Endfassung.pdf September 2005, am 19.10.2008.

²²³ Vgl. Bundeskriminalamt: <http://www.bka.de> am 19.10.2008.

²²⁴ Vgl. Bundesausschuss Politische Bildung. In: <http://www.bap-politischebildung.de> am 19.10.2008.

²²⁵ Vgl. Pickel, Gert (2002): Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen in Deutschland nach der Vereinigung? Opladen: Leske+Budrich, S. 95 ff.

bei den Befragungen selber als politisch interessiert einschätzten. Hierbei wurden 15- bis 24-Jährige befragt. Die letzte Studie zeigt wiederum ein leichtes Ansteigen dieses Interesses auf 39 %. Werden hier jedoch die 12- bis 14-Jährigen miteinbezogen, so sind es lediglich 30 %. Aus der Sicht der Jugendlichen wird die Politik als ein „Männerthema“ angesehen; ein höheres Interesse für das Thema Politik ist nur in den Jugendgruppen vorzufinden, welche aus einem intellektuellen Milieu kommen und sich daher mit Politik identifizieren können.²²⁶

Im Vergleich zur letzten Shell - Studie ist der Anteil der Jugendlichen, die sich nach einem Rechts-Links-Schema hier nicht einordnen können, gesunken. Die Felder „Rechts und Links“ sind für die Jugendlichen die nachvollziehbaren Kategorien, um so ihre eigene Meinung und Haltung positionieren zu können.²²⁷

Diese extremen Bereiche der „rechten“ und „linken“ Seiten werden nur von einer Minderheit der Jugendlichen definiert und artikuliert. Dabei ist zu erkennen, dass sich die Jugendlichen mit ihrer Parteienaffinität eher offen und noch wenig festgelegt verhalten. Es gibt vielmehr einen hohen Anteil an Jugendlichen, die keiner Partei eine Lösungskompetenz zubilligen (Deutschland: Befragung bei der letzten Bundestagswahl 2005). Die Prozentzahl der Demokratieunzufriedenheit der Jugendlichen in Deutschland hat sich im Vergleich zu 2002 in den alten Bundesländern von 29 % auf 34 % erhöht, in den neuen Bundesländern liegt diese Ziffer sogar bei 57 %, was unter anderem mit der Lebenslage, den eingeschränkten gesellschaftlichen Möglichkeiten, der Arbeitslosenrate, der schulischen und beruflichen Lage und den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln erklärt wird.²²⁸

5.6.3 Extremistische Bewegungen

In den nun genauer betrachteten Ländern Deutschland und Großbritannien herrschen unterschiedliche gesellschaftliche Bedingungen, was auch die rechtsextreme Szene nach ihrer Form und Größe, ihrer Stärke bzw. Schwäche, ihrer Mobilisierungsmöglichkeit und Agitationsfähigkeit grundlegend mit einschließt. Bei der vorliegenden Studie von T. Grumke und A. Klärer²²⁹ wird folgende Hypothese aufgestellt. In beiden Ländern sind trotz der dargestellten erheblichen Unterschiede und des national verschiedenen geprägten Meinungsaustausches, wie z. B. um „peak oil“ in Großbritannien, die Leit motive der rechtsextremen Bearbeitung von Themen wie der sozialen Frage und der Globalisierungskritik weitgehend kongruent. Weiters wird davon ausgegangen, dass für die extreme Rechte in beiden Ländern die soziale Frage und Punkte der Globalisierung herausragen und damit ein Ziel im Wirkungskreis für Rechtsextreme darstellen. Die ideologische Konnexion wird aus einem jeweils sehr ähnlichen Verständ-

²²⁶ Vgl. Hurrelmann, Klaus/Albert, Mathias, Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2006): Jugend 2006: eine pragmatische Generation unter Druck. (= Shell-Jugendstudie 15). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 105 f.

²²⁷ Vgl. Hurrelmann, Klaus/Albert, Mathias, Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2006): Jugend 2006: eine pragmatische Generation unter Druck. (= Shell-Jugendstudie 15). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 107 ff.

²²⁸ Vgl. Hurrelmann, Klaus/Albert, Mathias, Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2006): Jugend 2006: eine pragmatische Generation unter Druck. (= Shell-Jugendstudie 15). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 110.

²²⁹ Vgl. Grumke, Thomas/Klärer, Andreas, Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.) (2006): Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik – Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990. Berlin: Forum Berlin, S. 10 ff.

nis heraus begriffen und vertreten. Weiters wird geglaubt, dass die rechtsextremen Parteien und Bewegungen eine mehrheitsfähige Strategie mit einer Linie der „Ethnisierung des Sozialen“ betreiben.²³⁰

Wie D. Rucht feststellt, ist die herrschende Rechte in Deutschland anhand vieler Kriterien als eine soziale Bewegung auszumachen, die einen grundlegenden sozialen Wandel anstrebt. Hier gibt es nach D. Rucht auf der strukturellen Ebene verschiedene Segmente der Bewegung, die unterschieden werden müssen.²³¹

Im Gegensatz zu den westeuropäischen Ländern wie Deutschland, Frankreich, Österreich, Dänemark, Italien oder die Schweiz nehmen die rechtsradikalen, -extremen oder die populistischen Parteien in Großbritannien nur eine marginale Position im Parteiensystem ein.²³² Hier kann daher nicht von einer rechtsextremen sozialen Bewegung gesprochen werden. Die extremen Rechten in Großbritannien haben immer mit den Problemen der Delegitimierung ihrer Positionen zu kämpfen, die durch die Presse, die öffentliche Meinung und die etablierten Parteien erfolgt. Diese Ideen gelten in einem Land wie Großbritannien, das im Zweiten Weltkrieg gegen den Faschismus und Nazismus gekämpft hat, als unpatriotisch und aus dem Ausland importiert.²³³

In den 1920er und 1930er Jahren konnten sich in Großbritannien keine faschistischen Bewegungen etablieren. 1923 wurde die British Union of Fascists (BUF) gegründet, die jedoch 1940 wieder verboten wurde. Sie war nur ein kleiner Störfaktor (minor irritant) für die Regierung. Die politische Kultur in Großbritannien ist durch eine tief verwurzelte demokratische „Zivilgesellschaft“ und eine fest verankerte „liberal-demokratische“ Institution gekennzeichnet. Toleranz, Humanismus, die Achtung vor dem Gesetz sowie pragmatische Werte und Zielsetzungen sind bestimmend für die Politik und die Gesellschaft in diesem Land. Als strukturelle Faktoren werden die konventionellen Traditionen, die Stärkung des nationalen Selbstwertgefühls durch den Sieg im Ersten Weltkrieg und die „Abwesenheit einer bolschewistischen Bedrohung“ genannt. Weiters wird für die Erfolglosigkeit der Rechten im Land die Schwäche und die Unfähigkeit ihrer „Führer“ genannt. In einem dritten Punkt wird die Konservative Partei als eine erfolgreiche Strategie zur Marginalisierung der extremen Rechten gesehen, der durch die Immigrationspolitik in den 1980er Jahren durch die harte Linie von Margaret Thatcher kein Raum gelassen wurde.

Als weiterer Grund hierfür werden die starke antirassistische Bewegung, die Gegenmobilisierungen „migrantischer communities“ und die liberale Öffentlichkeit genannt. Schließlich spielt auch das englische Mehrheitswahlrecht eine Rolle für den Misserfolg der extremen Rechten. Durch die Eurobarometer-

²³⁰ Vgl. Grumke, Thomas/Klärner, Andreas, Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.) (2006): Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik – Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990. Berlin: Forum Berlin, S. 10 ff.

²³¹ Vgl. Roth, Roland/Rucht, Dieter (1994): Weder Rebellion noch Anpassung: Jugendproteste in der BR 1950–1994. Zit. in: Dies. (Hrsg.) (2000): Jugendkulturen, Politik und Protest, Opladen: Leske+Budrich, S. 85 f.

²³² Vgl. Grumke, Thomas/Klärner, Andreas, Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.) (2006): Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik – Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990. Berlin: Forum Berlin, S. 47 ff., mit Verweis Eatwell, Roger (2000): The rebirth of the „Extrem Right“ in Western Europe?; Ignazi, Piero (2002): Extreme Right Parties in Western Europe.

²³³ Vgl. Grumke, Thomas/Klärner, Andreas, Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.) (2006): Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik – Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990. Berlin: Forum Berlin, S. 46.

Umfragen 1997, 2000 und 2003 konnte aufgezeigt werden, dass in Großbritannien wie in den übrigen Ländern Europas fremdenfeindliche Einstellungen bei einer großen Minderheit verbreitet sind. Großbritannien liegt damit im europäischen Mittelfeld, und es gibt sehr wohl einen institutionellen Rassismus, wie der Bericht der Europäischen Kommission: „Racism and Race Relations in the UK“ zeigte. R. Griffin erklärt dieses Paradox dadurch, dass in der britischen politischen Kultur ein tief sitzendes Element an rassistischem Populismus vorhanden ist, dem jedoch eine rechtspopulistische Partei fehlt.²³⁴

²³⁴ Vgl. Grumke, Thomas/Kläner, Andreas, Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.) (2006): Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik – Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990. Berlin: Forum Berlin, S. 47–55. mit Verweis Ignazi, Piero. (2003): Extrem Right Parties in Western Europe; Cospsey, Nigel (2004): Contemporary British fascism: the British National Party and the quest for legitimacy.

6 Prävention

Der Begriff „Prävention“ kommt aus dem Lateinischen und bedeutet in Worten, einer Sache zuvor (lat. prä) kommen (lat. venere), d. h., eine Entwicklung, die nicht erwünscht ist, durch geeignete Maßnahmen im Vorfeld zu verhindern.²³⁵

6.1 Ziel der Prävention

Prävention findet z. B. als Suchtprävention, Kriminalprävention sowie in den Bereichen Altersvorsorge, Vorsorgeuntersuchungen im medizinischen Bereich und Verbraucherschutz statt. Hier wird versucht, mit einer Vorsorge die Kosten, die für den Staat entstehen, zu senken und zu verhindern. Es hat sich herausgestellt, dass sich die Förderung einer positiven Verhaltensentwicklung günstiger auswirkt als die Erzeugung von Androhungen, die nur negative Konsequenzen zur Folge haben. G. Schatz versteht unter Gewaltprävention: *„alle institutionellen und personellen Maßnahmen, die der Entstehung von Gewalt vorbeugen und diese reduzieren. Diese Maßnahmen zielen ab auf die Person selbst, auf die Lebenswelt dieser Adressaten wie auch auf den Kontext der sie tangierenden sozialen Systeme“*²³⁶.

Nach der Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) werden Maßnahmen und Programme der Gewaltprävention mit zwei Dimensionen entschieden. Zum einen gibt es die zeitliche Dimension, bei der es um die primäre, sekundäre und tertiäre Gewaltprävention geht. Des Weiteren wird nach der Zielgruppe eingeteilt, wobei zwischen Strategien, die allgemein an jeden gerichtet sind, und Interventionen, die sich speziell an Täter und Opfer wenden (Hochrisikogruppen), unterschieden wird.²³⁷

6.2 Ebenen der Prävention

Prävention wird hier insbesondere aufgefasst als eine vorzeitige Vorbeugung, um spätere Kosten zu sparen oder verhindern. Im Zusammenhang mit Gewalt geht es um die Gewaltverhinderung. Bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird strikt zwischen Kriminalprävention und Gewaltprävention unterschieden. Die Gewaltprävention dient in erster Linie der Verhaltensbeeinflussung von Personen. Hier geht es vorwiegend um die Normvertretungen bei den Jugendlichen, die auf die Jugendkriminalität ausgerichtet ist (in den westlichen Industrieländern). Dieser Begriff ist abhängig von der Definition von Gewalt. Die WHO veröffentlichte 2002 im World Report on violence on health eine detaillierte Typologie der Gewalt. Sie wird definiert als: „Der absichtliche Gebrauch von angedrohtem oder tatsächlichem körperli-

²³⁵ Vgl. Gollwitzer, Mario (Hrsg.)/Ulrich, Christiane/Pfetsch, Jan/Schneider, Vera/Schulz, Andre/Steffke, Tabea (2007): Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen. Aktuelle Erkenntnisse aus Forschung und Praxis. Göttingen: Hogrefe-Verlag, S. 7.

²³⁶ Schatz, Günther: Gewaltprävention. In: Becker-Textor, Ingeborg/Textor, Martin (Hrsg.) (1990–2005): SGB VIII – Online-Handbuch. In: www.sgbviii.de/S84.html, am 11.11.2008. Zit. in: Gugel, Günther (2006): Gewalt und Gewaltprävention. Grundfragen, Grundlagen, Ansätze und Handlungsfelder von Gewaltprävention und ihre Bedeutung für Entwicklungszusammenarbeit. Tübingen: Institut für Friedenspädagogik, S. 31 f.

²³⁷ Vgl. Gugel, Günther (2006): Gewalt und Gewaltprävention. Grundfragen, Grundlagen, Ansätze und Handlungsfelder von Gewaltprävention und ihre Bedeutung für Entwicklungszusammenarbeit. Tübingen: Institut für Friedenspädagogik, S. 204 ff.

chem Zwang oder physischer Macht gegen die eigene oder eine andere Person, gegen eine Gruppe oder Gemeinschaft, der entweder konkret oder mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Verletzungen, Tod, psychische Schäden, Fehlentwicklungen oder Deprivation führt.“²³⁸

6.2.1 Primäre Prävention

In der primären Prävention werden die sozialen Fähigkeiten und Fertigkeiten im kommunikativen und sozialen Bereich gestärkt, um eine Gefährdung zu verhindern (z. B. „Kinder stark machen“). Dies strebt eine Verhinderung im Vorfeld an, indem die Bedingungen und Risikofaktoren aufgedeckt und verändert werden.

6.2.2 Sekundäre Prävention

Die sekundäre Prävention wendet sich an gefährdete Personen und Gruppen. Hier wird mit den Zielgruppen präventiv gearbeitet (z. B. Streetworkprojekte, Antiaggressionstrainings).

6.2.3 Tertiäre Prävention

In der tertiären Prävention wird mit bereits gewalttätigen und straffälligen Personen gearbeitet. Mit dieser Präventionsform soll eine erneute Gewalthandlung und Straffälligkeit verhindert werden (z. B. Resozialisierung von Straftätern, Täter-Opfer-Ausgleich, soziale Trainingskurse).

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Gewaltprävention eine langfristig vorbeugende Arbeit mit Interventionsstrategien zum Verhalten bei Gewalt- und Konfliktsituationen ist, die aufgrund spezifischer Kenntnisse Maßnahmen zur Konfliktregelung und Nachbearbeitung von Gewaltsituationen durchführt. Ein weiteres wichtiges Ziel der Gewaltprävention ist der Schutz der Allgemeinheit vor Gewalttaten und Straftätern. Der Ansatz der WHO zielt mit speziellen Maßnahmen auf Veränderungen auf der individuellen Ebene, der Beziehungsebene, dem kommunalen Umfeld und der Gesellschaft. Durch die WHO werden hier allgemeine Grundsätze genannt. So sollten etwa alle Formen von Gewalt thematisiert werden. Dies darf sich jedoch nicht nur auf die Jugendlichen beschränken. Insgesamt sollte eine Orientierung an Forschungsergebnissen und den theoretischen Erkenntnissen erfolgen.²³⁹

Die Strategien²⁴⁰, die sich auf eine Verhaltensbeeinflussung beziehen, sollten möglichst früh einsetzen, um eine effektive Wirkung zu entfalten. Eine Gewaltprävention sollte mit Maßnahmen erfolgen, die langfristig mit einem strategischen, nachhaltigen Denken und Handeln durchgeführt werden.²⁴¹

²³⁸ 5. Weltethos-Rede von Friedensnobelpreisträgerin Dr. Shirin Ebadi auf Einladung der Stiftung Weltethos an der Universität Tübingen, 20. Oktober 2005. In: www.weltethos.org/00--home/ebadi.htm am 23.03.2009. Zit. in: Gugel, Günther (2006): Gewalt und Gewaltprävention. Grundfragen, Grundlagen, Ansätze und Handlungsfelder von Gewaltprävention und ihre Bedeutung für Entwicklungszusammenarbeit. Tübingen: Institut für Friedenspädagogik, S. 15.

²³⁹ Vgl. Weltgesundheitsorganisation WHO (Hrsg.) (2003): Weltbericht Gewalt und Gesundheit, S. 1–73. In: http://www.who.int/violence_injury_prevention/violence/world_report/en/summary_ge.pdf am 13.10.2008.

²⁴⁰ Vgl. Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.) (2002): Düsseldorfer Gutachten. Leitlinien wirkungsorientierter Kriminalprävention. Düsseldorf: Landeshauptstadt Düsseldorf, S. 14.

Bei den Zielgruppen müssen Differenzierungen, die die Genderproblematik und die Lebensaltersstufen berücksichtigen, durchgeführt werden. Das prosoziale Verhalten muss gefördert werden, damit sich das positive Verhalten der Beteiligten verstärken kann. Es sollten auf einer multifunktionalen Mehrebenenstrategie gemeinsame Netzwerke gebildet werden. Dabei sollte eine Evaluation als Teil des Projektes gesehen werden. Bei der Gewaltprävention sollte den Akteuren jedoch auch bewusst sein, dass im Rahmen der Projektlage die Wirkungen der Aktionen nur begrenzt sein können.²⁴²

6.3 Bereiche Gewaltprävention

6.3.1 Gewaltprävention im Familienbereich

Nach D. Farrington und W. N. Welsh werden drei Grundtypen von evidenzbasierten Präventionsprogrammen in der Familie unterschieden: Risikofaktoren während der Schwangerschaft, hier in Bezug auf Alkohol-, Nikotin- und Drogenkonsum, psychische Belastungen der Mutter sowie Beziehungsprobleme zwischen den Elternteilen. Die evidenzbasierten Präventionsprogramme haben das Ziel, durch eine intensive Unterstützung während der Schwangerschaft die Erziehungskompetenzen von gefährdeten Müttern aufzubauen und Risiken zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang gibt es ein erfolgreiches und evaluiertes Programm von David Olds et al. vom National Center for Children, Families and Communities at the University of Colorado: das Prenatal/early Infancy Home visitation by nurses program.²⁴³ Dieses Programm richtet sich an gefährdete einkommensschwache junge Schwangere und ihr werdendes Kind. Durch die Einbeziehung bestehender sozialer Netzwerke wird hiermit versucht, Verhaltensweisen vorzubeugen, welche die physische, psychische und soziale Entwicklung des Kindes belasten können. Während der Schwangerschaft stehen die gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen (Alkohol-, Drogen- und Nikotinkonsum) im Vordergrund. Nach der Geburt wird der Schwerpunkt auf die Förderung von Erziehungskompetenzen, auf die Verhinderung von Kindesmisshandlung oder Kindesvernachlässigung gelegt. Die Eltern werden bei der weiteren Lebensplanung durch geeignete Maßnahmen unterstützt. Dieses Programm wurde in den späten 1970er Jahren entwickelt und in drei randomisierten Versuchen geprüft.

Die erste Studie zur Messung der Wirkungen des Programms wurde 1977 durchgeführt. Hier konnten sowohl bei den Müttern selbst wie auch bei den Kindern positive Wirkungen nachgewiesen werden. So war eine deutliche Abnahme von sozialem und gesundheitlichem Problemverhalten (weniger weitere Schwangerschaften und ein längerer Zeitraum bis zu einer weiteren Schwangerschaft) zu verzeichnen. Bei der Kontrollgruppe ließ sich eine deutliche Reduktion von Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung feststellen. Es wurde weniger Sozialhilfe in Anspruch genommen, da die Mütter später eine

²⁴¹ Vgl. Gugel, Günther (2006): Gewalt und Gewaltprävention. Grundfragen, Grundlagen, Ansätze und Handlungsfelder von Gewaltprävention und ihre Bedeutung für Entwicklungszusammenarbeit. Tübingen: Institut für Friedenspädagogik, S. 19 ff.

²⁴² Vgl. Ammer, Andreas (2004): Kommunale Kriminalprävention – Bestandsaufnahme und Perspektiven. In: Kriminalprävention in Rheinland-Pfalz. Zeitschrift des Landespräventionsrates Rheinland-Pfalz, 2/2004. S. 12. Zit. in: <http://www2.gtz.de/dokumente/bib/06-0210.pdf> am 13.10.2008.

²⁴³ Vgl. Nurse-Family Partnership. In: <http://www.nursefamilypartnership.org> am 18.11.2008.

Arbeitsstelle fanden, und die Kinder waren in ihren schulischen Leistungen erfolgreicher. Die 15-Jährigen liefen weniger von zu Hause weg und wurden seltener in kriminelle Angelegenheiten verwickelt, sie konsumierten zudem weniger Alkohol als Jugendliche in der Vergleichsgruppe.

Die nächste Gruppe von Programmen mit positiven Wirkungen sind die standardisierten Elternbildungsprogramme, welche eine problematische Erziehung reduzieren und eine die positive verstärken sollen. Hier gibt es das wissenschaftlich evaluierte Elternbildungsprogramm in der Schweiz: Das Positive Parenting Program (Triple P)²⁴⁴ von M. Sander ist ein kognitiv-behaviorales Programm, das auf die Erkenntnisse über die familiären Risiko- und Schutzfaktoren aufbaut, die mit der Entstehung von Verhaltensproblemen bei Kindern und Jugendlichen verbunden sind. Dieses Programm zur Förderung von Erziehungskompetenzen bei den Eltern hat sich in randomisierten Feldversuchen bei Familien mit erhöhtem Risikoprofil mehrfach als wirksam erwiesen.²⁴⁵

Die Ergebnisse von M. Sanders zeigen ein deutlich verbessertes Erziehungsverhalten, eine bessere psychische Ausgeglichenheit bei den Eltern, die wiederum zu weniger Konflikten zwischen den Partnern und den Jugendlichen führte, und ein Abnehmen von Problemverhalten bei Kindern. In Deutschland wird durch den Kinderschutzbund das Elternbildungsprogramm „Starke Eltern – starke Kinder“ angeboten. Hiermit soll Erziehungsstress allgemein reduziert werden, um Gewalt zu verhindern und Problemlösungskompetenzen aufzubauen.²⁴⁶

6.3.2 Gewaltprävention in der Schule

Im Bereich der Schule gibt es zwei Arten von Prävention. Der erste Ansatz verfolgt das Ziel, den Schülern jene Kompetenzen zu vermitteln, die dem Entstehen von Verhaltensproblemen entgegenwirken. Der zweite Ansatz versucht, die Schule oder das Klassenzimmer (individuell ausgerichtete Programme) als ein soziales System zu betrachten und die Interaktionen und Entscheidungen in diesem Schulhaus (auf Schule ausgerichtete Programme) mit Mediations- und Konfliktbewältigungsprogrammen sowie Informations- und Sensibilisierungskampagnen zu verbessern. Es gibt das Programm Perry Preschool Projekt von L. H. Schweinhart, V. Barnes und D. P. Weikart²⁴⁷, in dem die spätere Schulleistung der Kinder durch eine qualitativ bessere Vorschulbildung verbessert und dem schulischen Misserfolg durch ökonomische Benachteiligungen entgegengewirkt werden soll. In den Niederlanden ist das Projekt unter dem Namen Kaleidoscoop²⁴⁸ bekannt. Durch die Evaluationen konnten positive Wirkungen durch dieses Programm nachgewiesen werden.

²⁴⁴ Vgl. Institut für Familienforschung und -beratung (Hrsg.): Triple P. In: <http://www.triplep.ch> am 18.11.2008.

²⁴⁵ Vgl. Sanders, Matthew R. (1999): Triple P – Positive Parenting Program. Towards an Empirically Validated Multi-level Parenting and Family Support Strategy for the Prevention of Behaviour and Emotional Problems in Children. In: *Clinical Child and Family Psychology Review*, 2, S. 71–89.

²⁴⁶ Vgl. Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Bittel, Stephanie/Prodoliet, Simone (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Materialien zur Integrationspolitik. Bern-Wabern: Eidgenössische Ausländerkommission EKA, S. 25–35. In: <http://www.scribd.com/doc/2151289/jugendgewalt-web> am 14.11.2008.

²⁴⁷ Vgl. Schweinhart, Lawrence/Barens, Helen V./Weikart D. P. (1993): Significant Benefits the High-Scope Perry Preschool Study Through Age 27. Ypsilanti: Perry/Scope Press.

²⁴⁸ Vgl. Nederlands Jeugdinstituut/NJi (Hrsg.): Kaleidoscoop. In: <http://www.kaleidoscoop.org/> am 14.11.2008.

Ein ähnliches Projekt in Großbritannien, das Projekt Early Excellence Centers, verfolgt das Ziel einer frühzeitigen pädagogischen Förderung von Kindern. Hier werden die Kinder im frühen Lebensalter gezielt in der Bildung und der Gesundheitsförderung sowie durch eine Betreuung von Jugendlichen, die in den am stärksten benachteiligten Stadtquartieren leben, gefördert.

Die Grundidee besteht darin, die kognitiven (das sind die Fähigkeiten zur Wahrnehmung von anderen und sich selbst sowie die Fähigkeit, Impulse zu kontrollieren, Risiken angemessen einzuschätzen, Gefühle von anderen richtig zu erkennen und das Erkennen von mehreren Lösungen für eine Problemsituation zu erlernen) und sozialen Basiskompetenzen (die spezifischen Fähigkeiten, mit anderen zu kommunizieren und zu interagieren, die Bedürfnisse zu definieren und zu benennen, die Regel des Zusammenlebens zu akzeptieren und zu befolgen) ab den ersten Lebensjahren und während der gesamten Kindergarten- und Primarschulzeit zu erlernen, da dies Risikofaktoren für Gewalt darstellen. In diesem Bereich gibt es z. B. auf ihre Wirksamkeit geprüfte Projekte mit den Maßnahmen Fit und Stark fürs Leben, I Can Problem Solve und PFAD, um hier die wichtigsten zu nennen. Das am besten evaluierte Programm ist von M. Greenberg und C. Kusche (Promoting Alternative Thinking Strategies)²⁴⁹ entwickelt worden. Es handelt sich dabei um ein Programm zur Förderung alternativer Denkstrategien (Pfad) mit dem Ziel, emotionale und soziale Kompetenzen zu fördern und aggressives Problemverhalten zu verringern.

In der Schulentwicklung gibt es weiter das bekannteste und international am besten evaluierte Programm von D. Olweus, das Anti-Bullying Programm.²⁵⁰ Dieses Programm wurde in den frühen 1980er Jahren in Norwegen entwickelt und wurde bereits in den USA, in England und Deutschland evaluiert. Dieses Interventionsprogramm richtet sich an Schüler in den Pflichtschulen mit dem Ziel einer Sensibilisierung und Förderung des Wissens (Bullying-Problem), des aktiven Einbezugs der Eltern und Lehrer, der Entwicklung von Regeln zur Prävention von Bullying sowie Hilfe und Schutz für Bullying-Opfer, was auf der Schulhausebene, der Klassenebene und auf individueller Ebene durchgeführt wird.

In gleichem Bereich gibt es die Präventionsmaßnahmen Skills, Opportunities and Recognition (SOAR) von J. Hawkins und R. Catalano.²⁵¹

Es basiert auf einer umfangreichen Grundlagenforschung der beiden Programmentwickler. Auch dieses Programm zeigt signifikante positive kurz- und langfristige Effekte, wie z. B. ein weniger gewalttätiges Verhalten an der Schule, ein geringeres Problemverhalten sowie ein weniger exzessiver Alkoholkonsum. Das Programm beinhaltet eine intensive Betreuung mit Sozialtrainingskompetenzen, die positive Evaluationsergebnisse zeigen.

²⁴⁹ Vgl. University of Colorado (Hrsg.): Promoting Alternative Thinking Strategies (PATHS). In: <http://www.colorado.edu/cspv/blueprints/modelprograms/PATHS.html> am 14.11.2008.

²⁵⁰ Vgl. Olweus, Dan (1979): Stability of Agressive Reaction Patterns in Males: A Rewies. Psychological Bulletin, 86, S. 852–857. In: <http://eric.ed.gov:80/>, am 13.10.2008; vgl. auch: http://www.unf.edu/dept/fie/sdfs/program_inventory/SOAR.html am 13.10.2008.

²⁵¹ Vgl. Hawkins, David J. et al. (1998): A Review of Predictors of Youth Violence. Zit. in: Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Bittel, Stephanie/Prodoliet, Simone (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Materialien zur Integrationspolitik. Bern-Wabern: Eidgenössische Ausländerkommission EKA (Hrsg.), S. 41–51. In: <http://www.scribd.com/doc/2151289/jugendgewalt-web> am 14.11.2008.

Schließlich gibt es das Programm Responding in Peaceful an Positive Ways (RIPP)²⁵², welches in multikulturellen Schulen in den USA geprüft wurde.²⁵³ Gewaltprävention in Nachbarschaft und Freizeitbereich.²⁵⁴

Die sozialen Merkmale in den Städten durch unterschiedliche Wohnquartiere (z. B. in den Randgebieten) bestärken die soziale Benachteiligung, die etwa durch die Arbeitslosenquote oder die Sozialhilfeempfängeranzahl erkennbar ist. Es gibt eine hohe ethnische Heterogenität, die durch einen hohen Anteil aus verschiedenen ethnisch-kulturellen Gruppen besteht. Die hohe Fluktuation der Wohnbevölkerung ist durch eine hohe Frequenz von Umzugsbewegungen erkennbar. In diesen Bereichen kommen mehrere belastende Risikofaktoren zusammen, die sich wiederum in der Häufigkeit der Gewalthandlungen erkennen lassen.

R. Sampson, S. E. Raudenbush und F. Earls²⁵⁵ nennen hier die kollektive Wirksamkeit, die im Sinne des gegenseitigen Vertrauens mit einer Bereitschaft für aktiv geteilte Anliegen eingesetzt wird. Die Präventionsprogramme haben danach die Aufgabe, multizentrisch auf mehreren Ebenen von Risikofaktoren wie Familie, Schule und Freizeit einzugehen und gleichzeitig die Entwicklung der Kinder zu fördern. Weiters soll die kollektive Wirksamkeit gestärkt und Prozesse eingeleitet werden, die eine effektive Problemlösung ermöglichen. Hier gibt es als Beispiel die Communities that Chare²⁵⁶, ein Modell mit dem zentralen Ziel, die aktive Beteiligung von Quartierorganisationen und deren Mitgliedern bei der Lösung von Problemen sowie der Planung und Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen. Die Wirksamkeit dieses Modells kann kaum überprüft werden, da es sich hierbei um eine Identifikation und Umsetzung von Maßnahmen handelt. Evaluationen in Großbritannien und in Niederlanden zeigen, dass die Erfolge dabei sehr verschieden sein können, da es oft von den finanziellen Mitteln und auch häufig von der Zusammenarbeit auf organisatorischer Ebene abhängt.²⁵⁷

²⁵² Vgl. Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Bittel, Stephanie/Prodoliet, Simone (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Materialien zur Integrationspolitik. Bern-Wabern: Eidgenössische Ausländerkommission EKA (Hrsg.), S. 41-51. In: http://www.ekm.admin.ch/de/dokumentation/doku/mat_jugendgewalt_d.pdf am 14.11.2008.

²⁵³ Vgl. Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Bittel, Stephanie/Prodoliet, Simone (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Materialien zur Integrationspolitik. Bern-Wabern: Eidgenössische Ausländerkommission EKA (Hrsg.), S. 41-51. In: <http://www.scribd.com/doc/2151289/jugendgewalt-web> am 14.11.2008.

²⁵⁴ Vgl. Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Bittel, Stephanie/Prodoliet, Simone (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Materialien zur Integrationspolitik. Bern-Wabern: Eidgenössische Ausländerkommission EKA (Hrsg.), S. 51-58. In: <http://www.scribd.com/doc/2151289/jugendgewalt-web> am 14.11.2008.

²⁵⁵ Vgl. Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Bittel, Stephanie/Prodoliet, Simone (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Materialien zur Integrationspolitik. Bern-Wabern: Eidgenössische Ausländerkommission EKA (Hrsg.), S. 51-58. In: <http://www.scribd.com/doc/2151289/jugendgewalt-web> am 14.11.2008. Vgl. auch Sampson, Robert J./Raudenbush, Stephen W./Earls, Felton (1997): Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Study of Collective Efficacy.

²⁵⁶ Vgl. Hawkins, D./Catalano, R. F. (1998): Reducing violence through the schools. In Elliot, D. S. Hamburg, B.A. and Williams, K. R. (Eds.) Violence in American Schools. New York: Cambridge university Press.

²⁵⁷ Vgl. Rainer Communities that Care. In: <http://www.communitiesthatcare.org.uk> am 14.11.2008.

6.3.3 Gewaltprävention in der Jugendhilfe

An dieser Stelle sollen die Umsetzungsmöglichkeiten von Präventionsarbeit auf der lokalen Ebene aus der Sicht der öffentlichen Jugendhilfe aufgezeigt werden. Der Jugendschutz ist eine Aufgabe und ein Bestandteil der staatlichen Instrumente und wird in drei Teilbereiche untergegliedert: 1. In den gesetzlichen Jugendschutz. Die rechtlichen Grundlagen sind insbesondere z. B. in Deutschland im Jugendschutzgesetz (JuSchG) und im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) sowie in weiteren gesetzlichen Regelungen zu finden. Beim 2. erzieherischen Jugendschutz gibt es pädagogische Maßnahmen, um die Kinder und Jugendlichen zu stärken, damit sie sich vor gefährdeten Einflüssen schützen können.

Die Grundlage dafür bildet das Kinder- und Jugendhilfegesetz. Weiters besteht 3. der strukturelle Jugendschutz, der die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in ihrer Gesamtheit positiv beeinflussen soll.²⁵⁸

2007 wurde durch die Studie des Hamburger Kriminologen P. Wetzels vorgestellt, in der belegt wird, dass die schweren Gewaltvorfälle abgenommen haben und das Dunkelfeld in den letzten Jahren konstant geblieben ist. Aus den Studien ist bekannt, dass die Jugendgewalt unter bestimmten Voraussetzungen wie Armut, schlechte Wohnsituation, soziale Ausgrenzung, mangelnder Zugang zur Bildung und die dadurch unerreichbaren beruflichen Perspektiven entsteht. Zu den Risikofaktoren gehört es, wenn Jugendliche selbst Opfer von Gewalt werden. P. Wetzels beziffert die Zahl solcher Gewaltopfer auf ein Viertel aller Jugendlichen in Hamburg. Das höchste Risiko besteht dabei in der Familie mit 29,9 % und im öffentlichen Raum mit 25 %. Die Gewaltprävention ist Teil einer umfassenden Förderung der Lebenschancen und Lebenskompetenzen von Kindern und Jugendlichen, und so muss an den tiefer liegenden Ursachen angesetzt werden.²⁵⁹

6.3.4 Evidenzbasierte Gewaltprävention

Mit der evidenzbasierten Prävention soll eine Überprüfung der empirischen Forschung durchgeführt werden. Dabei soll herausgefunden werden, welche Präventionsmaßnahmen wirksam sind und welche sich negativ auswirken. Hier sind die Risiko- und Schutzfaktoren, die Eigenheiten des Individuums in seiner bestimmten Situation, die familiären Umstände, der Schulbereich, die Nachbarschaft und die Gesellschaft zu analysieren, die auf das Entstehen von Gewalt einwirken.

Ein wichtiges Kriterium für eine evidenzbasierte Prävention ist die Existenz einer möglichst gleichwertigen Kontrollgruppe, um die Wirkungen bei dieser Gruppe nachweisen zu können. Auf diese Weise kann geprüft werden, ob durch die getätigten Interventionen Veränderungen stattgefunden haben. Aus diesem Grund werden die jeweiligen Gruppen nach dem Matched Group Design (Zuteilung zu Kontroll- und Interventionsgruppe nach dem Zufallsprinzip) zusammengestellt.

²⁵⁸ Vgl. Lang, Carsten: Gewaltprävention in der Jugendhilfe - Umsetzungsmöglichkeiten aus Sicht des Jugendschutzes. In: Gollwitzer, Mario/Pfetsch, Jan/Schneider, Vera/Schulz, Andre/Steffke, Tabea/Ulrich, Christiane (Hrsg.) 2007: Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen. Aktuelle Erkenntnisse aus Forschung und Praxis. Göttingen: Hogrefe Verlag, S. 248–262.

²⁵⁹ Vgl. Pressekonferenz der GAL-Bürgerschaftsfraktion, Prävention gegen Jugendgewalt, am 17.9.2007.

Das zweite Kriterium ist ein Nachweis der angestrebten Ziele durch die Beobachter der Präventionsmaßnahmen. Die Wirkungen sollten nicht nur unmittelbar nach einer Maßnahme erkennbar, sondern über einen längeren Zeitraum hinweg beobachtbar sein. Die Präventionsmaßnahmen sind nur dann evidenzbasiert, wenn sie sich in mehreren Studien als wirksam erwiesen haben. Das Blueprints of Violence Prevention²⁶⁰ fordert mindestens drei Feldversuche, um eine Maßnahme als evidenzbasiert ansehen zu können. Dies ist der Versuch, die wissenschaftlichen Evidenzen zur Wirksamkeit von Gewaltpräventionsprogrammen zu erfassen.

Im Rahmen dieses Projektes wurden in den USA 600 Präventionsprogramme auf ihre Wirksamkeit hin überprüft. Weiters muss eine Studie aufzeigen können, welche getätigten Maßnahmen zu einer Verbesserung oder Verminderung der bestehenden Probleme geführt haben. Hier ist eine Zusammenarbeit zwischen Praxis und Forschung sowie eine systematische Übersicht über den Stand der Forschung notwendig. Die Campbell Collaboration ist eine internationale Stiftung, die weltweit über Daten evidenzbasierter und erfolgreicher Prävention und Intervention verfügt und den Akteuren zur Verfügung stellt. Hier gibt es Übersichten über die aktuelle Forschung im Bereich der Kriminalität und Justiz, über Erziehung, den Sozialstaat und die Gesundheit.²⁶¹

Der Sherman Report – Evidence-Based Crime Prevention²⁶² ist eine kritische Beurteilung von Lawrence Sherman über die Wirksamkeit der Kriminalprävention in den Bereichen Familie, Schule, Gemeinschaft, Arbeitsmarkt, Situation, Exekutive und Strafen. Dieses Informationsportal besitzt vergleichbare Übersichten über die beobachteten und evaluierten Präventionsprojekte in der internationalen Präventionsforschung. Als nächster Schritt ist die Umsetzung der Prävention dafür entscheidend, ob ein in der Forschung gut bewährtes Programm auch in der Praxis die erhoffte Wirkung erzielt. Mit der Durchführung einer Prozessevaluation wird hierfür die entsprechende Ursachenforschung betrieben. Dabei lassen sich die Gründe für die Erfolglosigkeit von Programm aufzeigen. Für die erfolgreiche Umsetzung einer Präventionsmaßnahme ist eine Bedürfnis- und Ressourcenanalyse, die Auswahl der geeigneten Präventionsprogramme, das Erreichen der gewünschten Zielpopulation mit einer Vernetzung der bestehenden Strukturen und Akteure erforderlich.²⁶³

6.3.5 Prävention im Bereich der Politik

Das Projekt „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ ist ein Bundesprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur nachhaltigen Bekämpfung von

²⁶⁰ Vgl. University of Colorado (Hrsg.): Blueprints of Violence Prevention. In: <http://www.colorado.edu/cspv/blueprints> am 19.11.2008.

²⁶¹ Vgl. The Campbell Collaboration. In: <http://campbellcollaboration.org> am 19.11.2008.

²⁶² Vgl. Sherman, Lawrence/Farrington, David P./Brandon, C. Welsh/MacKanzie, Doris Layton (2002). Evidence-Based Crime Prevention. Zit. in: Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Bittel, Stephanie/Prodolliet, Simone (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Materialien zur Integrationspolitik. Bern-Wabern: Eidgenössische Ausländerkommission EKA (Hrsg.), S. 33–50. In: <http://www.scribd.com/doc/2151289/jugendgewalt-web> am 14.11.2008.

²⁶³ Vgl. Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Bittel, Stephanie/Prodolliet, Simone (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Materialien zur Integrationspolitik. Bern-Wabern: Eidgenössische Ausländerkommission EKA (Hrsg.), S. 25–33. In: <http://www.scribd.com/doc/2151289/jugendgewalt-web> am 14.11.2008.

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie zur Stärkung der bildungspolitischen und pädagogischen Arbeit, das von 2007 bis 2010 läuft.

Dieses Programm fördert lokale Aktionspläne in Bereich der Demokratieentwicklung sowie Projekte zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.²⁶⁴

Das Ziel besteht darin, die Zivilgesellschaft zu stärken und die Werte der Toleranz und Demokratie im Rahmen der bildungspolitischen Arbeit zu vermitteln. Im Bereich der Jugendpolitik für Demokratie und Toleranz wird so versucht, ein Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und die kulturelle Vielfalt zu entwickeln. Hierbei soll die Achtung der Menschenwürde gefördert und jede Form von Extremismus, insbesondere von Rechtsextremismus, bekämpft werden.²⁶⁵

6.4 Jugendpolitik in Österreich

Österreich teilt die Kompetenzen im Bereich der Jugendpolitik zwischen dem Bund und dem Bundesländern auf. Die Landesjugendreferate der Bundesländer sind für die außerschulische Jugendarbeit verantwortlich. Diese umfasst Einrichtungen im schulischen und beruflichen Bereich der Bildung und auch die offene Jugendarbeit bei Sport-, Bildungs- und Kulturvereinen. Jugendpolitische Themen werden im Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend (BMGFJ) koordiniert und gesteuert. Hier gibt es bestimmte Arbeitsgremien, die mit den Vertretern aller Ressorts, den Sozialpartnern, den gesetzlich eingerichteten Bundesjugendvertretungen, den Ländern, Experten und NGOs bestehen. Dazu gehört die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG), auch Europäischer Pakt für die Jugend genannt. Weiter gibt es die Interministeriellen Arbeitsgruppen zum jeweiligen Bereich: Sekten, Psychogruppen und Esoterik.

Die Steuerung von jugendrelevanten Politiken erfolgt durch die finanziellen Förderungen in speziellen Bereichen, etwa die Prävention im Bereich der legalen Drogen oder zur Chancengleichheit. Letzteres soll auch in Kooperation mit dem nationalen Kampagnenkomitee in der Bundesjugendvertretung („alle anders – alle gleich“) gefördert werden. Hier soll den Jugendlichen aufgezeigt werden, welche Vorteile eine Gesellschaft mit Diversität bietet. Das Ziel dabei ist es, die Diskriminierung von Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, ethnischer Zugehörigkeit oder Behinderung abzubauen. „Wählen mit 16“ ist ein weiteres Ziel. Um einen Zusammenschluss aller Jugendinformationsstellen in Österreich zu ermöglichen, wurde die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) durch Bund und Länder gegründet.

Die Jugendinfo.cc ist eine österreichische Nationalagentur für das Informationsprogramm Eurodesk. Diese Organisation ist wiederum verbunden mit dem europäischen Dachverband der Jugendinformation European Youth Information and Counselling Agency (Eryica).

Die gesetzliche Interessenvertretung für Jugendliche ist die Bundes-Jugendvertretung (BJV), die seit dem 01.01.2001 besteht. Mit diesem Instrument hat die österreichische Jugend die Möglichkeit, bei wichtigen politischen Entscheidungen mitzureden. Ein Beispiel dafür sind die Projekte und Initiativen von

²⁶⁴ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“. In: http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4548/index_ges.html am 02.11.2008.

²⁶⁵ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Leitlinie um Programmbereich „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne). In: http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4458/e4477/Leitlinie_Entwicklung_integrierter_lokaler_Strategien_LAP.pdf am 06.11.2008.

genderize! In diesem Projekt der Bundesjugendvertretung werden die politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen von Frauen im Alter von 16 bis 30 Jahren gestärkt. Vote4future²⁶⁶ ist eine Wahlauf- und Informationskampagne für Jugendliche und Erstwähler.²⁶⁷

Laut einer Pilotstudie von Peter Filzmaier, die im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur und des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung durchgeführt wurde, sprachen sich 71 % der Befragten klar für ein eigenes Unterrichtsfach „Demokratielernen“ aus, bei einer generellen Demokratiezufriedenheit mit 69 %. 44 % der Befragten möchten die Themen Gleichbehandlung und Fragen zur Integration von Ausländern in der Schule genauer bearbeiten. 59 % der Jugendlichen erklärten die politische Bildung in der Schule als sehr oder eher wichtig. 83 % waren der Ansicht, dass politische Bildung vor allem an Schulen und Universitäten stattfinden sollte. 62 % der Jugendlichen forderten mehr Gehör für die Meinung der jungen Menschen bei den Politikern. Knapp 60 % finden die politische Partizipation als wesentlich und würden diese aktiv ausüben.²⁶⁸

6.5 Maßnahmen der EU

In der Europäischen Union wird die verstärkte Einbeziehung der Jugendlichen in die verschiedenen Politikbereiche innerhalb der einzelnen Maßnahmen und Aktionen auf Grundlage des Vertrages von Amsterdam durchgeführt. In der Europäischen Kommission sollen die Themen Bildung und das lebenslange Lernen, die Mobilität, die Beschäftigung und die soziale Integration sowie der Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit besondere Berücksichtigung finden.

Der Vertrag von Amsterdam (Artikel 113) beinhaltet den Kampf gegen jede Form von Diskriminierung. In der europäischen Ebene wird der Arbeit gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unter Jugendlichen in allen Programmen und Aktionen der Gemeinschaft eine hohe Priorität eingeräumt. Hier gibt es die Richtlinien zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft. Die Programme beinhalten Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung aus Gründen der ethnischen Herkunft, der Religion, der Weltanschauung, der Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung.²⁶⁹

Ein vom Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziertes Aktionsprogramm ist Xenos – Leben und Arbeit in Vielfalt²⁷⁰. Es beinhaltet vor allem Maßnahmen, um gegen die Ausgrenzung und Diskriminierung (Frem-

²⁶⁶ Vgl. Österreichische Kinder- und Jugendvertretung (ÖJV) (Hrsg.): Bundesjugendvertretung. In: <http://www.Jugendvertretung.at> am 03.10.2008.

²⁶⁷ Vgl. Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend (Hrsg.) (2007): Jugendpolitik in Österreich. Wien, Broschüre: S. 1-14. In: http://www.eduhi.at/dl/W16_Pilotstudie_PB_2007_Bericht_2007-04-23_Kurzfassung.pdf am 03.10.2008.

²⁶⁸ Vgl. Filzmaier, Peter (2007): Jugendliche und Politische Bildung. Pilotstudie im Auftrag des BM für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) und des BM für Wissenschaft und Forschung (BMWF) Wien. In: <http://www.donau-uni.ac.at/de/departement/politischekommunikation/news/id/10205/index.php> am 03.03.2009.

²⁶⁹ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2001): Weißbuch der europäischen Kommission KOM (2001) 681 endgültig. Neuer Schwung für die Jugend Europas. Brüssel, S.16 ff. In: http://ec.europa.eu/youth/archive/whitepaper/download/com_2003_184_de.pdf am 03.03.2009.

²⁷⁰ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Xenos. In: <http://www.xenos-de.de> am 06.11.2008

denfeindlichkeit, Intoleranz, Rassismus usw.) anzukämpfen, was auch das Ziel von Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist.²⁷¹

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) und der Ring Politischer Jugend (RPJ), das Deutsche Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK) sind verschiedene Institutionen zur multilateralen Jugendzusammenarbeit in Europa²⁷² (z. B. Europäische Jugendforum).²⁷³

Weiters gibt es zur Verbesserung der Situation von benachteiligten Kindern und Jugendlicher das Programm Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E & C).²⁷⁴

²⁷¹ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales/Europäische Union (Europäische Sozialfonds) (2007): In: http://www.esf.de/portal/generator/6734/xenos_leben_arbeiten_in_vielfalt_inhalte.html und Broschüre: Abschlussbericht. Evolution des Bundesprogramms XENOS (2007). In: http://www.esf.de/portal/generator/7120/property=data/2009_03_18_xenos_evaluationsbericht_2007.pdf S. 1-114, am 06.11.2008.

²⁷² Vgl. Deutscher Bundesjugendring. In: <http://dbjr.de> das internationale DNK, am 06.11.2008.

²⁷³ Vgl. Datenbank für internationale Jugendarbeit. Bundesrepublik Deutschland, 2008, Bonn, S. 20 ff. Zit. in: <http://www.ijab.de> (Publikationen, Bücher und Broschüren zur internationalen Jugendarbeit), am 06.11.2008.

²⁷⁴ Vgl. Regiestelle E&C der Stiftung SPI (Hrsg.) (2002): Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten. In: <http://www.eundc.de/pdf/09800.pdf> am 06.11.2008.

7 Interview

Das Experteninterview ist eine Form der qualitativen Befragung mittels Leitfaden und offenen Fragen. In dieser Befragung konnte mein Interviewpartner frei antworten. Der Leitfaden diente der Orientierung, damit die wesentlichen Aspekte nicht vergessen werden. Als Experten habe ich das Vorstandsmitglied und den Obmann des Vereins White Ribbon Österreich²⁷⁵, ein Verein von Männern zur Prävention von männlicher Gewalt, Mag. Romeo Bissuti gewählt. Dieser Verein ist die international größte Bewegung von Männern, die sich für gewaltfreies Verhalten von Männern in Beziehungen einsetzt.

Interviewpartner:

Verein White Ribbon Österreich, Verein von Männern zur Prävention von männlicher Gewalt. Mit dem Vorstandsmitglied und Obmann Herrn Mag. Remeo Bissuti. 9. Dezember 2008.

Fragen:

1) In welchem Tätigkeitsbereich sind sie tätig? Was sind Ihre Aufgabenbereiche?

Es gibt drei Bereiche, in denen ich tätig bin. Ich leite das Männergesundheitszentrum, weiter bin ich im Vorstand des Vereines White Ribbon Österreich. Hier geht es um Projekte in der Gewaltprävention in der Familie, speziell Gewalt von Männern an den Partnerinnen. Weiters bin ich freier Mitarbeiter der Wiener Männerberatung und freier Fortbildner im Männerbereich zu verschiedenen Themen wie Gewalt, Bur-schenarbeit, präventive Maßnahmen, Identitätsfindung, Sexualität, Gesundheitsthemen u. v. a.

2) Was fällt Ihnen zu Gewaltpotenzial und Jugendliche ein?

Die Datenlage einzuschätzen ist sehr, sehr schwierig. Es hängt einerseits von den Methoden ab und was gemessen wird. Welche Methoden werden hier gemessen? Wird nach Anzeigen, nach Verteilungen oder nach Befragungen von Betroffenen selbst vorgegangen? Hier gibt es unterschiedliche Ergebnisse. Zum Teil sind die Anzeigen gestiegen in bestimmten Bereichen, auch die Anzeigebereitschaft, z. B. bei Gewalt gegen Frauen. Seit Einführung des Gewaltschutzgesetzes haben sich die Anzeigen um ein Vielfaches erhöht (2007), hier sind 20 Wegweisungen pro Tag in Österreich, früher waren es ein paar in der Woche. Hier kann man nicht davon ausgehen, dass die Gewalt in der Familie zugenommen hat, sondern die Bereitschaft der Frauen, die Möglichkeit, Hilfe zu suchen, ist gestiegen. Hier war der Opferschutz ganz wichtig. Die Sensibilisierung zum Thema Gewalt ist gestiegen. Es ist notwendig, über die Studien und die Daten sich zuerst einen Überblick zu verschaffen.

Einerseits ist die Gewalt rückläufig (tendenziell gesunken), andererseits hat sie an Schwere (rücksichtsloser und ohne bremsen) zugenommen. Hier findet eine Polarisierung statt.

3) Wo sind beim Thema Gewalt die Problembereiche?

Es kommt darauf an, was unter Gewalt verstanden wird und was jeweils gemessen wird. Die Vergleichbarkeit in diesem Bereich ist besonders schwierig. Hier gibt es sehr viele methodische Probleme.

²⁷⁵ Vgl. Verein von Männern zur Prävention von männlicher Gewalt (Hrsg): White Ribbon Kampagne Österreich. In: <http://www.whiteribbon.at> am 06.12.2008.

Persönlich glaube ich, muss berücksichtigt werden, dass Gewaltverzicht sich in der Gesellschaft lohnen muss (z. B. Elias Norbert, Über den Prozess der Zivilisation 1978). Er beschreibt, wie das individuelle Gewalthandeln zugunsten organisierten, zentralisierten Gewaltmonopols aufgegeben wurde, weil die Gewaltlosigkeit sich lohnt und mehr zur Sicherheit beiträgt als umgekehrt.

In unserer hoch arbeitsorientierten Gesellschaft rentiert sich Gewaltlosigkeit, wenn damit eine Chance auf Integration gegeben ist. Wenn mein Verhalten am Arbeitsplatz sicher und persönlich garantiert ist, und es für mich lohnend ist, persönlich auf Gewalt zu verzichten. Dort, wo die sozialen und wirtschaftlichen Netzwerke der Integration nicht vorhanden sind, muss damit gerechnet werden, dass die Gewalt eine Strategie ist zur persönlichen Lebensabsicherung des Jugendlichen.

Dieses Phänomen muss im Großen und im Kleinen berücksichtigt werden. Kleinkriminalität und Kriminalität unter Jugendlichen wird besonders stark stattfinden, wo Chancen für Integration für die Jugendlichen fehlen oder der Arbeitsplatz und die Zukunftssicherung gefährdet sind. Durch Gewalt kann sich der Jugendliche körperlich durchsetzen. Hier findet ein Rückgriff auf traditionelle Männlichkeitsbilder statt. Mit diesem Verhalten hat der Jugendliche die Chance der Teilhabe an materiellen Gegenständen (Handy, Auto). Gewaltverzicht muss sich im realen Leben für Jugendliche lohnen.

4) Wie ist die Affinität zu Gewalt von weiblichen Jugendlichen?

Es ist ein Phänomen in der Literatur. In letzter Zeit gibt es mehrere Diskussionen. Ob es wirklich zugenommen hat, ist infrage zu stellen. Im Zuge durch die Emanzipation und durch die neuen Freiräume für Frauen treten die Weiblichkeitsbilder verstärkt auf. Es gibt Berichte über interessante Antiaktivitätstrainings für Frauen und Jugendliche. Die Autoren weisen auf den ganz starken Zusammenhang des Opferseins und Täterseins bei Frauen (sie sind oder waren meist Opfer in der Familien- und Beziehungsgewalt) und es besteht eine Opfer-und-Täter-Konstellation.

Frauen suchen sich im Nahraum verstärkt andere Mädchen, die sie kennen, bei den Burschen sind die Opfer eher Fremde. Die sexualisierte Gewalt findet meist im sozialen Nahbereich statt.

Die Skandalisierung der Gewalt bei Frauen ist eher gegeben als bei Burschen. Bei den Mädchen erfolgen höhere und schnellere Verurteilungen als bei Burschen.

5) Was wären z. B. Gründe für Gewalt bei Jugendlichen?

Auch hier muss eine Differenzierung gemacht werden. Die Mädchen sind in der Opferposition (Partner) und es sind gewaltbereite Männer vorhanden und präsent. Es ist eine beliebte Argumentationsfigur zu sagen, allein stehende Frauen erziehen die Burschen und es fehlen als Bezugspersonen die Männer und die Burschen werden so gewalttätig. Diese Argumentation in dieser Form stimmt nicht.

Väter geben oft ein schwieriges Rollenbild wieder (gewaltbereit). Die Jugendlichen werden durch beide Elternteile gleich viel geschlagen. Es geht nicht darum, dass man allein erziehenden Frauen die Schuld gibt. Es gibt Studien, die darauf hinweisen, dass bei allein erziehenden emanzipierten Frauen die Burschen ein emanzipiertes Männerverständnis bekommen. Untersuchungen von Hannelore Schläffer, Männer auf der Flucht (2005) zeigen, dass die Existenz des Mannes nicht ein emanzipatorisches Grundverständnis voraussetzt. Hier gibt es das Problem, dass die Alleinerziehung stark mit der Armut zusam-

mengekoppelt ist. Wenn Armut vorhanden ist, sind die Lebenschancen für den Jugendlichen von vornherein weniger vorhanden. Frauen, die allein erziehen, sind in unserer Gesellschaft die allerärmsten.

Die Burschen wenden die Gewalt an um sich zu behaupten. Ihr Männlichkeitsbild (hegemoniales Männlichkeitsbild), sich als ein „richtiger Kerl“ zu zeigen oder einen Platz in der Gesellschaft zu finden. Wenn beim Jugendlichen die erfolgreiche Symbolisierung durch die Hautfarbe, ethnischer Hintergrund oder ähnliches ausfällt, greift er zu anderen Praxen zurück, um zu zeigen, dass er „ein richtiger Mann“ ist. Die Gewaltbereitschaft gehört definitiv dazu. Männer inszenieren durch Gewalthandlung die Männlichkeit.

6) Wie ist Gewaltsituation im Bereich der Migration zu sehen?

Die Gewaltbereitschaft ist mit Einflussfaktoren wie Armut kompensiert. Jene, die von einer Chancengleichheit betroffen sind, diese „müssen“ dann zu der direkten Gewalt greifen, da sie in anderer Weise nicht über gesellschaftliche Einflussmöglichkeit und Absicherung verfügen. Anzuführen ist jedoch, dass die Personen, die sozial abgesichert sind, in raffinierte Gewaltdelikte verstrickt sein können. Gewaltverhältnisse können sehr Vieles bedeuten. Weiters ist auch zu klären, von welchen Migranten gesprochen wird? Sind es Migrantenburschen oder Mädchen aus der Türkei, Migranten aus der 2. Generation, aus Bosnien, aus Serben, aus Tschetschenien oder aus dem asiatischen Raum. Hier gibt es sehr große Unterschiede vom Hintergrund und Background, die die Jugendlichen mitbringen.

Es gibt hoch traumatisierte Familien aus dem ehemaligen Jugoslawienkrieg. In vielen Bereichen sind Zustände vorhanden, wo Trauma-Aufarbeitungen nicht stattgefunden haben. Die Burschen sind mit einem Männlichkeitsbild konfrontiert, welches einen Kampf für einen nationalen Krieg präsentiert. Was heißt das in den Köpfen der Jugendlichen, wo bosnische und andere Nationalitäten gegeneinander gekämpft haben?

Hier wird ideologisch eine aufgeladene Gewaltbereitschaft als gesellschaftlicher Standard definiert, und so ist mit einer extrem erhöhten Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen zu rechnen, aufgrund dieser Erlebnisse und Erfahrungen.

Immigration hat einen hohen Stressfaktor für alle Beteiligten. Forschungen zeigen immer wieder, dass Jugendliche aus diesem Bereich wertkonservativere Bilder haben.

Beispiel Türkei: In Istanbul gibt es mehr Schwulenbars als in Wien, trotzdem ist in Wien die türkischsprachige Community sehr wertkonservativ.

Diese Bevölkerungsgruppe ist mit Ablehnung konfrontiert und es finden keine Veränderungen statt. In Österreich gibt es durch die Bevölkerung eine Einteilung in „richtige“ Österreicher und in Ausländer. Der Rassismus bringt eine Gegenbewegung bei den Jugendlichen, die dadurch Rückbezug auf nationale Identitäten und ein Verzicht auf und totale Ablehnung der integrierenden Instrumenten (Gewaltverzicht).

Dort, wo das traditionelle islamische Bild beim Jugendlichen geprägt ist, gibt es häufig die Konfrontation mit der Stellung der Frau, die mit den Konzepten des Gesichtsverlustes und Ehreverlustes stark verbunden sind. In der Innenwelt ist die Frau und in der Außenwelt der Mann. Ein weiteres Phänomen ist bei den Migrantenjugendlichen, in der akzeptierten Gesellschaft die eigene Identität zu sichern. Das kann von Jugendlichen hier auch als Identitätsgewinnung eingesetzt werden, da andere Ressourcen fehlen und hier eine Ausgrenzung und Marginalisierung im Umfeld des Jugendlichen besteht.

Die türkischsprachigen Jugendlichen stehen zwischen den Stühlen, da die Gesellschaften parallel ablaufen. Es gibt verschiedene Generationen von patriarchalischen Strukturen. Sie sind in diese verstrickt und einerseits mit einer inneren Zerrissenheit. Das ist zugleich jedoch eine Chance für eine Entwicklung von emanzipatorischen Impulsen in patriarchalen Abhängigkeitsverhältnissen. Diese sollten bei den Jugendlichen unterstützt werden, um in eine Unabhängigkeit zu gehen und soziale Anerkennung zu erkämpfen. Jugendliche mit Know-how, das dafür notwendig ist, sollten wir unterstützen und versorgen. Leider werden die Jugendlichen durch den Rassismus in einen Rückzug der „Nationalisierung“ zurückgedrängt.

Sie spüren die Ablehnung und beziehen sich auf das Positive (hier ist es die Herkunft). –

Es gibt ein Projekt in der Gruppe mit Jugendlichen, die zu einer großen Gewaltbereitschaft neigen, ein Gesprächsklima zu schaffen. Im Einzelnen sind sie in Kontakt getreten, doch die Chancen für den persönlichen Kontakt im Gruppensetting waren kontraproduktiv. Der Druck, den Mann zu beweisen, ist in der Gruppe stärker vorhanden. Hier werden auch die anderen Bezugsgruppen (Mütter, Väter) in Gespräche geholt, um die Jugendlichen in Widersprüchlichkeiten hineinzuverwickeln. Wir stehen auch in Zusammenarbeit mit „Hocas“, das sind die Gelehrten in der Moschee und Lehrer, da sie auch in Verbindung mit den Jugendlichen stehen.

Im religiösen Bereich gibt es die Gelehrten in der Moschee, die Jugendliche auch wirklich vor Extremisierung schützen wollen und an der Integration interessiert sind. Diese Stimme durch den „Hoca“ zu den Jugendlichen ist auch sehr wichtig.

Welche anderen Bezugsquellen und Normen sind hier verfügbar? Zum Beispiel eine Community haben. Es sind hier sehr viele Geschlechtsbilder vorhanden – die Emanzipationsbewegung hat vieles erreicht, jedoch wird es nicht stattfinden, solange es eine Zweiteilung und einen Rassismus gibt. Bei Ablehnung grenzt sich der Jugendliche ab und konzentriert sich auf die eigenen Identitätswerte und unveränderbare Identitätskonstruktion. Die Gesellschaft muss sich öffnen. Der vorhandene Rassismus hemmt den Fortschritt in diesem Bereich.

7) In welchem Bereich würden Sie die Gewaltprävention durchführen? Welche Projekte sind erfolgreich?

Projekte die eine Vielzahl an Zugängen und Vielfalt an Methoden haben. Es gibt individuelle Problemlagen (hier brauchen wir originelle Methoden, die speziell auf Bedürfnisse zugeschnitten sind). Die Vielfalt vielfach, ein dichtes Netzwerk, um leichter mit gewaltpräventiven Elementen in Berührung zu kommen.

1. Vielfalt

2. die Vielfalt vielfach

8) Gewaltprävention Argumentationsfigur?

Auf jeder Ebene, Stufe braucht man spezielle Instrumente, Methoden, Angebote, die wirksam werden. Und dies möglichst auf verschiedenen Ebenen, meines Erachtens sollte es ein Methodenquerschnittsprojekt sein, das auch verschiedene Facetten von Gewaltform diskutierbar macht. Hier sollte auch die politische Frage von Gewalt verarbeitet werden. Was ist legitim und was ist nicht legitim? Vor allem bei Jugendlichen aus dem ehemaligen Jugoslawien, wo es um Krieg geht, sollte die Problematik Gewalt diskutiert werden. Mit Berücksichtigung der verschiedenen Ebenen müssen berücksichtigt werden – Geschlechtsspezifisch, Gewaltposition der Opfer zu diskutieren – Gewaltprävention aufgrund der Opfer .

Erfolgreiche Studien gibt es über Täterarbeitsprogramme als Kernvariable (Person die schon Opfer war, bei der Präventionsarbeit sollte die Opfervariable hineinbezogen werden, insbesondere bei der Männer- und Burschenarbeit. Hier sollen die Bedrohungsszenarien, die die Männer empfinden – thematisiert werden.

9) Welchen Zusammenhang sehen Sie beim Wort „Ideologien“?

Ideologien: Der Zusammenhang von Männlichkeit und Gewaltbereitschaft sind ergänzend, es gibt andere Gewichtungen und Szenarien, die auch eine wichtige Rolle spielen.

Alle Ideologien, die die starken Männlichkeitsidole in den Vordergrund rücken (religiös oder nicht religiös), das sind die Kernpunkte, wo in der Gewaltprävention angesetzt werden muss.

Hier ist zu beachten, wie hoch oder wie niedrig hier die Gewaltbereitschaft und die Hemmschwelle ist. Mit diesem Thema muss man sich auseinandersetzen.

Es müssen positive Bilder mit Männlichkeitsbildern gezeigt werden, und es muss positiv zu identifizieren sein. Es soll keine Ablehnung, sondern eine positive Identifikation erfolgen. Das ist ein wichtiger Weg, um eine positive Identifikation anzubieten.

8 Fazit

Seit Jahren unterliegt das Thema des (Rechts-)Extremismus mit seiner Vielfalt an Organisationen und Ausprägungen besonderer Aufmerksamkeit. Das Phänomen der rechten und rechtsextremen Jugendszenen wird als Gesellschaftsproblem wahrgenommen. Viele Autoren untersuchen, ob es ein episodenhaftes, vorübergehendes oder ob es sich um ein längerfristiges und verfestigtes Problem handelt. In Veröffentlichungen werden oft Behauptungen aufgestellt, wie z. B.: bei rechtsorientierten Jugendlichen handle es sich im Wesentlichen um Jugendliche in den neuen Bundesländern (in Deutschland), um vorübergehendes Protestverhalten, um radikalisierte Jugendliche aus unterprivilegierten Schichten und Ähnliches. Dies kann zwar zutreffen, doch reichen diese Feststellungen sicher nicht für eine aussagekräftige wissenschaftliche Erklärung.²⁷⁶

Bei der Betrachtung dieses Untersuchungsfeldes ist erstens festzuhalten, dass der Begriff der Gewalt viele Formen annehmen kann. So muss vor jeder Diskussion genau erörtert werden, um welchen Gewaltbegriff es handelt, um in der öffentlichen Gewaltdebatte und in der wissenschaftlichen Gewaltforschung keine Defizite und widersprüchlichen Befunde zu erhalten, die wiederum sehr schnell und beliebig von Akteuren instrumentalisiert werden können. Der begriffliche Ausgangspunkt bei jeder Studie ist klar zu nennen. Dies gilt ebenfalls für die Begriffe Jugendliche, Ideologien, politischer Extremismus, Prävention etc..

Die theoretischen Erklärungsansätze bezüglich der Entstehungs- und Ursachenmechanismen von Gewalt sind zu differenzieren. Die unterschiedlichen Aspekte können nicht für sich alleine stehen. Es liegt vielmehr ein komplexes Verursachungsmuster vor. Mehrere Theorien mit den verschiedenen theoretischen Ansätzen müssen zu einem mehrfaktoriellen Erklärungsmodell zusammengefasst werden.

Als Drittes ist eine Unterscheidung von verschiedenen Theorien, wie z. B. von verhaltensbiologischer (bzw. instinkttheoretischer), psychologischer oder soziologischer Theorie (Psychoanalytischer Ansatz, Kognitionspsychologische Ansatz, Wertezentrierter Ansatz, Deprivationstheorie, Desintegrationstheorie, Politische Kultur ...), zu beachten.

Weiters ist bei Untersuchungen und in der Forschung zu klären, um welche Daten es sich handelt und worauf diese zurückzuführen sind. Hier ist z. B. auch zwischen einer Hellfeldanalyse und einer Dunkelfeldanalyse zu unterscheiden. Die Hellfeldanalyse verarbeitet z. B. Daten, die allgemein bekannt sind (Polizeiliche Kriminalstatistik, Sicherheitsberichte der Krankenkassen etc.). Die Dunkelfeldanalyse hingegen beinhaltet die Daten, die in der Forschung durch Befragungen entstanden sind.

Bei wissenschaftlichen Diskussionen mit einem öffentlichen und sozialwissenschaftlichen Diskurs ist der Begriff des Extremismus in der Öffentlichkeit genau zu klären und abzugrenzen: Welche Institutionen und Organisationen z. B. den Begriff bereits definiert haben, und ob es überhaupt eine Autorität geben kann, um diesen zu bestimmen. Es sollte keine Stigmatisierung, Skandalisierung oder Ignoranz gegenüber den

²⁷⁶ Kaufmann-Ohl, Günther (2005): Die Legende vom Patentrezept ... im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen. Pädagogische, institutionelle und persönliche Handlungsstrategien. Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises (Hrsg.), Abteilung Kinder- und Jugendhilfe und Koordinationsstelle IKARus des Projekt Ausstiegshilfen Rechtsextremismus der hessischen Landesregierung. Wiesbaden. S. 4.

„Andersdenkenden“ erfolgen, die durch die aufsehen erregende Medienberichterstattung in der Öffentlichkeit, welches ein besonders geeignetes Mittel ist, all zu oft gefördert wird. Das schwer überschaubare Feld von „(rechts)-extremen Organisationen und Organisationsstrukturen“, „rechter Szene oder Strömungen“ darf nicht vernachlässigt werden, da die demokratischen Prinzipien des Verfassungsstaates geschützt werden müssen. Die extremistischen Bewegungen stehen genauso unter dem Schutz der Grundrechte, und so ist es die höchste Herausforderung für die staatlichen Institutionen, das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten, trotz solcher Störfaktoren wie dem Extremismus.

Durch Verbote oder durch Abwendung (die rechte Szene berücksichtigt die Verbotsgefahr und entwickelt Instrumente, um sie zu umgehen, z. B. die Gründung von Kameradschaften) bestimmter Aktivitäten dieser Szene, was ein schnelles politisches Mittel durch den Staat darstellt, können für die demokratischen Grundsätze nicht argumentiert werden.

Der ökonomische und soziale Wohlstand sind für eine demokratische Grundhaltung erforderlich, um das Vertrauen in die Regierung und das demokratische System in der Bevölkerung zu stärken, die wiederum systemfeindliche Bewegungen zu verhindern vermag.

Die vollkommene Integration jedes einzelnen Jugendlichen ist z. B. im Arbeitssystem, im Bildungssystem, in der sozialen Gesellschaft und der politischen Öffentlichkeit dauerhaft zu gewährleisten, um dadurch die Ausschlussmechanismen erst gar nicht entstehen zu lassen.

Dem Jugendlichen muss der Übergang und die Verbindung in alle gesellschaftlichen und politischen Lebensbereiche ermöglicht werden, um ihm die Bildung von politischen Überzeugungen mit Kernpunkten einer Demokratie und einer offenen Gesellschaft zugänglich zu machen. Dies kann nur erfolgreich sein mittels kollektiven, solidarischen und demokratischen Engagements, indem jedes Mitglied und jede Institution der Gesellschaft in die Aufbaumaßnahmen für Jugendliche integriert ist und durch den Staat gefördert wird.

Für ein vernünftiges Zusammenleben und einer möglichen Zivilisiertheit der Menschen, fasse ich nun zusammen:

*„Diese Vorstellung von einer wahrhaft humanen und zivilisierten Gesellschaft bedeutet die Notwendigkeit der Diskussion über die Art und Weise des menschlichen Zusammenlebens und beinhaltet die permanente Notwendigkeit kritischer Auseinandersetzungen mit den bestehenden Verhältnissen und die Befähigung der zu eben dieser Auseinandersetzung“.*²⁷⁷

²⁷⁷ Zit. Johann Dvorak: David Hume. Wissenschaft u. Religion bei Kelsen, S. 133-153. In: Tamara Ehs (Hrsg.), Hans Kelsen (2009): Eine politikwissenschaftliche Einführung. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandel AG. Hier S. 138.

9 Literatur

9.1 Literaturquellen

- Adorno, Th. W. et al. (1950): Studien zum autoritären Charakter. In: Arzheimer, Kai/Zimmermann, Kai (2008): Die Wähler der extremen Rechten 1980–2002. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Albrecht, Günther: Soziologische Erklärungsansätze individueller Gewalt und ihre empirische Bewährung. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagen, John (Hrsg.) (2002): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Arzheimer, Kai (2008): Die Wähler der extremen Rechten 1980–2002. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Backes, Uwe (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Backes, Uwe (2001): Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ), Band 46.
- Backes, Uwe (Hrsg.) (2003): Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart. Köln: Böhlau.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft, auf dem Weg in eine andere Moderne Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Bergmann, Werner (2002): Geschichte des Antisemitismus. In: Schroeder, Klaus/Alisch, Stefan/Bressan, Susanne/Deutz-Schröder, Monika/Hillmer, Uwe (Hrsg.): Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. München: Schöningh.
- Bitzan, Renate (2002): Frauen in der rechtsextremen Szene. In: Schroeder, Klaus, Alisch, Stefan/Bressan, Susanne/Deutz-Schröder, Monika/Hillmer, Uwe (Hrsg.): Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. München: Schöningh.
- BM der Justiz (BMJ) (Hrsg.) (1995): Jugendkriminalrecht als Erfüllungsgehilfe gesellschaftlicher Erwartungen (3. Kölner Symposium). 1. Aufl., Bonn: Forum-Verl. Godesberg.
- Bohnsack, Ralf (Hrsg.)/Schäffer, Burkhard/Städter, Klaus/Wild, Bodo (1995): Die Suche nach Gemeinsamkeit und die Gewalt in der Gruppe. Holligans, Musikgruppen und andere Jugendcliquen. Opladen. Leske+Budrich.
- Boos-Nünning Ursula/Karakasoglu, Yasemin, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2005): Viele Welten leben. Zur Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund. Münster: Waxmann.
- Böttgers, Andreas (1998): Gewalt und Biographie. Baden-Baden: Nomos.
- Bruhns, Kerstin/Wittmann, Svendy (2002): Ich meine, mit Gewalt kannst du dir Respekt verschaffen. Mädchen und junge Frauen in gewaltbereiten Jugendgruppen. Opladen: Leske+Budrich.

- Crutchfield, Robert/Wadsworth, Tim (2002): Armut und Gewalt. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Cospsey, Nigel (2004): Contemporary British fascism: the British National Party and the quest for legitimacy. In: Perryman, Mark (2008): Imagined Nation: England after Britain. Davis, J. Chownung (1969): The Hisotry of Violence in Amerika. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Demandt, Alexander (1997): Vandalismus. Gewalt gegen Kultur. Berlin: Siedler Verlag.
- Dudek, Peter (1990): Jugend als Objekt der Wissenschaften. Geschichte der Jugendforschung in Deutschland und Österreich 1890–1933. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Durkheim, Emile (1983): Der Selbstmord. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Dvorák, Johann: David Hume. Wissenschaft u. Religion bei Kelsen. In: Tamara Ehs (Hrsg.), Hans Kelsen (2009): Eine politikwissenschaftliche Einführung. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandel AG.
- Eatwell, Roger (2000): The rebirth of the „Extrem Right“ in Western Europe? In: parlimentary Affairs.
- Eckert, Roland/Reis, Christa/Wetzstein, Thomas (2000): Ich will halt anders sein als die anderen. Abgrenzung, Gewalt und Kreativität bei Gruppen Jugendlicher. Opladen: Leske+Budrich.
- Eisenstadt, Samuel N. (1966): Von Generation zu Generation. Altersgruppen und Sozialstruktur. In: Gerwens, Katharina (Hrsg.)/Andresen, Sabine (2005): Einführung in die Jugendforschung. Grundwissen Erziehungswissenschaft. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Enigl, Marianne/Meinhart Edith (2008): Verrückt nach Rechts. Jungwähler. In der Generation unter dreißig wählte fast jeder zweite Österreicher FPÖ und BZÖ. Das wichtigste Motiv: Die Ausländer. In: Profil (Hrsg. Christian Rainer), Nr. 41 (6. Oktober 2008).
- Erikson, Erik H. (1977): Identität und Lebenszyklus. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Fichter, Michael/Stöss, Richard/Zeuner, Bodo: Forschungsprojekt: „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“. In: Jaschke, Hans-Gerd et al. (Hrsg.) (2006): Politischer Extremismus Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fend, Helmut (1994): Die Entdeckung des Selbst und die Verarbeitung der Pubertät. Entwicklungspsychologie der Adoleszenz in der Moderne. Band 3. Bern: Göttingen.
- Fend, Helmut (2000): Entwicklungspsychologie des Jugendalters. Opladen: Leske+Budrich.
- Fuchs, Marek (Hrsg. mit J. Luedtke)/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf (2003): Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske+Budrich.
- Fukuyama, Francis (1995): Konfuzius und Marktwirtschaft. Der Konflikt der Kulturen. München: Kindler.
- Gabriel, Thomas et al. (2007): Wo junge Erwachsene und Jugendliche rassistische Deutungs- und Handlungsmuster lernen. Familienerziehung und Rechtsextremismus. In: Eidgenössisches Department des

Inneren Generalsekretariats (Hrsg.): „Rechtsextremismus“: Ursachen und Gegenmaßnahmen. Fachstelle für Rassismusbekämpfung. Broschüre NFP 40+, Bern.

Gaffer, Yvonne/Liell, Christoph (2001): Handlungstheoretische und methodologische Aspekte der dokumentarischen Interpretation jugendkultureller Praktiken. In: Werner Helsper (Hrsg.)/Heinz-Hermann Krüger/Sylke Fritzsche Sandring, Sabine/Wiezorek, Christine/Böhm-Kasper, Oliver/Pfaff, Nicolle (2006): Unpolitische Jugend?: Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik.

Galtung, Johan (1975): Strukturelle Gewalt. In: Kailitz, Steffen: Schlüsselwerke der Politikwissenschaft. VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Gaßebner, Martina/Peuker, Christian/Schmidt, Nicola/Wahl, Klaus (2003): Fremdenfeindliche und Rechtsextremisten vor Gericht: Analyse von Urteilen. In: Wahl, Klaus (Hrsg.): Skinheads, Neonazis, Mitleläufer. Täterstudien und Prävention. Opladen: Leske+Budrich.

Geden, Oliver (2006): Diskursstrategie im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gerwens, Katharina (Hrsg.)/Andresen, Sabine (2005): Einführung in die Jugendforschung. Grundwissen Erziehungswissenschaft. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Gille, Martin/Krüger, Wolfgang (Hrsg.) (2000): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16-19-Jährigen im vereinten Deutschland. DJI-Jugendservey. Opladen: Leske+Budrich.

Goffmann, Erving (Hrsg.) (2003): Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. In: Fuchs, Marek (Hrsg.)/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf (2003): Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske+Budrich.

Gollwitzer, Mario (Hrsg.)/Ulrich, Christiane/Pfetsch, Jan/Schneider, Vera/Schulz, Andre/Steffke, Tabea (2007): Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen. Aktuelle Erkenntnisse aus Forschung und Praxis. Göttingen: Hogrefe-Verlag.

Graus, Frantisek (1981): Judenpogrome im 14. Jahrhundert. Der Schwarze Tod. In: Die Juden als Minderheit in der Geschichte. Hrsg. von Bernd Martin und Ernst Schulin. 3. Aufl. München.

Griese M. Hartmut/Mansel, Jürgen (2003): Jugendtheoretische Diskurse. In: Orth, Barbara/Schwietring, Thomas/Weiß, Johannes (Hrsg.): Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Groffmann, Anne Claire (2001): Das unvollendete Drama. Jugend- und Skinheadgruppen im Vereinigungsprozess. Opladen: Leske+Budrich.

Grumke, Thomas/Klärner, Andreas/Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.) (2006): Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik – Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990. Berlin: Forum Berlin.

Grundmann, Grunhild/Pfaff, Nicolle (2000): Gewaltorientierungen und Gewaltverhalten von Schülerinnen und Schülern. Bedingungsfaktoren aus den Bereichen Schule, Familie, Peers und Freizeit. In: Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils: Rechte Glatzen, Wiesbaden: VS Verlag Sozialwissenschaften.

Guerin, Daniel (1975): Anarchismus. Begriff und Praxis. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Gugel, Günther (2006): Gewalt und Gewaltprävention. Grundfragen, Grundlagen, Ansätze und Handlungsfelder von Gewaltprävention und ihre Bedeutung für Entwicklungszusammenarbeit. Tübingen: Institut für Friedenspädagogik.

Habermas, Jürgen (1971): Technik und Wissenschaft als „Ideologie“. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Haslam, Alexander S./Turner, John C. (1998): Extremism and deviance: Beyond taxonomy and bias. In: Sozial Research.

Hawkins, D./Catalano, R. F. (1998): Reducing violence through the schools. In Elliot., D. S. Hamburg, B.A. and Williams, K. R. (Eds.) Violence in American Schools. New York: Cambridge university Press.

Heitmeyer, Wilhelm/Peter, Jörg-Ingo (Hrsg.) (1992): Jugendliche Fußballfans. Soziale und politische Orientierungen, Gesellschaftsformen, Gewalt. 2. Aufl., Berlin/Hamburg/Münster: Lit-Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm/Buhse, Heike/Liebe-Freund, Joachim/Möller, Kurt/Müller, Joachim/Ritz, Helmut/Siller, Gertrud/Vossen, Johannes (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim/München: Juventa Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.) (2002): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (2005): Deutsche Zustände Folge1/Folge2. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (zus. M. Forschungsgruppe) (Hrsg.) (1995): Gewalt. Schattenseiten der Individualisierungsprozesse bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus. Weinheim/München: Juventa Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm/Müller, Joachim (1995): Fremdenfeindliche Gewalt junger Menschen. Biographische Hintergründe, soziale Situationskontexte und die Bedeutung strafrechtlicher Sanktionen. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John, (Hrsg.) (2002): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm/Helsper, Werner (Hrsg.)//Krüger, Heinz-Hermann/Fritzsche, Sylke/Sandring, Sabine/Wiezorek, Christine/Böhm-Kasper, Oliver/Pfaff, Nicolle (2006): Unpolitische Jugend. Eine Studie zum Verhältnis von Schule Anerkennung und Politik. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Heitmeyer, Wilhelm/Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.) (2004): Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Helsper, Werner (2006): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hermann, Adam (2007): Bausteine der Politik. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hurrelmann, Klaus/Albert, Mathias/Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2006): Jugend 2006: eine pragmatische Generation unter Druck. (= Shell-Jugendstudie 15). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Hitzler, Roland/Bucher, Thomas/Niederbacher, Arne (2001): Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute. (1. Aufl.) Opladen: Leske+Budrich

Holtappels, Heinz Günter (1997): Forschung über Gewalt an Schulen. Weinheim /München: Juventa Verlag.

Eisner, Manuel (1997): Das Ende der zivilisierten Stadt? Die Auswirkungen von Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Henning, Hans Jörg/Six, Bernhard (1977): Konstruktion einer Machiavellismus-Skala. In: Zeitschrift für Sozialpsychologie, Jahrgang 8.

Hirsch, Joachim (Hrsg.)/Breyvogel, Wilfried (1986): Autonomie und Widerstand. Zur Theorie und Geschichte des Jugendprotestes. Essen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Ignazi, Piero (2002): Extreme Right Parties in Western Europe. Oxford: Oxford University Press

Imbusch, Peter (2002): Der Gewaltbegriff. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Inhetveen, Katharina (1997): Ritual, Spiel und Vergemeinschaftung bei Hardcore-Konzerten. In: Trutz von Trotha (Hrsg.), Soziologie der Gewalt. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. 2. Aufl. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

Jaschke, Hans-Gerd et al. (Hrsg.) (2006): Politischer Extremismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Jesse, Eckhard: Von der Linken lernen? – Vier rechtsextremistische Intellektuelle im Vergleich. In: Uwe Backes, (2003): Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag.

Jesse, Eckhard (Hrsg.)/Neubert, Ehrhart/Agethen, Manfred (2002): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg im Breisgau; Grunenberg, Antonia (1993): Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek bei Hamburg.

Jesse, Eckhard (Hrsg.)/Backes, Uwe (2005): Vergleichende Extremismusforschung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

John, Rene/Knothe, Holger (2007): Globalisierung und kein Ende? Zur Problemkonstruktion der neuesten sozialen Bewegung. In: Bemerkung, Ivonne/Niederbacher, Arne (Hrsg.): Die Globalisierung und ihre Kritik(er). Zum Stand der aktuellen Globalisierungsdebatte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Karstedt, Susanne (2004): Typen der Sozialintegration und Gewalt: Kollektivismus, Individualismus und Sozialkapital.

Kaufmann-Ohl, Günther (2005): Die Legende vom Patentrezept ... im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen. Pädagogisch, institutionelle und persönliche Handlungsstrategien. Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises (Hrsg.), Abteilung Kinder- und Jugendhilfe und Koordinationsstelle IKARus des Projekt Ausstiegshilfen Rechtsextremismus der hessischen Landesregierung. Wiesbaden.

Kailitz, Steffen (2004): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Keller, Jan (2003): Netzwerke „Arabische Mujahedin“ und ihre Bezüge in Deutschland. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2003): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 15, Baden-Baden.

Kenzo, Rena (2005): Bücherfrauen und Labelmädel. Von extrem rechten HändlerInnen. In: Antifaschistisches Frauennetzwerk, Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hrsg.): Braune Schwestern?: Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten. 1. Auflage. Münster: Unrast.

Kleinert, Cornelia/Kijke, Johann de (2000): Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und Erwachsenen. Schriftenreihe Band 368. Bonn.

Kühnel, Wolfgang/Matuschek, Ingo (1994): Soziale Netzwerke und Gruppenprozesse Jugendlicher: Ein Nährboden rechter Mobilisierung? Forschungsjournal, Jg. 7, Heft 4.

Kühnel, Wolfgang: Die Forschungssituation zu Gewaltphänomenen und Gewaltentstehung bei Jugendlichen. In: Henning, Claudia (1995): Jugend und Gewalt: Sozialwissenschaftliche Diskussion und Handlungsansätze. Eine Dokumentation, Informationszentrum für Sozialwissenschaften, Bonn

Lang, Carsten: Gewaltprävention in der Jugendhilfe - Umsetzungsmöglichkeiten aus Sicht des Jugendschutzes. In: Gollwitzer, Mario/Pfetsch, Jan/Schneider, Vera/Schulz, Andre/Steffke, Tabea/Ulrich, Christiane (Hrsg.) 2007: Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen. Aktuelle Erkenntnisse aus Forschung und Praxis. Göttingen: Hogrefe Verlag.

Lamnek, Siegfried (1993): Qualitative Sozialforschung, Bd. 1, Methodologie. In: Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf (2003): Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske+Budrich.

Liell, Christoph (2002): Gewalt in modernen Gesellschaften - zwischen Ausbeutung und Dramatisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ), Band 44.

- Luckmann, Thomas/Döring, Heinrich/Zulehner, Paul M. (1981): Anonymität und persönliche Identität. In: Schäfers, Bernhard (Hrsg.)/Scherr, Albert (2005): Jugendsoziologie. Einführung in die Grundlagen und Theorien. 8., umfassend aktualisierte und überarbeitete Aufl., Wiesbaden: VS-Verlag.
- Mannheim, Karl (1930): Ideologie und Utopie. Bonn: F. Cohen Verlag.
- Mansel, Jürgen (2001): Angst vor Gewalt. Eine Untersuchung zu Hintergründen und Folgen von Kriminalität im Jugendalter. Journal für Konflikt und Gewaltforschung (JKG) 2 (1). (Hrsg.): Institut für interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung.
- Mansel, Jürgen/Raithel, Jürgen (Hrsg.) (2004): Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelheitsbefunde im Vergleich. Weinheim/München: Juventa Verlag.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1847/48): Manifest der Kommunistischen Partei. In: Wimmer, Hannes (2000): Die Modernisierung politischer Systeme. Staat, Parteien, Öffentlichkeit. Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag.
- Merten, Klaus (1999): Gewalt durch Gewalt im Fernsehen? Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Möller, Kurt (1998): Extremismus. In: Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen: Leske+Budrich.
- Möller, Kurt (Hrsg.)/Nils, Schuhmacher (2007): Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Melzer, Wolfgang/Ehninger, Frank (2002): Veränderung der Schulkultur als Ansatz schulischer Gewaltprävention. (AupZ) Band 44.
- National-Zeitung (NZ), Nr. 16/2007, S. 4 und Nr. 10/2007, S. 5.
- Neidhardt, Friedhelm (1989): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt aus soziologischer Sicht. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John, (Hrsg.) (2002): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Neidhardt, Friedhelm (1986): Gewalt – Soziale Bedeutungen und sozialwissenschaftliche Bestimmung des Gewaltbegriffs. In: Bundeskriminalamt (Hrsg.) (1985): Was ist Gewalt? – Auseinandersetzung mit einem Begriff – Band I. Strafrechtliche und sozialwissenschaftliche Darlegung. Sonderband der BKA-Forschungsreihe: Würzburg.
- Nohl, Arnd-Michael (2000): Migration und Differenzerfahrung. Junge Einheimische und Migranten im rekonstruktiven Milieuvergleich. Opladen: Leske+Budrich.
- Nummer-Winkler, Gertrud (2004): Überlegungen zum Gewaltbegriff. In: Heitmeyer Wilhelm/Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.) (2004): Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Oesterreich, Detlef (1996): Flucht in die Sicherheit. Zur Theorie des Autorismus und der autoritären Reaktion. Opladen: Leske+Budrich.

Oesterreich, Detlef (1993): Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Weinheim: Juventa Verlag.

Pfaff, Nicolle/Fritsche, Sylke: Gewalt – Erfahrungen, Einstellungen und Verhaltensweisen Jugendlicher in Schule und Gleichaltrigengruppe. In: Helsper, Werner (2006): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Analysen zu gesellschaftlichen Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Pfahl-Traughber, Armin (2000): Politischer Extremismus – was ist das überhaupt? In: Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre Dienst der inneren Sicherheit. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Köln/Berlin/Bonn/München. Oder in: Jaschke, Hans-Gerd et al. (Hrsg.) (2006): Politischer Extremismus Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Pfahl-Traughber, Armin (2003): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. In: Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf: Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske+Budrich.

Pfahl-Traughber, Armin: Ideologien des islamistischen, linken und rechten Extremismus. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckard (2006): Gefährdung der Freiheit: extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Pfeiffer, Christian/Delzer, Ingo/Enzmann, Dirk/Wetzels Peter (1998): Ausgrenzung, Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen. In: DVHH (Hrsg.): Kinder und Jugendliche als Opfer und Täter. Prävention und Reaktion. Dokumentation des 24. Deutschen Jugendgerichtstages in Hamburg. In: Raithel, Jürgen/Mansel, Jürgen (Hrsg.): Kriminalität und Gewalt im Jugendalter: Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich. Juventa Verlag.

Pickel, Gert (2002): Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen in Deutschland nach der Vereinigung? Opladen: Leske+Budrich.

Popp, Ulrike (1994): Geteilte Zukunft. Lebensentwürfe von deutschen und türkischen Schülerinnen und Schülern. Opladen: Leske+Budrich.

Rokeach, Milton (1960): The Open and Closed Mind. Investigation into the Nature of Belief Systems and Personality Systems. In: Schumann, Siegfried (2001): Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu Parteien. Der Einfluss von Persönlichkeitseigenschaften auf Einstellungen zu politischen Parteien. Oldenburg: Wissenschaftsverlag.

Roth, Roland/Rucht, Dieter (1994): Weder Rebellion noch Anpassung: Jugendproteste in der BR 1950–1994. In: Dies. (Hrsg.) (2000): Jugendkulturen, Politik und Protest, Opladen: Leske+Budrich.

Robert K. (1959): Social Conformity, Deviation, and Opportunity-Structures. A comment on the Contributions of Dubin and Cloward. In: American Sociological Review.

Rommelspacher, Birgit (2006): Der Hass hat uns geeint. Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.

Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.

Rucht, Dieter (2002): Gewalt und neue soziale Bewegungen. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Sanders, Matthew R. (1999): Triple P – Positive Parenting Program. Towards an Empirically Validated Multilevel Parenting and Family Support Strategy for the Prevention of Behaviour and Emotional Problems in Children. In: Clinical Child and Family Psychology Review.

Schatz, Günther: Gewaltprävention. In: Becker-Textor, Ingeborg/Textor, Martin (Hrsg.) (1990–2005): SGB VIII – Online-Handbuch. In: www.sgbviii.de/S84.html, am 11.11.2008. In: Gugel, Günther (2006): Gewalt und Gewaltprävention. Grundfragen, Grundlagen, Ansätze und Handlungsfelder von Gewaltprävention und ihre Bedeutung für Entwicklungszusammenarbeit. Tübingen: Institut für Friedenspädagogik.

Schäfers Bernhard (Hrsg.)/Scherr, Albert (2005): Jugendsoziologie. Einführung in die Grundlagen und Theorien. 8., umfassend aktualisierte und überarbeitete Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Scherger, Simone (2007): Destandardisierung, Differenzierung, Individualisierung. Westdeutsche Lebensläufe im Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Scherr, Albert (2003): Konturen einer genuin soziologischen Jugendforschung. In: Mansel, Jürgen/Griese, Hartmut M./Scherr, Albert (Hrsg.): Theoriedefizite der Jugendforschung: Standortbestimmung und Perspektiven. Weinheim/München: Juventa Verlag.

Schubert, Klaus/Klein, Martina (2006): Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz.

Schultze, Thomas/Gross, Almut (1997): Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen. Hamburg: Konkret Literatur Verlag.

Schneider, Wolfgang (2008): Die Marxsche Vision. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.

Schroeder, Klaus/Alisch, Steffen/Bressan, Susanne/Deutz-Schröder, Monika/Hillmer, Uwe (Hrsg.) (2002): Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. München: Schöningh.

Schubarth, Wilfried/Kolbe, Fritz-Ulrich/Willems, Helmut (Hrsg.) (1996): Gewalt an Schulen. Ausmaß, Bedingungen und Prävention. Quantitative und qualitative Untersuchungen in den alten und neuen Ländern. Opladen: Leske+Budrich.

Schultze, Rainer-Olaf/Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2004): Extremismus. In: Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. 2. aktual. u. erw. Aufl., München: C. H. Beck.

Silbereisen, Rainer K./Walper S. (1987): Familiäre Konsequenzen ökonomischer Einbußen und ihre Auswirkung auf die Bereitschaft zu normverletzenden Verhalten bei Jugendlichen. In: Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf (2003): Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske+Budrich.

- Silbereisen, Rainer K. (Studie von Galambos, 1987): Einflüsse des Einkommens des Wandel und die elterliche Akzeptanz auf jugendliche Transgression Anfälligkeit und Peer-Beziehungen. In: Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf (2003): Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske+Budrich.
- Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (Hrsg.) (2007): Österreich: Zahlen, Daten, Fakten 07/08, 3. Auflage. Wien.
- Stöss, Richard (1999): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. In: Schroeder, Klaus/Alisch, Stefan/Bressan Susanne/Deutz-Schröder, Monika/Hillmer, Uwe (Hrsg.) (2002): Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. München: Schöningh.
- Sturzbecher, Dietmar/Hess, Markus/Them, Wiebke (2002): Jugendgewalt und Reaktionen des sozialen Umfelds. In: Sturzbecher, Diemar (Hrsg.): Jugendtrends in Ostdeutschland. Bildung, Freizeit, Politik, Risiken. Opladen: Leske+Budrich.
- Strzoda, Christiane/Zinnecker, Jürgen/Pfeffer, Christiane (1996): Szenen, Gruppen, Stile. Kulturelle Orientierungen im Jugendraum. In: Silbereisen, R. K. u. a. (Hrsg.): Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996. Opladen: Leske+Budrich.
- Süss, Gunter (Hrsg.)/(2007): HipHop meets Academia. Globale Spuren eines lokalen Kulturphänomens. Studien zur Popularmusik. Bielefeld: transcript Verlag
- Tillmann, Klaus-Jürgen et al. (1999): Geschlechtersozialisation und Gewalt an Schulen (Arbeits- und Ergebnisbericht des gleichnamigen Forschungsprojektes für die Deutsche Forschungsgemeinschaft). Bielefeld.
- Tertilt, Hermann (1996): Turkish Power Boys. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Tertilt, Hermann (1997): Raue Rituale. Beleidigungsduelle der Turkish Power Boys. In: Breyvogel, Wilfried (Hrsg.) (2005): Jugendkulturen im 20. Jahrhundert. Ein Überblick. Eine Einführung in Jugendkulturen. Veganismus und Tattoos. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Theunert, Helga (1987): Gewalt in den Medien – Gewalt in der Realität: gesellschaftliche Zusammenhänge und pädagogisches Handeln. Schriftenreihe des Institut Jugend, Film, Fernsehen, München, 9. Opladen: Leske+Budrich.
- Tillman, Klaus-Jürgen et al. (1999), Grundmann, Gunhild/Pfaff, Nicolle (2000a), Melzer, Wolfgang/Ehninger, Frank (2002): Schulevaluation (1998). In: Helsper, Werner (2006): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Trotha, Trutz von (1997): Zur Soziologie der Gewalt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 1. Auflage.

- Ulbrich-Herrmann, Matthias (1998): Zur Verbreitung von gewaltbefürwortenden Einstellungen und Gewaltverhalten. In: Heitmeyer, Wilhelm/Collmann, Birgit/Conrads, Jutta: Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus. Weinheim: Juventa Verlag.
- Weber, Max (1956): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. In: Käsler, Dirk (1995): Max Weber: eine Einführung in Leben Werk und Wirkung. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Weller, Christoph (2003): Gewalt - politischer Begriff und friedenswissenschaftliche Konzepte. Zur Kritik der Gewaltfreiheit des Friedens. In Calließ Jörg/Weller, Christoph (Hrsg.): Friedenstheorie: Fragen – Ansätze – Möglichkeiten (Loccumer Protokoll 31/30). Rehburg Loccum: Ev. Akademie Loccum.
- Wetzstein, Thomas u. a. (2005): Jugendliche Cliques. Zur Bedeutung der Cliques und ihrer Herkunftswelten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Willems, Helmut/Eckert, Roland/Würtz, Stefanie/Steinmetz, Linda: Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation. In: Heitmeyer Wilhelm/Hagan John (Hrsg.) (2002): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Willems, Helmut/Würtz, Stefanie/Eckert, Roland (1993): Fremdenfeindliche Gewalt: Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozesses. Forschungsbericht für das Bundesministerium für Frauen und Jugend. In: Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Luedtke, Jens/Baur, Nina (2005): Gewalt an Schulen 1994-1999-2004. Landeszentrale für politische Bildung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wimmer, Hannes (2000): Die Modernisierung politischer Systeme. Staat, Parteien, Öffentlichkeit. Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag.
- Winkler, Jürgen R. (1996): Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren. In: Jaschke, Hans Gerd/Winkler, Jürgen R. (Hrsg.) Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (PVS Sonderheft 27). Opladen: Leske+Budrich.
- Winkler, Jürgen R. (2001): Rechtsextremismus. Gegenstand – Erklärungsansätze – Grundprobleme. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.) (2001): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Leske+Budrich.

9.2 Internetquellen

- Ammer, Andreas (2004): Kommunale Kriminalprävention – Bestandsaufnahme und Perspektiven. In: Kriminalprävention in Rheinland-Pfalz. Zeitschrift des Landespräventionsrates Rheinland-Pfalz, 2/2004. S. 12. In: <http://www2.gtz.de/dokumente/bib/06-0210.pdf>, am 13.10.2008.
- Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens, dt. „Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Nutzen der Bürger“ (Attac) Netzwerk. In: <http://attac-netzwerk.de/index.php?id=244>, am 21.10.2008.

Baier, Dirk (2008): Entwicklung der Jugenddelinquenz und ausgewählter Bedingungsfaktoren seit 1998 in den Städten Hannover, München, Stuttgart und Schwäbisch Gmünd (KFN-Forschungsbereich; Nr. 104). Hannover: KFN.

Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration

In: http://www.integrationsbeauftragte.de/download/Memorandum_Endfassung.pdf, September 2005, am 19.10.2008.

BM für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Xenos.

In: <http://www.xenos-de.de>, am 06.11.2008

BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“.

In: http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4548/index_ger.html, am 02.11.2008.

BM für Arbeit und Soziales/Europäische Union (Europäische Sozialfonds) (2007):

In: http://www.esf.de/portal/generator/6734/xenos_leben_arbeiten_in_vielfalt_inhalte.html

und Broschüre: Abschlussbericht. Evolution des Bundesprogramms XENOS (2007). In:

http://www.esf.de/portal/generator/7120/property=data/2009__03__18__xenos_evaluationsbericht__2007.pdf, S. 1-114, am 06.11.2008.

BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Leitlinie um Programmbereich „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne). In:

http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4458/e4477/Leitlinie_Entwicklung_integrierter_lokaler_Strategien_LAP.pdf, am 06.11.2008.

BM für Gesundheit, Familie und Jugend (BMGFJ) (Hrsg.) (2007): Junge Frauen und Männer in Österreich. Statistiken rund um die Jugend in Österreich. Wien. In:

http://www.bmgfj.gv.at/cms/site/attachments/6/7/5/CH0618/CMS1192607370262/junge_frauen_maenner.pdf, am 03.03.2009.

BM für Gesundheit, Familie und Jugend (BMGFJ), Abt. II/2 (Hrsg.): Jugendwohlfahrt und Kinderrechte

(2007): Orthofer, Maria/Ferenci, Beatrix: Die Rechte von Kindern und Jugendlichen, Kinderrechtskonvention. Broschüre: S. 4-13. In: <http://www.eltern-bildung.at/eb/downloads/kinderrechte2.pdf>, am 09.09.2008.

BM für Gesundheit, Familie und Jugend (BMGFJ) (Hrsg.) (2007): Jugendpolitik in Österreich. Wien, Broschüre: S. 1-14.

In: http://www.eduhi.at/dl/W16_Pilotstudie_PB_2007_Bericht_2007-04-23_Kurzfassung.pdf, am 03.10.2008.

BM für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK): Programme for International Student Assessment (PISA) 2006. Vergleich von Schülerleistungen: Internationales Projektzentrum für Vergleichende Bildungsforschung (ZVB) (Hrsg.). Universität Salzburg, Pressinformation.

In: <http://www.pisa-austria.at/pisa2006/ergebnisse.htm>, am 17.09.2008 und in:

http://www.bifie.at/sites/default/files/publikationen/2007-12-04_pisa-2006-studie.pdf, am 17.09.2008.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (2008): Rechtsextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin und in: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2007.pdf, am 21.08.2008.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (2008): Verfassungsschutz – was wir für Sie tun. Zit. in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.) (2008): In: Bundesministerium des Innern. Berlin, Broschüre. S. 5.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (2008): Islamismus aus der Perspektive des Verfassungsschutzes, Zit. in Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.) (2008): In: Bundesministerium des Innern. Berlin, Broschüre. S. 7 f. In: <http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/linksextremismus>, am 03.03.2009.

Bundesausschuss Politische Bildung. In: <http://www.bap-politischebildung.de>, am 19.10.2008.

Busset, Thomas: Centre international d' étude du sport (Cies) Forschungsprojekt: Das Fussballstadion als Treffpunkt und als Ort der Rukrutierung und der Geselligkeit der extremen Rechten? Neuchatel. In: http://www.snf.ch/SiteCollectionDocuments/medienmitteilungen/MK_240209/mm_09feb24_zfbuch_d.pdf, am 10.03.2009.

Citizenship Foundation. In: <http://www.citizenshipfoundation.org.uk/> am 11.10.2008.

Datenbank für internationale Jugendarbeit (IJAB) (2008): Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland. Kapitel 2.1. Situation der Kinder und Jugendlichen. Bonn. S. 4 und 5.

In: <http://www.ijab.de/wai1/showcontent.asp?themaID=903> und in: http://www.ijab.de/downloads/länderfachprogramme/großbritannien/AA_Bericht_Jugendbegegnung_Juni.pdf, am 11.10.2008.

Datenbank für internationale Jugendarbeit, Deutschland (IJAB) (2008)

In: <http://www.ijab.de>, am 19.10.2008 und in: <http://www.ijab.de/wai1/showcontent.asp?themaID=903>, am 19.10.2008.

Datenbank für internationale Jugendarbeit (IJAB). Bundesrepublik Deutschland, 2008, Bonn, S. 20 ff.

In: <http://www.ijab.de> (Publikationen, Bücher und Broschüren zur internationalen Jugendarbeit), am 06.11.2008.

Decker, Oliver/Geißler, Normann/Brähler, Elmar (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Forum Berlin. In: <http://library.fes.de/pdf-files/do/05433.pdf>, 03.04.2009.

Deutsches Bundeskriminalamt.

In: <http://www.bka.de>, am 19.10.2008.

Deutscher Bundestag.

In: http://bundestag.de/bic/presse/2005/pz_050322.html, am 02.05.2005.

Deutscher Bundesjugendring.

In: <http://dbjr.de>, das internationale DNK, am 06.11.2008.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

In: <http://www.dkp.de/>, am 28.09.2008.

Deutsche Shell Holding GmbH: Shell-Jugendstudien.

In: <http://www.shell-jugendstudie.de>, am 19.11.2008.

Deutsche Stimme, Nr. 10/2007, S. 3.

In: <http://www.deutsche-stimme.de/>, am 28.09.2008.

Die Linke (Hrsg.) (2008): Das Marxistische Forum.

In: <http://die-linke.de/index.php?id=2065&type=123>, am 28.09.2008.

Die neue Rechte (DVU)

In: <http://www.dvu.de/>, am 28.09.2008.

Dubey, Jean-P. (Hrsg.)/Malatesta, Dominique/Busset, Thomas/Jaccoud, Christophe (2008): Das Fussballstadion als Treffpunkt und als Ort der Rekrutierung und der Geselligkeit der extremen Rechten? Nationales Forschungsprojekt 40+, Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. In: <http://www.nfp40plus.ch/>, am 03.03.2009.

Edinger, Michael/Hallermann, Andreas/Schmitt, Karl (2005): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2005. In:

http://www.thueringen.de/imperia/md/content/homepage/th_ringen_monitor_2005_endfassung.pdf, am 28.09.2008.

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) (2007): Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und Männer, Informationsblatt 6. In:

http://www.ebg.admin.ch/themen/00009/00089/00093/00275/index.html?lang=de&download=NHZLpZeg7t,lnp6l0NTU042l2Z6ln1acy4Zn4Z2qZpnO2Yuq2Z6gpJCDdH93gmym162epYbg2c_JjKbNoKSn6A--, am 16.09.2008.

Eidgenössisches Department des Inneren (EDI), Generalsekretariat GS-EDI. Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hrsg.) (2007): Jugendliche und Rechtsextremismus: Opfer, Täter, Aussteiger. Projekt: NFP 40+: Rechtsextreme Jugendliche: Ausstiegsmotivation und familiäre Sozialisation. In:

www.edi.admin.ch/shop/00019/00134/index.html?lang=de&download=NHZLpZig7t...s-, am 10.03.2009.

Eidgenössische Ausländerkommission EKA:

Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Bittel, Stephanie/Prodoliet, Simone (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Materialien zur Integrationspolitik. Bern-Wabern. S. 41-51. In: http://www.ekm.admin.ch/de/dokumentation/doku/mat_jugendgewalt_d.pdf, am 14.11.2008.

Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Bittel, Stephanie/Prodoliet, Simone (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Materialien zur Integrationspolitik. Bern-Wabern. In: <http://www.scribd.com/doc/2151289/jugendgewalt-web>, am 14.11.2008.

Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Bittel, Stephanie/Prodoliet, Simone (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Materialien zur Integrationspolitik. Bern-Wabern: Eidgenössische Ausländerkommission EKA (Hrsg.), S. 51–58. In: <http://www.scribd.com/doc/2151289/jugendgewalt-web>, am 14.11.2008.

Siehe auch: Sampson, Robert J./Raudenbush, Stephen W./Earls, Felton (1997): Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Study of Collective Efficacy.

Every Child Matters: Teenage pregnancy.

In: <http://www.everychildmatters.gov.uk/teenagepregnancy>, am 11.10.2008.

Education Maintenance Allowance (EMA)

In: <http://ema.direct.gov.uk>, am 11.10.2008.

Eurobarometer.

In: http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm, am 23.10.2008.

Eurobarometer 67, National Reports, Erste Ergebnisse, S. 15–16.

In: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb67/eb67_en.htm, am 23.10.2008.

Eurobarometer Flash 189a, Q20b.

In: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb189a/eb189a_en.htm, am 23.10.2008.

Eurobarometer Flash 202/2007, Q202.

In: <http://ec.europa.eu>, am 23.10.2008.

Filzmaier, Peter (2007): Jugendliche und Politische Bildung. Pilotstudie im Auftrag des BM für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) und des BM für Wissenschaft und Forschung (BMWF) Wien.

In: <http://www.donauuni.ac.at/de/departement/politischekommunikation/news/id/10205/index.php>, am 03.03.2009.

Fraktion Die Linke

In: <http://www.linksfraktion.de/>, am 28.09.2008.

Gabriel, Thomas (2007): Familienerziehung und Rechtsextremismus. Nationales Forschungsprojekt 40+, Schweizerischer Nationalfonds zu Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

In: <http://www.nfp40plus.ch/topic4352/story15442.html>, am 03.03.2009.

Gemeinschaft Deutscher Frauen (GDF)

In: <http://www.g-d-f.de>, am 29.09.2008.

Hawkins, David J. et al. (1998): A Review of Predictors of Youth Violence. Zit. in: Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Bittel, Stephanie/Prodoliet, Simone (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Materialien zur Integrationspolitik. Bern-Wabern. S. 41–51.

In: <http://www.scribd.com/doc/2151289/jugendgewalt-web>, am 14.11.2008.

Hitzler, Roland (2000): Jugendszenen in Nordrhein-Westfalen. Strukturen und Veränderungen. Expertise zum 7. Kinder- und Jugendbericht der LR NRW. Düsseldorf: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes (Hrsg.), S. 1 f. In: <http://www.129.217.205.15/>, am 08.09.2008.

Institut für Familienforschung und -beratung

In: <http://www.triplep.ch>, am 18.11.2008.

Interview-Auszug von Ludwig Greven, Multimedia mit dem Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer über die wachsende Gewalt, Abstiegsängste der Mitte und den Einfluss der Rechtsextremisten. Zeit Online (2007): In: <http://www.zeit.de/online/2007/15/gewalt-heimmeyer>, am 30.03.2007.

Interview mit dem Bielefelder Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer.

In: <http://www.zeit.de/online/2009/02jugend-protest-deutschland>, am 06.05.2009.

Jesse, Eckard/Urban, Johannes (2008): Extremismus und innere Sicherheit. In: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Innere Sicherheit in Deutschland. Politische Studien. Themenheft 1/2008. Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehens, 59. Jg., S. 67–77. In: <http://hss-rd.nt.e-7.com/2957.shtml>, am 03.04.2009.

Jesse, Eckhard: „Extremistische Parteien“ – Worin besteht der Erkenntnisgewinn? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ) 47/2008, Beilage: Extremistische Parteien, S. 7–12.

In: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2008/47/Beilage/002.html>, 04.05.2009.

Jesse, Eckard: Extremistische Parteien – Worin besteht der Erkenntnisgewinn? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 47, S. 7-12 In:

http://www.bpb.de/suche/,,.html?all_search_action=search&all_search_text=extremismus&x=0&y=0, am 15.12.2008.

Jesse, Eckard: Extremistische Parteien – Worin besteht der Erkenntnisgewinn? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 47, S. 7–12 In:

http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=C27F65&page=3, am 15.12.2008.

Youth Justice board (YJB). In:

<http://www.yjb.gov.uk/publications/Scripts/prodView.asp?idproduct=285&eP>, am 11.10.2008.

Jugendgerichtsgesetz (JGG). In:

<http://www.jusline.at/index.php?cpid=ba688068a8c8a95352ed951ddb88783e&lawid=46&paid=1>, am 16.09.2008.

Klemun, Magdalena: Kriminalität: Wie böse ist die Jugend wirklich?

In: Die Presse, Panorama, Jugend, 22.04.2009 und in:

<http://diepresse.com/home/panorama/jugend/472962/index.do>, am 04.05.2009.

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2001): Weißbuch der europäischen Kommission KOM (2001) 681 endgültig. Neuer Schwung für die Jugend Europas. Brüssel, S.16 ff.

In: http://ec.europa.eu/youth/archive/whitepaper/download/com_2003_184_de.pdf, am 03.03.2009.

Kompetenzen fördern.

In: <http://www.kompetenzen-foerden.de>, am 03.10.2008, terre des hommes Deutschland e. V. In: <http://www.tdh.de/content/materialien/download/index.htm?&action=details&id=171>, am 19.10.2009

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KfN).

In: <http://www.kfn.de/Publikationen/KFN-Forschungsberichte.htm>, am 10.03.2009.

Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.) (2002): Forschungsprojekt: Düsseldorfer Gutachten. Leitlinien wirkungsorientierter Kriminalprävention. Düsseldorf: Landeshauptstadt Düsseldorf.

In: duesseldorf.de/download/dg.pdf, am 04.01.2009.

Mudde, Cas: „Extremistische Parteien“ – Worin besteht der Erkenntnisgewinn? Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ) 47/2008, Beilage: Extremistische Parteien, S. 12–18. In:

<http://www.bundestag.de/dasparlament/2008/47/Beilage/002.html>, am 04.05.2009.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

In: <http://www.npd.de/>, am 30.09.2009.

National Statistics/Home Office (Hrsg.) (2007): Smoking, drinking and drug use among young people in England in 2006: headline figures. In:

<http://www.ic.nhs.uk/webfiles/publications/youngpeopledrugmisuse2006/SDD06%20SPN%20v7%20formatted.pdf>, am 11.10.2008;

Nederlands Jeugdinstituut (NJI) (Hrsg.): Kaleidoscoop.

In: <http://www.kaleidoscoop.org/>, am 14.11.2008.

Nurse-Family Partnership.

In: <http://www.nursefamilypartnership.org>, am 18.11.2008.

Offizieller Amtshelfer für Österreich: help.gv.at (: Geschäftsfähigkeit Jugendlicher.

In: <http://www.help.gv.at/Content.Node/38/Seite.380500.html>, am 03.03.2009.

Office for National Statistics: nomis official labour market statistics:

In: <http://www.nomisweb.co.uk>, am 11.10.2008.

Olweus, Dan (1979): Stability of Aggressive Reaction Patterns in Males: A Review. Psychological Bulletin, 86, S. 852–857. In: <http://eric.ed.gov:80/>, am 13.10.2008 und in:

http://www.unf.edu/dept/fie/sdfs/program_inventory/SOAR.html, am 13.10.2008.

Österreichische Kinder- und Jugendvertretung (ÖJV)

In: <http://www.Jugendvertretung.at>, am 03.10.2008.

Rainier Communities that Care.

In: <http://www.communitiesthatcare.org.uk>, am 14.11.2008.

Regiestelle E&C der Stiftung SPI (Hrsg.) (2002): Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten. In: <http://www.eundc.de/pdf/09800.pdf>, am 06.11.2008.

Ring nationaler Frauen (RNF)

In: <http://www.ring-nationaler-frauen.de>, am 29.09.2008.

Schneider, Silke (1999): Die Weiterentwicklung Mertons Anomietheorie – Ein Überblick über Kritikpunkte und Modifikationen.

In: http://infosoc.uni-koeln.de/fs-soziologie/texte/Hausarbeit_Anomietheorie.htm, am 18.08.2008.

Schneider, Claudia: Die Schule ist männlich?! Überlegungen aus der Genderperspektive. In: Zeitung der Plattform gegen die Gewalt in der Familie, 03/2004. S. 12f. In:

http://plattformgegendiegewalt.at/upload/1484_Plattformzeitung%203_2004.pdf, am 09.09.2008.

Sherman, Lawrence/Farrington, David P./Brandon, C. Welsh/MacKanzie, Doris Layton (2002). Evidence-Based Crime Prevention. Zit. in: Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Bittel, Stephanie/Prodoliet, Simone (2006): Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Materialien zur Integrationspolitik. S. 33–50.

In: <http://www.scribd.com/doc/2151289/jugendgewalt-web>, am 14.11.2008.

Skalenhandbuch (Werkstattheft des ZSL)

In: <http://www.zsl.uni-halle.de/anerkennung/skalenhandbuch.pdf>, am 03.10.2008.

Statistisches Bundesamt Deutschland: Datenreport 2006 in Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Band 544, Bonn. In: <http://www.destatis.de>, am 19.10.2008.

Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch - Kinder- und Jugendhilfe - (SGB VIII; KJHG) vom 26.06.1990 (BGBl I S. 1163). In: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/gesetze,did=3278.html>, am 03.03.2009.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ). In: <http://www.sdaj-netz.de/>, am 28.09.2008.

Sozialistische Linke (SL). In: http://www.sozialistische-linke.de/cms/front_content.php, am 28.09.2008.

Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (2008): In Österreich leben 1,4 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund. In: http://www.statistik.at/web_de/presse/032181, am 08.09.2009.

Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (Hrsg.) (2008): Community Statistics on Income and Living Conditions; EU-SILC: Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen. In: http://www.statistik.at/web_de/static/mikrodaten_und_lieferbedingungen_-_eu-silc_023276.pdf, am 19.08.2008.

Statistik Austria. Bundesanstalt Statistik Österreich (Hrsg.) (2007). Bildung und Kultur. In: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_Bildungswesen/fruehe_schulabgaenger/index.html, am 16.09.2008.

Studie von Elder (1974): Children of the Great Depression. Zit. in: Reinder, Heinz (2003): Jugendtypen. Ansätze zu einer differentiellen Theorie der Adoleszenz. Opladen: Leske+Budrich, S. 65f. Stöss, Richard (2008): Radikale Parteien in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 47, S. 3-6. In:

http://www.bpb.de/suche/,,.html?all_search_action=search&all_search_text=extremismus&x=0&y=0 am 29.09.2008,

Stöss, Richard (2008): Radikale Parteien in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 47, S. 3–6
In: http://www.bpb.de/themen/QIBIMY,0,0Die_Linke.html, am 29.09.2008.

The Campbell Collaboration.

In: <http://campbellcollaboration.org>, am 19.11.2008.

UK National Statistics. Home Office Statistical Bulletin (Hrsg.) (2008): Crime in England and Wales 2006/2007. In: <http://www.homeoffice.gov.uk/rds/pdfs08/hosb0708.pdf>, am 11.10.2008; Mayer, Catherine: Unhappy, unloves an Out of Control. An epidemic of violence, crime and drunkenness has made Britain scared of its young. What's causing the crisis? In: Time Magazine, Vol. 171, Nr. 7/2008.

United Nations International Children's Emergency Fund, Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) (2007): Child poverty in perspective: An overview of child well-being in rich countries. A comprehensive assessment of the lives and well-being of children and adolescents in the economically advanced nations. In: http://www.unicef-irc.org/publications/pdf/rc7_eng.pdf, am 11.10.2008.

University of Colorado (Hrsg.): Promoting Alternative Thinking Strategies (PATHS).

In: <http://www.colorado.edu/cspv/blueprints/modelprograms/PATHS.html>, am 14.11.2008.

University of Colorado, Blueprints of Violence Prevention

In: <http://www.colorado.edu/cspv/blueprints>, am 19.11.2008.

Voigt, Udo in einem Interview mit der rechtsextremistischen britischen Publikation „final Conflict“

In: <http://www.npd.de/>, (eingestellt am 18. Januar 2007), am 30.09.2009.

White Ribbon. Verein von Männern zur Prävention von männlicher Gewalt (Hrsg): White Ribbon Kampagne Österreich. In: <http://www.whiteribbon.at>, am 06.12.2008.

Weltgesundheitsorganisation WHO (Hrsg.) (2003): Weltbericht Gewalt und Gesundheit, S. 1–73.

In: http://www.who.int/violence_injury_prevention/violence/world_report/en/summary_ge.pdf - am 13.10.2008.

5. Weltethos-Rede von Friedensnobelpreisträgerin Dr. Shirin Ebadi auf Einladung der Stiftung Weltethos an der Universität Tübingen, 20. Oktober 2005.

In: www.weltethos.org/00--home/ebadi.htm, am 23.03.2009.

10 Lebenslauf

Nuray Koc

Geburtsdatum: 08.12.1973

Geburtsort: Wien

Staatsangehörigkeit: Österreich

Ausbildung

1980 - 1985	Volksschule in 1090 Wien
1985 - 1989	Hauptschule in 1010 Wien
1989 - 1992	Handelsschule in 1010 Wien
1992 - 1995	Handelsakademie III in 1080 Wien, Matura
1998 - 2004	BWL-Studium an der WU-Wien
2004 - 2010	Politikwissenschaft-Studium an der UNI-Wien

Berufspraxis

1997 - 1998	Bundesministerium für Gesundheit - FGÖ, 1150 Wien
1998 - 1999	Österreichisches Rotes Kreuz - GIVE, 1040 Wien
1999 - 1999	Trafico - Verkehrsplanung Käfer GmbH, 1060 Wien
2000 - 2010	Planwerk® - engineering & consulting, 1070 Wien